

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement Preis pränumerando:
 Vierteljahr 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1901 unter Nr. 7671.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgeleitete Kolonne
 je oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Brühl-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Sonntag, den 2. Juni 1901.

Expedition: SW. 19, Brühl-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Die Gewerkschaftswoche.

Es war ein eigener Zufall, daß im Laufe der vergangenen Woche alle Richtungen der Gewerkschaftsbewegung, soweit sie Bedeutung beanspruchen dürfen, Kongresse oder Generalversammlungen abhielten. So konnten einerseits die Gegensätze, welche die einzelnen Richtungen trennen, in aller Deutlichkeit hervortreten; aber es wäre ein einseitiges Urteil, wenn wir nicht auch betonen wollten, daß andererseits viel Gemeinsames, das durch die gleichartige wirtschaftliche Stellung der Arbeiter bedingt ist, sich stark bemerkbar machte.

So hat vor allem die wirtschaftliche Stellung der Arbeiter die Entwicklung der christlichen katholischen Gewerkschaften, die in enger Verbindung mit dem Centrum stehen, immer mehr dazu gedrängt, die Erwägung besserer Arbeitsverhältnisse zu einer wichtigen Aufgabe zu machen. Der Streik hat für die Arbeiter dieser Gewerkschaften nicht mehr das ihnen bisher eingeflüsterte Verabschämungswürdige, sie betrachteten ihn nicht mehr als ein Vorgehen gegen die heutige Ordnung, vielmehr haben sie in den letzten Jahren manchen Konflikt ausfechten müssen und sind dabei nicht selten in harten Gegenjäh mit Unternehmern gekommen, die zu ihren religiösen und politischen Freunden gehören. Daß dem Centrum diese Entwicklung angenehm ist, erscheint ganz ausgeschlossen, und der Versuch von autoritärer Seite, eine andre Richtung zu weisen, ist von keinem durchschlagenden Erfolg begleitet gewesen. Auffallend war auf dem Kongress dieser Gewerkschaftsgruppe, die in Arefeld tagte, die geringe Vertretung der Geistlichen, die sonst auf diesen Kongressen den Ton angaben; die Führer waren Leute aus dem Arbeiterstande. Zwar spukten die Differenzen über das Vorgehen von der politischen Partei und Geistlichkeit noch fort, aber der Kongress hat mit Geschick vorläufig den Konflikt beigelegt und die Frage möglichst umgangen. So viel scheint sicher, daß eine Gewerkschaftsbewegung, abgeordnet von den rein religiösen katholischen Vereinen, wie sie sich hier in der Entwicklung befindet, vom katholischen Klerus oder der Centrumspartei nicht mehr unterdrückt werden kann. Es ist nicht zu leugnen, daß diese Bewegung Fortschritte gemacht hat, sie hat in der kurzen Zeit ihres Bestehens weit die Hirsch-Dunderschen Vereine überflügelt und mit einer gewissen Ueberhebung erklärte ein Redner: „Wir wollen nicht in die Bahnen der Hirsch-Dunderschen Vereine eintreten; mit der Unterstützungsfraße sei die Aufgabe der Gewerkschaft nicht erledigt.“

Wie groß die Gegensätze in der Beurteilung der Gewerkschaften unter den Anhängern des Centrum sind, das bezeugt der ablehnende Standpunkt, den der Verbandstag der katholischen Arbeitervereine für Nord- und Ostdeutschland einnahm. Es sind das Vereine mit großem Anhang aus dem Kleinbürgertum, die einen rein religiösen Zweck verfolgen. Hier fand die Gewerkschaftsbewegung nur laue Befürworter, vor allem aber die neutrale Richtung eine entschiedene Abfolge. Es ist das die Richtung, die auch in Berlin einige Versuche mit Gewerkschaftsgründungen machte, aber nur Sektionen innerhalb der katholischen Vereine bildete.

Nicht so glücklich in der Beilegung ihrer Differenzen wie die katholischen waren die von der evangelischen Fakultät. Eine besondere Gewerkschaftsbewegung giebt es hier nicht, wohl aber tagte ein sogenannter Arbeitervereinstag in Speyer, den die Gewerkschaftsfrage auseinanderrückte. Zwar hatte man sich in dieser Korporation in dem Jahre vorher mit einigen Sympathie- und Umgebungen für die Gewerkschaften etwas zu gute getan, aber man hoffte nicht, daß jemand die Sache ernst nehmen würde. Als aber nun Herr Raumann demos zur That überging, und für die Gewerkschaften Propaganda machte, erhoben sich die Interessenten des Unternehmertums und schieden von denen, die ein wenig mehr als salbungsvolle Reden für die Arbeiter aufwenden wollten. Für die Gewerkschaftsbewegung hat das Ereignis keine Bedeutung, es zeigt nur die Jämmerlichkeit der evangelisch-socialen Arbeiterfreundlichkeit.

Auch bei den Hirsch-Dunderschen zeigte sich der Geist der Rebellion, der nur mühsam nochmals von den „Alten“ unterdrückt wurde. Die Organisation stagniert, das sehen die Arbeiter schließlich auch ein, weshalb sich gegen die veränderte, bürokratische Verbandsleitung ein starker Unwille bemerkbar machte und nicht viel hätte gefehlt, so wäre eine der bedeutendsten Einrichtungen dieser Organisation, der Revers, der aus politischer Angstmeierei, um die Socialdemokraten von den Vereinen fernzubalten, eingeführt wurde, der Opposition zum Opfer gefallen. Die Frist ist um drei Jahre verlängert.

Von den freien Gewerkschaften hielten fünf Verbände ihre Generalversammlungen ab. Sie widmeten ihren Beratungen meist dem Ausbau innerer Einrichtungen. Die Vertragsverhandlungen wurden allgemein mit einer dementsprechenden Aufbesserung der Unterstützungssätze in Einklang gebracht. Die Bildhauer erhöhten ihren Wochenbeitrag von 50 auf 65 Pf. Die Töpfer führten eine Krankenunterstützung ein. Der Verband der Metallarbeiter nahm eine Aenderung der Organisation vor. Er führte eine Decentralisation durch die Gemeinteilung herbei. Man hofft durch diese Abgrenzung in größeren Bezirken und Anstellung geeigneter besoldeter Beamten als Vorsteher dieser Gauen die Agitation und die Verwaltung zu erleichtern. Die gleiche Einrichtung haben die Bergarbeiter eingeführt, die bei den Buchdruckern und Holzarbeitern schon längere Zeit besteht. Die persönlichen, unlieblichen Debatten, die dem Verbandstag der Metallarbeiter mehr Zeit entzogen als dienlich war, werden in ihrer Nachwirkung hoffentlich keine Schädigung der Organisation bringen.

Der Verband der Bergarbeiter hatte eine interessante Diskussion über die Neutralität der Gewerkschaften, ohne daß es dabei zu ersten Konflikten kam. Der Verband nimmt eine streng neutrale Stellung ein, wie es besonders Redacteur Hue bekräftigt. Bei den eigenartigen Verhältnissen der Bergarbeiter, vor allem der Konkurrenz der christlichen Organisation, kam Hue wohl mit Recht darauf hinzuweisen, daß gerade unter dieser Führung die besten Erfolge erreicht wurden. Der Angriff richtete sich auch mehr gegen eine Uebertreibung der neutralen Stellung, weshalb nach gründlicher Aussprache der bisherige neutrale Standpunkt beibehalten wurde.

Aus der Betrachtung der vielen und so verschiedenen Kongresse geht deutlich hervor, daß die Gewerkschaftsbewegung ihre Positionen neuerdings weiter gefestigt hat und ihren Einfluß im wirtschaftlichen Leben zu starker Geltung zu bringen weiß.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 1. Juni.

An den internationalen Friedensherz

in Haag erinnert jetzt Graf Bälou, indem er endlich dem Bundesrat und dem Reichstage die Konventionen und Erklärungen, die das „Ergebnis“ jener seltsamen Konferenz bilden, vorlegt, nämlich an Konventionen 1. zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle; 2. betreffend die Gesetze und Gebrauche des Landkriegs; 3. betreffend die Anwendung der Grundsätze der Genfer Konvention vom 22. August 1864 auf den Seekrieg; an Erklärungen 1. betreffend das Verbot des Verfüßens von Geschossen und Sprengstoffen aus Luftschiffen oder auf andere ähnlichen neuen Wegen; 2. betreffend das Verbot von Geschossen, die sich leicht im menschlichen Körper ausdehnen oder platzen können.

Die Abkommen und Erklärungen sind, so wird mitgeteilt, von den Staaten, deren Vertreter sie unterzeichnet haben, mit Ausnahme Chinas, Luxemburgs, Serbiens und der Türkei, ratifiziert worden. Die Ratifikationsurkunden sind im Haag hinterlegt worden.

Es ist gewiß recht unrecht, daß die Sinesische Regierung diese interessanten Aktenstücke friedlicher Europäergemeinnut und humanen Kriegsführungsabsichten nicht ratifiziert hat. Sonst hätte sicherlich das verarmte Kultur-Europa in China nicht ebenso gekauft wie das abercivilisierte England in Transvaal, das man von vornherein vorsichtig aus der „Friedenskonferenz“ ausgeschlossen hatte.

Kaiserlicher Besuch. Lord Roberts wird, wie den „Berl. Neuest. Nachr.“ berichtet wird, als Gast des Kaisers an den diesjährigen großen Manövern teilnehmen. In seiner Begleitung werden sich noch zwei andere höhere englische Offiziere befinden.

Offenlich halten die Alldeutschen ihre gesamten Epileptiker in gutem Gewahrsam, daß es ohne Taschentuch oder sonstiges Utensilien abgeht.

Der Börsenausschuss zur Beratung einer Reform des Börsengesetzes ist zum 11. Juni einberufen worden.

Bogelschuh-Abkommen. Der Reichsfinanzminister hat dem Bundesrat den Entwurf zu einem internationalen Abkommen, betreffend den Bogelschuh, zugehen lassen. Der Entwurf ist das Ergebnis eines im Juni 1895 zu Paris zusammengetretenen Kongresses, an dem sich Deutschland, Belgien, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Italien, Luxemburg, Monaco, die Niederlande, Oesterreich-Ungarn, Portugal, Rußland, Schweden und Norwegen, Spanien und die Schweiz beteiligten haben. Dem Entwurf in seiner jetzigen Gestalt haben die beteiligten Staaten zugestimmt, und die französische Regierung hat angeregt, daß das Abkommen von den Vertretern der beteiligten Mächte in Paris vollzogen werden solle.

Die Reichspostmarke. Wie die „Nationalliberale Korresp.“ aus Württemberg erfährt, hat die von Seiten der dortigen Volksvertretung gegebene Anregung zur Schaffung einer einheitlichen deutschen Reichspostmarke den Erfolg gehabt, daß ein darauf bezüglicher Gesetzentwurf in Ausarbeitung begriffen ist und der württembergischen Kammer so bald als möglich vorgelegt wird.

Das bishigen Socialreform, das in der vom Reichstag beschlossenen Gewerbegerichts-Novelle liegt, erregt den heftigsten Haß des Unternehmertums. Wohlgefällig teilen die „Berliner Neuest. Nachr.“ mit:

„Die Bewegung gegen die Reichstags-Beschlüsse über die Gewerbegerichte schreitet unausgesetzt fort. Bisher in Rheinland-Westfalen ist nun auch in dem zweiten Industriemittelpunkte des Reichs, im Königreich Sachsen, der Kampf dagegen erwacht. Wirtschaftliche Vereine, Handelskammern, Industrielle richten in großer Anzahl, zum Teil in Gruppen, zum Teil einzeln Eingaben an die sächsische Regierung des Inhaltes, daß sie im Bundesrat an die Reichstags-Beschlüsse ihre Zustimmung verweigern möge. Das gleiche gilt von den kleineren sächsischen Staaten. In Sachsen-Altenburg, in Weimar, in Koburg bündelt sich die Industrie gegen das Gesetz auf. Das gleiche gilt von den großen Centralstellen der deutschen wirtschaftlichen Verbände. Dem Centralverband ist nun auch der deutsche Handelsstag gefolgt und hat seine socialpolitische Kommission damit beauftragt, die Angelegenheit einer erneuten Prüfung zu unterziehen und seine Bedenken gegen das Gesetz dem Reichstanzler zur Kenntnis zu bringen.“

Dieselben Unternehmergruppen, die also gegen eine winzige Reform zu Gunsten der Arbeiter wilden, pflegen zu räumen, daß sie „voll und ganz auf dem Boden der laienhaften Februarverfassung stehen, in denen weit umfassendere Reformmaßnahmen angekündigt worden sind als die wahllich geringfügige Novelle zum Gewerbegerichts-gesetz.“

Für Diätenbewilligung an den Reichstag spricht sich auch der konservative Dr. v. Buchla, der früherer Kolonialdirektor, in der „Juristen-Zeitung“ aus. Der „Reichsbote“ behauptet, daß sein konservativer Parteifreund so schlecht für Diäten be-

willigt sehen will und sich nicht „auch auf die Kompensationen“ einläßt.

Soldatenmißhandlung. Aus Arefeld wird uns berichtet: Ein Soldatenschüler stand in der Person des Unteroffiziers Friedrich Langer vom 7. Westfälischen Infanterieregiment vor dem Kriegsgericht in Düsseldorf. Die Beweisaufnahme ergab, daß er seine Untergebenen in brutaler Weise mißhandelt hatte. Schläge mit der Faust und mit der Klappspitze waren gang und gäbe. Den Dienst richtete er oft so ein, daß die Mannschaften weder Morgenkaffee noch Mittagessen erhielten und drohte dann seinen Leuten noch, daß er jeden niederschlagen werde, der eine Beschwerde anbringe. Schließlich kam doch sein Treiben zur Kenntnis seiner Vorgesetzten. Langer flüchtete nach Belgien, wurde aber an der Grenze verhaftet und zurücktransportiert. Er wurde wegen Fahnenflucht und Mißhandlung mit 6 Monaten und 1 Woche Gefängnis bestraft. Gleichzeitig wurde er degradiert.

Am dem nämlichen Tage und von dem nämlichen Gericht wurde der Wuppertaler Baasch wegen Fahnenflucht zu 7 Monaten Gefängnis und Verweisung in die zweite Klasse des Soldatenstandes bestraft. Baasch war nicht an der Grenze verhaftet worden, sondern hatte sich freiwillig gestellt, nachdem er eine Zeitlang in Luxemburg gearbeitet hatte.

Das Centrum in Rden.

Aus München wird uns geschrieben: Durch unsere durchaus objektive Darstellung über die gegenwärtige Situation des Centrum in Bayern (Nr. 122 des „Vorwärts“) sieht sich das Hauptorgan der genannten Partei sehr gekränkt. Die „Neue Bayer. Zig.“ sagt, das Centrum habe sich 1879 bei Einführung der Getreidezölle und 1887 bei deren Erhöhung von einer auf fünf Mark in einer ebenso unangenehmen, wenn nicht noch schwierigeren Lage befunden, als heute. Trotzdem habe man damals auch nicht ein einziges Mandat eingebüßt und man werde sich auch aus der gegenwärtigen Situation herausfinden („mit Gottes Hilfe herauszulagen“), pflegte der selige Windhorst zu sagen.

„Man kann es verstehen“, sagt das Blatt, „daß vom socialdemokratischen Standpunkt aus, der weder das Princip ausgleichender Gerechtigkeit anerkennt, noch allen denen, die nicht auf das rote Programm schwören, Erstzürberechtigung zugeschieben will, ein Ausweg nicht, oder nur schwer zu finden sein würde. Aber christliche Bauern und christliche Arbeiter handeln doch nicht nach socialistischen Grundbegriffen.“

Das christliche Blatt hätte nun unfrei unmaßgeblichen Erachtens klüger gethan, zu schweigen. Denn, wie es der Teufel nun einmal will, erschien jüst zur gleichen Zeit mit dem eben citierten Artikel weiteres Material, das unsere Behauptungen durchaus bestätigt. In der vom 1. Juni datierten Nummer 22 des schon erwähnten „Bauer“, eines Blattes, das man in der christlichen Redaktion höchst wertwürdigerweise gar nicht zu kennen scheint, befindet sich ein sehr interessanter Artikel: „Erlebnisse und Betrachtungen“. Da wird in Bezug auf die Getreidezölle wörtlich gesagt:

„Nun, ich glaube, es soll was werden, ich glaube nicht, daß vom Centrum einer umfällt in der Forderung der gleichen Ver-zollung der vier Getreidearten nach dem Windesfoll von 6 Mark. Denn sonst — so ist auch mit dem Wändermann — war's gefehlt, besonders für den Ungefällenen.“

Geschmeht ist der Artikel mit H. O.; man geht also wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß Herr Offizial Osel, eine mächtig vorwärts strebende jüngere Centrumsgroße, sich damit in Erinnerung brachte. Die Oselischen Drohungen werden aber erst recht verständlich, wenn man sich erinnert, daß Herr Dr. Helm kürzlich im Rheinland erzählte: „Die bayerischen Bauern setzen sich zuweilen in München mit den Abgeordneten zusammen und wenn sie nicht in ihrem Sinne stimmen wollen, so schlagen sie ihnen die Knochen entgegen.“

So handhaben also die christlichen Bauern das „Princip ausgleichender Gerechtigkeit“ unter dem Beifall der führenden Parteipresse! Wenn nun aber die „N. Bayer. Zig.“ stolz bemerkt, das Centrum sei 1879 und 1887 trotz seiner Prohibitivpolitik ungestraft davon gekommen, so vergißt sie eben, daß es damals noch keine katholischen Arbeitervereine gab. Und wir gestatten uns, das geschätzte Organ wiederholt daran zu erinnern, daß es seinen Leuten noch immer gewerbenmäßig unterdrückt, wie die christlichen Arbeiter denken über die agrarierfreundlichen „Vordränge der ultramontanen Presse und das entstellte Lügengewinsel der Rheinbayerischen und ihrer agrarischen Hintermänner. Daß in den Reihen der Centrumsabgeordneten selbst Bedenken gegen den agrarischen Prohibitivbesitz, ist ganz zweifellos. Deshalb würden sich dem sonst zwei so vortreffliche Männer wie die Herren Osel und Dr. Helm so erziehen? —

Die Typhusepidemie in der Garnison Meß. Die sich bisher auf das 2. Bataillon des 8. bayerischen Infanterie-Regiments beschränkte, hat nun, Meßer Mittermeldungen zufolge, auch auf das 1. Bataillon des preussischen Infanterie-Regiments Nr. 174 übergegriffen. Es seien von demselben bereits sechs Typhuskranken in Behandlung. Das Kasernement des Bataillons liegt bei der Dragonerlaserne auf dem Roselfort.

Die Diktatur in Elsaß-Lothringen.

Aus Straßburg i. E. wird uns geschrieben: Gegenüber den verschiedenen Dementis, welche die diesbezügliche Meldung des Meßer „Lorraine“ in der offiziellen Presse Altdencklands erfahren hat, lassen die von Kaiser Wilhelm anlässlich seines jüngsten Aufenthaltes in Lothringen zu einer längeren Besprechung der politischen Verhältnisse des Landes herangezogen und auch durch Lebensverleihen ausgezeichneten Herren Staatsrat Jaurez und Baron de Schmid durch den Mund der ihnen nachstehenden Presse vernehmen, der Kaiser habe sich hauptsächlich im Sinne der Aufhebung der Diktaturparagrafen ausgesprochen und auch die Erleichterung des Aufenthalts französischer Offiziere in Elsaß-Lothringen bejworte. Selbstverständlich seien diesbezüglichen Maßregeln nicht schon morgen zu erwarten, da de-

Wunderrat die Sache prüfen und der kaiserlichen Begutachtung unterbreiten soll. Die in nahen Beziehungen zu Staatsrat Jaumez stehende „Saargemünder Zeitung“ erzählt dann noch weiter:

„Während der Anwesenheit in Metz hat der Kaiser sich lange mit Staatsrat Jaumez, der zum Essen im Militärkasino geladen war, unterhalten und sehr lebhaft die beiden Fragen, den Aufenthalt der französischen Offiziere in Elsass-Lothringen und die Diktatur, diskutiert. Der Kaiser war vollkommen befricdigt von den Erklärungen, die er erhielt, und hat sich den Wünschen des Herrn Jaumez, die er Schmid sehr günstig gestimmt gezeit. ... Was den Diktaturparagrafen anlangt, so haben wir schon vor einiger Zeit die Ansicht verteidigt, daß seine Aufhebung nur noch eine Frage der Zeit sei. In Berlin beurteilt man ihn aus keinem andern Gesichtspunkt mehr, und es ist kaum anzunehmen, daß die andern Bundesstaaten seine Aufrechterhaltung hartnäckig fordern. Wir glauben nicht zu irren, wenn wir annehmen, daß die am 4. Juni in Berlin stattfindende Ministerkonferenz sich mit der Angelegenheit zu befassen haben wird, wenn auch nur, was die Einleitung der vorbereitenden Schritte betrifft.“

Man wird also in den nächsten Tagen erfahren, ob die Mitteilungen der Monitore des Staatsrats Jaumez den Thatsachen entsprechen.

Ausland.

Die östreichischen Kanäle.

—st— Wien, 31. Mai.

Das Abgeordnetenhaus nimmt alle Kraft zusammen, um die Kanalvorlage vor Thoreschluss zu erledigen. Da die Vorlage nicht viel mehr ist als ein principiellcs Programm, so scheint die Hast, mit der die Verhandlung forciert wird, nicht recht erklärlich; man hat das Gefühl, daß die an der Kanalvorlage interessierten Parteien die Furcht hegen, es könnte im Herbst der Wasserrausch verflohen sein und man werde die uferlose Kanalvorlage müßiger und kritischer betrachten. Die Kanalvorlage ist ein Gemisch von reifen und unentwickelten Plänen; sie enthält nützliche, aber auch Dinge, über deren Notwendigkeit man verschiedene Meinungen sein kann. Gebaut sollten nach dem Gesetzesentwurf vier Kanäle werden; ein Kanal von der Donau zur Ober, ein Kanal von der Donau zur Moldau nächst Budweis, an den sich die Kanalisierung der Moldau von Budweis bis Prag anschließen hätte, ein Kanal von Donau-Ober-Kanal nebst Kanalisierung der mittleren Elbestrecke, und schließlich soll eine schiffbare Verbindung von Donau-Ober-Kanal zum Stromgebiet der Weichsel und bis zu einer schiffbaren Strecke des Dnieper hergestellt werden. Das sind jedenfalls läbliche Pläne; durch die Kanäle würde Wien mit der Nord- und Ostsee verbunden werden. Von den vier Projekten ist das reifste der Bau des Donau-Ober-Kanals, des natürlichen Verkehrsweges für die Kohle aus den preussischen und mährisch-schlesischen Kohlenrevieren, das Herz des Reiches. Am bestrittensten ist das zweite Projekt: die Verbindung der Donau mit der Moldau. Einestheils ist Südböhmen ein verkehrs- und menschenarmes Gebiet, die Bahnen, die Niederösterreich mit dem südlichen Böhmen verbinden, laufen noch immer eifrig, so daß der ökonomische Aufschwung, den die Herstellung eines Wasserstraßenweges darstellt, eine ziemliche Ueberflüssigkeit ist. Nicht minder zweifelhaft ist die technische Durchführbarkeit des Projekts; der Kanal hat hier Höhenunterschiede zu bewältigen, die der Wissenschaft ein bis jetzt ungelöstes Problem bieten. Von geringerer Bedeutung ist der östreichische Mittelkanal, die Verbindung von Donau-Ober-Kanal zur Elbe hin, und was den galizischen Kanal betrifft, so ist er nicht die Wirkung eines gesteigerten Verkehrs, man hofft vielmehr, er werde ihre Ursache sein. Der Bau der Kanäle ist an eine Vertragsleistung der Länder geknüpft; sie müssen sich verpflichten, für ein Viertel der Zinsenlast die Bürgschaft zu übernehmen. Er beginnt längstens im Jahre 1904 und soll binnen zwanzig Jahren vollendet sein. Die Kosten für den Bau werden vorläufig nicht präliminiert; die Regierung wird lediglich ermächtigt, in der Zeit von 1904 bis 1912 Obligationen im Betrage von 250 Millionen auszugeben. Man schätzt sie aber auf mindestens 750 Millionen Kronen.

Es ist selbstverständlich, daß die Agrarier gegen die Kanäle Sturm laufen, aber sie machen hier nur wirklich nach, was in Deutschland vorgemacht wurde; hauptsächlich liegen die Kanäle mindestens so im Interesse der Landwirtschaft wie im Interesse der Industrie. Dies um so mehr, als mit den Kanalbauten auch eine planmäßige Regulierung der Flüsse verbunden wird. Von den 250 Millionen Kronen werden nämlich vorweg 75 Millionen zur Regulierung derjenigen Flüsse in Böhmen, Mähren, Schlesien, Ober- und Niederösterreich und Galizien bestimmt, die mit den zu bauenden Kanälen ein einheitliches Wasserweg bilden und, sei es wegen der Zufuhr von Wasser, sei es mit Rücksicht auf die Gesehiedebewegung, für die künstlichen Wasserstraßen von besonderer Bedeutung sind. Die Regulierung der Flüsse ist ein solches Bedürfnis und ein solcher Nutzen für die Landwirtschaft, daß sich die eingebildete Gefahr der Einfuhr ausländischen Getreides den unmittelbaren und gewissen Vorteilen gegenüber verflüchtigt. Alles in allem bedeutet das Gesetz einen großen Schritt nach vorwärts; ob dem energielosen Osterreich auf dem langen Wege zur Vollendung nicht der Atem ausgehen wird, ist eine andere Frage.

Wien, 31. Mai. In der Abend Sitzung des Abgeordnetenhauses wurden die noch übrigen Paragraphen der Regierungsvorlage betreffend den Bau der Kanäle und Durchführung der Flussregulierungen unter lebhaftem Beifall des ganzen Hauses angenommen.

Wien, 1. Juni. Abgeordnetenhause. Nach Verlesung des Einlaufs wird die Investitionsvorlage in dritter Lesung angenommen, ebenso die Wasserstraßenvorlage, und zwar diese auf Antrag Lemischs in namentlicher Abstimmung mit 198 gegen 46 Stimmen. Die Annahme wurde mit lebhaftem anhaltenden Beifall begrüßt.

Spanien.

Ausstand von Zollbeamten. Die Angestellten des Zollamts in Corunna sind, wie aus Madrid gemeldet wird, in den Ausstand getreten, haben sich erteilten Anordnungen widersetzt und die Gendarmen, welche die Ruhe wiederherstellen suchten, mit Steinen geworfen. Die Gendarmen gaben schließlich Feuer. Einige Ausständige wurden getötet, mehrere verletzt. Der Belagerungszustand wurde proklamiert.

England.

London, 1. Juni. Bei der Wahl zum Unterhause im Wahlkreis Saffron Walden (Essex) wurde Pease (Liberal) mit 3094 Stimmen gewählt. Der Wahlkreis war auch bisher liberal vertreten, die liberale Mehrheit hat sich um 600 Stimmen vergrößert.

London, 1. Juni. Sir Campbell Bannerman hielt gestern in Edinburgh in einer großen liberalen Versammlung eine politische Rede, in welcher er die Politik Englands in Südafrika verurteilte und die Zuhilfenahme einer selbständigen Regierung für die beiden Boeren-Republiken bekräftigte.

Asien.

Kabinettskrise in Japan. Aus Yokohama meldet das „Reutersche Bureau“: Der Kaiser hat nach einer Besprechung mit dem Marquis Ito den Viscount Satsuma aufs neue berufen. Man nimmt an, daß dieser nunmehr die Kabinettsbildung in Angriff nehmen wird.

Der Boeren-Krieg.

Krieger wünscht Schiedsgericht.

Haag, 1. Juni. Präsident Krüger richtete an die Regierungen von Rußland und Frankreich die Bitte, seinen Antrag auf

Uebertreibung der Regelung der südafrikanischen Angelegenheiten an das internationale Schiedsgericht zu unterstützen. Dr. Leyds wird in dieser Sache sich demnächst nach Paris und Petersburg begeben.

Bisher unbekanntes Geseht.

London, 1. Juni. Die letzten Telegramme aus Transvaal berichten von einer Reihe bisher nicht bekannt gewordener Gesehte. Krieger demjenigen bei Bethel am 22. Mai, welches zahlreiche Menschenleben auf beiden Seiten forderte, entging am 23. Mai ein andrer englischer Proviantzug nur mit knapper Not den Boeren bei Potchefstroom. Am 24. Mai fanden verschiedene Gesehte bei Engelbrecht-Drift statt.

Englische Verlustliste.

London, 1. Juni. Die tägliche Verlustliste der Engländer vom südafrikanischen Kriegsschauplatz umfaßt für gestern sechs Tote, 17 Verwundete, 3 Vermißte, 26 an Krankheiten Verstorbene und 42 Schwerkranke.

Fünfte Generalversammlung des deutschen Metallarbeiter-Verbands.

Rürnberg, 30. Mai.

Zum Punkt 8 der Tagesordnung „Agitation“ erhält Segig das Wort. Er führt ungefähr folgendes aus: „Von einer rationalen, geschichtlichen, planmäßigen Agitation ist im Wesentlichen das Gedeihen einer Arbeiterorganisation abhängig. So wenig bürgerliche Institutionen ohne ständige Werbestreife prosperieren könnten, so wenig könnten Arbeiterorganisationen ohne fortgesetzte Agitation sich gedeihlich entwickeln. Unser Streben geht dahin, alle Berufscollegen in den Verband zu bringen. Die Zahl derer, die ohne Anregung sich ihrer gewerkschaftlichen Organisation anschließen, ist sehr gering. Diese Erfahrung machen nicht nur die Arbeiterorganisationen, sondern auch alle andern Verbände. Auch die Unternehmerverbände und Innungen haben ihre bezahlten Agitatoren, müssen emsig Propaganda machen, obgleich sie mit einer viel geringeren Zahl von Interessenten zu rechnen haben, auch im allgemeinen die Wahrnehmung ihrer Interessen viel energischer betreiben als die Arbeiter.“

Die Agitation erfordert Geld und Geschick. Der Metallarbeiter-Verband hat in den letzten zwei Jahren für Agitation 57 000 Mark ausgegeben, auf den ersten Blick viel Geld und doch eine winzige Summe, wenn man in Betracht zieht, daß in diesem Zeitraum 2 475 025 Mark verbrannt wurden. Noch nicht 2 1/2 Proz. der Einnahmen wurden für die Agitation verwendet. Bürgerliche Institutionen häusern in der Begleitung nicht so mit ihren Ausgaben. Ich möchte behaupten, daß sämtliche Institutionen der Arbeiter, Gewerkschaften, Krankenkassen usw. viel zu wenig für Agitation ausgeben zu ihrem eignen Schaden. Gewißlich haben wir schon viel in der Agitation gelernt, aber Weiser sind wir noch nicht.“

Nachdem der Redner auf die Schwierigkeit der Agitation hingewiesen, die durch das Verhalten der Behörden, den Terrorismus der Unternehmer und durch die Gegenagitation der christlichen, kirchlichen, Ländlichen und sonstigen Gewerkschaften bereitet werden, lennt er auf partiiatische Gewerkschaften zu sprechen. „Parteilose Gewerkschaften“ ist das Selbstgeheim. Soweit darunter verstanden wird, daß die Gewerkschaften sich nicht mit Parteipolitik befassen sollen, bin ich ganz damit einverstanden. Uebrigens hindert uns schon die reaktionäre Gesetzgebung daran, wenn wir nicht auf Frauen und minderjährige Arbeiter verzichten wollen.“

Die christlichen Arbeiter werden verachtet von der christlichen Unternehmertreffe, die ein Interesse daran hat, die Arbeiterbewegung gespalten zu sehen, verachtet von den Geistlichen, die beschränkten ihren Einfluß zu verlieren, wenn die christlichen Arbeiter mit ihren freier denkenden Klassengenossen in Verbindung kommen. Es mag sein, daß hier und da Arbeiter sich über die rituellen Gebräuche der katholischen Kirche unpaßend geäußert, die religiösen Gefühle der christlichen Arbeiter verletzt haben. Wir beurteilen das auf das Entschiedenste. Ich muß aber beifügen, daß die angebliche Kränkung der religiösen Gefühle in den meisten Fällen doch nur ein Vorwand ist, um die katholischen Arbeiter der modernen Gewerkschaftsbewegung zu entfremden. Die Leute, die uns religiöse Intoleranz zum Vorwurf machen, scheuen sich nicht, uns bei jeder Gelegenheit in der gemeinsten Weise zu verächtlichen. Besonders die Führer der christlichen Gewerkschaftsbewegung, gewisse Kapläne, Gewerkschaftsvereine leisten auf diesem Gebiete Unangenehmes. Der Kirche ist es nicht darum zu thun, die christlichen Arbeiter so zu organisieren, daß sie sich als Klasse fühlen, die Klasseninteressen zu vertreten hat. Das Streben der katholischen Kirche geht dahin, die vorhandenen Klassengegensätze zu vertuschen, eine Harmonie zwischen Arbeiter und Unternehmern zu konstruieren, die thatsächlich nicht vorhanden ist. Die Ausbeutung der Arbeiter durch die Unternehmer wird als eine Sühnung Gottes dargestellt. Die Ausbeutung soll nicht beseitigt, sondern auf eine gewisse Grenze beschränkt werden.“

Meine Meinung ist deshalb die, wir sollen auf diese sogenannten partiiatischen Gewerkschaften keine allzu großen Rücksichten nehmen. Es wäre schon viel erreicht, wenn jene christlich-socialen Arbeiter, die sich uns nicht anzuschließen vermögen, sich in eigenen Verbänden organisieren würden, wenn ein Zusammengehen zwischen uns und ihnen von Fall zu Fall ermöglicht würde. Auch das ist schon schwierig genug, wie sich bei Lohnbewegungen usw. gezeigt hat.

Redner bespricht den Streit zwischen den beiden Vergarbeiter-Verbänden und den Fall Brust, sowie die Stellung der christlichen Arbeiter zur Getreidezoll-Frage. Auf das eigentliche Thema wieder übergehend, mißt Redner den großen Agitationstouren wenig Wert bei. Kleinere Touren, die für drei oder vier Tage in der Woche berechnet sind, scheinen ihm zweckmäßiger zu sein. Ferner rät er die oftmals ungenügende Vorbereitung und Agitation für die Versammlung. Man glaube, der Name des Redners genüge, um das Lokal zu füllen, und lasse sich nachher geistlich. Der Redner habe sich auch vorher über Lohn- und Arbeitsverhältnisse am Ort zu erkundigen. Daran fehle es auch oftmals. Der Agitation von Mund zu Mund gebe er jedoch den Vorrang und regt an, den Kollegen Material dazu in Gestalt einer kleinen Broschüre zu geben, die die Verhältnisse des Verbands, seine Leistungen und Ziele enthalten müsse. Das Material sei zum großen Teil in dem Bericht von dem internationalen Metallarbeiter-Kongress in Paris enthalten.

Viel wichtiger und schwieriger als die Gewinnung von Mitgliedern sei die Erhaltung der gewonnenen Mitglieder. In den Jahren 1899/1900 seien 131 789 Mitglieder beigetreten, von denen 106 000 wieder verloren gegangen seien. Zwar gingen viele Mitglieder durch Tod, Berufswechsel, Einziehung zum Heere usw. dem Verbands wieder verloren, die Hauptursache des Mitgliederverlustes könne man aber nur zum kleinen Teil. Eine der bedeutendsten Ursachen seien auch verlorene Streits sowie persönliche Zwistigkeiten unter den Kollegen. Die Art der Beitragshebung spiele auch eine große Rolle bei dieser Frage. Je länger die Beitragsfrist, um so besser. Auch empfehle es sich, die Beiträge einzulassen zu lassen, damit nicht so große Restschulden entstünden, die vielfach zum Austritt führten. Man wolle aber nicht, in welchem Verhältnis die Ursachen zu einander stehen. Er empfehle, von den Lokalbeamten den Grund des Austritts soweit wie möglich ermitteln zu lassen. Zu dem Zweck möge man den Beamten entsprechende Formulare ausstatten. Diese Ermittlungen seien zwar mit Schwierigkeiten verbunden, würden aber schließlich doch ein brauchbares Resultat ergeben, so daß man die Ursachen des Mitgliederwechsels wirksamer als bisher bekämpfen könne. Eine Verminderung dieser Krankheit verspreche er sich auch von der geplanten Reorganisation, von der Vorlage zur Errichtung von Bezirks- oder Gauverbänden.

Redner erläutert eingehend den Vorstandsbericht, der zehn Gauen vorsteht. Dem Gau steht ein befohlener Gauleiter vor, der die Leitung der Agitation zu versehen, bei Lohnbewegungen einzuzutreten, Revisionen auszuführen hat usw. Die Gauleiter sollen nach Absolvierung eines Probejahres vom Vorstand ange stellt werden und als Beirat des Vorstands wirken.

Zu der geplanten Versicherung der Gewerkschaftsbeamten gegen Invalidität, Alter und Unfall sowie über die Höhe der Besoldung bemerkt Redner: Die vom Vorstand in Vorlag gebrachte Höhe der Besoldung der Bezirksleiter (Anfangsgehalt 100 M. monatlich, im 2. Jahr 150 M. und vom 3. Jahr an monatlich 5 M. mehr bis zum Höchstgehalt von 3000 M.) erweise manchem auf den ersten Blick zu hoch gegriffen. Der Verband brauche aber tüchtige Beamte, Staats- und Gemeindebeamte, die durchschnittlich höhere Gehälter bezögen, hätten lange nicht die Arbeit zu leisten und die Verantwortung zu tragen wie die Gewerkschaftsbeamten. Auf einer Seite würden sie vom Haß der Unternehmer verfolgt, auf der andern vom Unverstand der Massen, die da glauben, dem Beamten gehe das proletarische Klassenbewußtsein verloren, wenn er nicht Tag für Tag mit Nahrungssorgen zu kämpfen habe. Der Lebensgang mancher Gewerkschaftsbeamten sei eine wahre Leidensgeschichte. Durch allerlei Vorgänge in Konsumvereinen sei der Arbeiter als Arbeitgeber legitim einigermassen in Beruf gekommen, so daß der Glaube aufgelaucht sei, der Arbeiter sei als Arbeitgeber derselbe Ausbeuter wie der Unternehmer. Die Generalversammlung möge auf höherer Warte stehen. Die Generalkommission habe im „Korrespondenzblatt“ vorgeschlagen, die Gewerkschaften möchten eine einheitliche Versicherung ihrer Beamten gegen Alter und Invalidität vornehmen. Ein bestimmter Entwurf seitens der Generalkommission liege aber nicht vor. Man habe auch keinen Grund, auf diesen Entwurf zu warten. Schaffe der nächstjährige Gewerkschaftskongress besseres, so werde man das Geschäft dem anpassen. Der Metallarbeiter-Verband möge auch in dieser Beziehung bahnbrechend vorgehen. Schließlich beantragt Segig, die Vorstandsvorlage einer Kommission zu überweisen.

Die Generalversammlung beschließt, die Verhältnisse der Beamten aus der Debatte auszuscheiden und erst die Gau-Einteilung zu beraten. — In der sehr regen Diskussion meint

Düweli-Essen: Die Neutralitätspolitik der modernen Gewerkschaften habe Fiasco gemacht. Daß man die religiösen Gefühle Andersgläubiger nicht verletze, sei einfach Sache der Wohlstandigkeit. Was uns von den sogenannten christlichen Gewerkschaften trenne, sei die grundsätzliche Auffassung von dem Wesen der Arbeiterbewegung.

Die folgenden Redner sprechen sich fast alle im Princip für die Gau-Einteilung und Anstellung befohlener Gauleiter aus, bemängeln aber die vom Vorstand vorgeschlagene Abgrenzung der Gauen, die Höhe der Besoldung und insbesondere, daß die Gauleiter vom Vorstand angestellt und nicht von den Gaugenossen gewählt werden sollen.

Kollege Segig macht folgenden Vermittlungsvorschlag: Die Bezirksführerstellen sollen öffentlich ausgeschrieben werden, damit jeder Kollege, der da glaubt, dem Posten gewachsen zu sein, sich melden kann. Die Bezirkskommission hat die Redungen zu prüfen und dem Vorstand geeignete Vorschläge zu machen. Die Anstellung erfolgt vom Vorstand. Dem Gauleiter wird eine vom Gau zu wählende Kontrollkommission beigegeben. Ueber die Höhe der Gehälter möge man nicht streiten, sondern der von ihm vorgeschlagenen Kommission diesen Punkt zur Regelung überlassen. Was die Abgrenzung der Gauen betreffe, so werde man wohl mit wesentlich einfacheren Verhältnissen beginnen müssen, da anfangs geeignete Personen für den Posten fehlen würden. — Diese Vorschläge fanden fast allgemeine Zustimmung. In seinem Schluswort stellt Segig fest, daß gegen die von ihm vorgeschlagene Taktik gegen die christlichen Gewerkschaften keine Einwendungen erhoben wurden. Die Anträge zur Gau-Einteilung möge man einer sieben-gliedrigen Kommission überweisen.

Die Generalversammlung beschließt, das Referat Segig mit dem Kompromißvorschlag in Broschürenform drucken zu lassen als Agitationschrift in einer Auflage von etwa 100 000 Exemplaren. Die genaue Festsetzung bleibt dem Vorstand überlassen. Ferner wird beschlossen, durch die Lokalbeamten eine Statistik aufstellen zu lassen über die Gründe des Austritts so vieler Mitglieder aus dem Verband, soweit die Gründe zu ermitteln sind.

Nach einer Erklärung des Vertreters der Generalkommission, Segig, daß der im Mai nächsten Jahres stattfindende Gewerkschaftskongress sich mit einem Entwurf der Generalkommission betreffend Versicherung der Gewerkschaftsbeamten zu beschäftigen habe, beschließt die Generalversammlung, sich im Princip für die Versicherung zu erklären, stellt jedoch deren Erledigung bis nach dem allgemeinen Gewerkschaftskongress zurück.

Der Punkt Verbands-Organ gelangt zur Beratung. Ehrler-Mühlhausen i. S. stellt zunächst fest, daß die von der letzten Generalversammlung gewählte Präsidiums-Kommission ihre möglichst gethan hat, die Herstellungskosten des Fachorgans zu verringern. Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen schlägt er eine vom Verbandsrat verfaßte Resolution vor, laut der Vorstand und Ausschuss beauftragt werden, auf die vorteilhafteste Herstellung sowohl in technischer wie finanzieller Beziehung Bedacht zu nehmen, sowie dafür zu sorgen, daß der Einfluß des Verbands auf das Organ größer werde und etwaige Ueberschüsse möglichst dem Verbands zu gute kommen, eventuell den Uebergang des Fachorgans in Eigenbetrieb des Verbands ins Auge zu fassen.

Eine zweite vom Ausschuss vorgeschlagene Resolution sucht den Wünschen der Mitglieder in redaktioneller Beziehung gerecht zu werden.

Rürnberg, 31. Mai.

In der Debatte findet der Vorschlag, das Fachblatt im eignen Betrieb herzustellen, vielfach Widerspruch. Sydow, der Geschäftsführer des Frankfurter Verlags, giebt eine eingehende Darstellung, wie durch die hohen Papierpreise die Herstellungskosten gestiegen sind und bekräftigt die Beibehaltung des bisherigen Verlags.

Auf Anfrage Basel-Rürnberg, ob vom Hauptvorstand schon ein Grundriss für das Zeitungsunternehmen geklaut worden sei, erklärt Schliker, daß allerdings ein Bauplan geklaut worden sei. Der Vorstand habe die Pflicht, die Gelder möglichst vorteilhaft anzulegen. Segig-Fürth habe auf Anfrage erklärt, gegen die Anlage des Geldes bezw. Kauf des Grundrisses beständen keine Bedenken. Auch reichten die Bureaukräume des Hauptvorstands in keiner Weise mehr aus. Einer solle auf dem andern. (Weiter.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. In namentlicher Abstimmung wird dann folgende vom Verbandsrat empfohlene Resolution gegen fünf Stimmen angenommen.

In Erwägung dessen, daß es einem Wunsche des Gründungs-Kongresses in Frankfurt a. M. entspricht, die aus dem Verbandsorgan erzielten Ueberschüsse zur besseren Ausgestaltung des Verbandsorgans zu verwenden, und daß den darauf hinausgehenden Wünschen und Anträgen auf jeder Generalversammlung bisher nicht Rechnung getragen werden konnte, beschließt die Generalversammlung:

Der Vorstand und Ausschuss wird beauftragt, vor Ablauf des Druckvertrages mit der Frankfurter Verlagsanstalt, Fern. Sydow u. Co., rechtzeitig Vorkerkungen zu treffen, die die Herstellung der Metallarbeiter-Zeitung in der für den Verband vorteilhaftesten Weise ermöglichen.

Ein Antrag der Rürnbergiger Delegierten, den Vorstand zu verpflichten, ohne Zustimmung der Generalversammlung keine definitiven Abmachungen zu treffen, wird abgelehnt. Ebenso wird folgende auf die redaktionellen Verhältnisse der Fachzeitung Bezug nehmende Resolution mit großer Mehrheit angenommen:

Die Redaktion der „Metallarbeiter-Zeitung“ wird beauftragt, bezüglich der Ausgestaltung des Verbandsorgans dafür zu sorgen, daß, soweit dies Raum und Mittel erlauben, mehr als bisher Artikel wirtschaftlichen und sachtechnischen Inhalts in demselben Platz finden. Ebenso soll den socialpolitischen Gesetzen möglichst Aufmerksamkeit gewidmet werden. Da es zu diesem Zwecke nötig ist, weniger wichtige Stoffe aus der Zeitung wegzulassen, ermächtigt die Generalversammlung die Redaktion, alle Korrespondenzen, welche ein allgemeines Interesse nicht haben, fortzulassen. Berichte, welche nicht mit dem Verordnungsstempel versehen sind, werden, falls dies nicht auf Grund des § 11 des Pressegesetzes nötig ist, nicht veröffentlicht.

Zur Verhandlung gelangt der Punkt: Paffier. Junge-

Hamburg begründet als Berichterstatter der Kommission folgende Resolution:

1. In allen Betrieben, wo $\frac{1}{2}$ der dortselbst beschäftigten Arbeiter vollberechtigte Mitglieder einer Organisation sind, sind dieselben verpflichtet, durch geheime Abstimmung einen Beschluß über die Arbeitsruhe am 1. Mai herbeizuführen. Entschieden sich die Majorität für Arbeitsruhe, so hat sich die Minorität diesem Beschluß zu fügen. Der Ortsverwaltung ist spätestens 10 Tage vor dem 1. Mai von dem Beschluß Kenntnis zu geben.
2. Eine Beschlußfassung über die Arbeitsruhe am 1. Mai darf in keiner Gruppen- oder allgemeinen Versammlung gefaßt werden.
3. Ausperrungen und Maßregelungen wegen der Arbeitsruhe am 1. Mai dürfen nicht mit Forderungen unserteils beantwortet werden.
4. Bei Ausperrung oder Maßregelung wegen der Arbeitsruhe am 1. Mai tritt für die davon Betroffenen eine Unterstützung in der Höhe der Arbeitslosen-Unterstützung in Kraft und wird die Unterstützung vom 2. Mai ab gezahlt, doch gilt dieselbe nicht als Arbeitslosen-Unterstützung.

Wiesenthal-Verein will den Ausgesperrten die am Ort übliche Maßregelungsunterstützung zubilligen.

Köpenick-Verein bekräftigt die Resolution, deren Annahme dem Verbands jährlich ungefähr 100 000 M. kosten würde.

Berliner Arbeitervereine werden noch gestellt, aber abgelehnt. In namentlicher Abstimmung wird die Resolution unverändert mit 121 gegen 60 Stimmen angenommen.

Über den letzten Gewerkschaftskongreß referiert Rätcher-Verein. Er besagt, daß Gewerkschaftsleiter sich Besorgnisse angemacht haben, die den Hauptvorständen der Verbände zustehen. So hätten sie Streiks gutgeheißen, die der Hauptvorstand nicht genehmigt habe, auch Verwaltungsstellen der Schmiehe dort gründen helfen, wo der Metallarbeiter-Verband schon eine Zahlstelle besessen hätte. Redner besagt ferner die Unterstützung, die die Generalkommission diesen Bestrebungen angedeihen lasse. So habe auf dem letzten Verbandstage der Schmiehe der Vertreter der Generalkommission es gutgeheißen, daß der Centralverband der Schmiehe dort Verwaltungsstellen gründe, an denen solche des Metallarbeiter-Verbands beständen. Gegen diese Zerstückelung wehre sich der Metallarbeiter-Verband mit Recht. Eine Aenderung in den Beziehungen zur Generalkommission eintreten zu lassen, empfehle er nicht. Notwendig sei aber, daß auf dem nächsten Gewerkschaftskongreß die Interessen des Metallarbeiter-Verbands gegenüber der Generalkommission energisch wahrgenommen würden.

Verichtigung. In unserem gestrigen Bericht muß berücksichtigt werden, daß Rätcher-Verein nicht auf Beschluß der Verwaltung, sondern nach Rücksprache mit Kollegen auf eigene Verantwortung Erhebungen über Paulowitsch beim Berliner Polizeipräsidenten einzug. Ferner verlangte Harbad-Verein, der Vorstand möge den an Stahly doppelt gezahlten Gehalt an die Berliner Zahlstelle zurückzahlen. Den Vorschlag der Reichskommission, Einigungs-Verhandlungen mit dem Formerverband anzuknüpfen, vertritt Röstner-Verein.

Der Vertreter der Generalkommission Legien nimmt das Wort. Er bespricht, daß auf dem Gewerkschaftskongreß der Metallarbeiter-Verband majorisiert worden sei. Die wichtigsten Vorlagen habe namentlich Abstimmung nach der Stärke der Organisation stattgefunden. Daß der Verband trotz seiner numerischen Stärke nicht in der Generalkommission vertreten ist, hat nicht seinen Grund in irgend welcher Abneigung gegen die Metallarbeiter, sondern darin, daß dieselben bei der Wahl ungehindert vorgegangen sind. Die Generalkommission treibe keine Agitation für eine Branchenorganisation. Das gehöre nicht zu ihren Aufgaben. Die Hauptaufgabe der Generalkommission sei, statistisches und sonstiges für die Arbeiterschaft wichtiges Material zu sammeln und zu bearbeiten. Einen Druck auf die Branchenorganisationen ausüben, sich zu Industrieverbänden zusammen- oder anzuschließen, dazu habe die Generalkommission kein Recht, sie würde damit auch das Gegenteil vom Gewollten erreichen. Einzelne der vorgebrachten Anschuldigungen seien der Generalkommission nicht bekannt gewesen. Sie würden untersucht werden und nach dem Ergebnis werde die Generalkommission ihre Maßnahmen treffen. Er warne aber gegenüber einer gefassten Äußerung, wie „stark genug zum Selbstregieren, wenn die Generalkommission unsere Forderungen nicht erfüllt“, den Verband vor Ueberhöhung seiner Kraft. Dem vereinigten Unternehmer gegenüber werde auch er nicht gewachsen, sondern auf die Unterstützung der anderen Verbände angewiesen sein. Da könnten solche Äußerungen nur verkehren.

Die Diskussion wird geschlossen. Angenommen wird ein Antrag, laut dem aus jedem Bezirke sowie aus der Zahlstelle Berlin je 1 Delegierter, insgesamt also 11 zum Gewerkschaftskongreß abgeordnet werden. Ferner wird ein Antrag Rätcher-Verein angenommen, der besagt, die Generalversammlung erwartete von der Generalkommission, daß sie mehr als bisher für die Verschmelzung der Branchenorganisationen mit den Industrieverbänden thätig ist, die Agitation des Schmieheverbands dagegen nicht unterstützt. Ferner wird die Aufhebung bzw. präzisere Fassung der Resolution Ruffe, die auf dem letzten Gewerkschaftskongreß gefaßt wurde, verlangt.

Für die streikenden Weber in Lunowalbe bewilligt die Generalversammlung 1000 M., die dem Centralvorstand der Textilarbeiter überwiesen werden.

Beschlossen wurde, über alle Anträge, die eine Erweiterung des Unterstützungswezens betreffen, zur Tagesordnung überzugehen.

Angenommen wird einstimmig ohne Debatte folgender Antrag zur Getreidezoll-Frage:

Die fünfte Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbands beauftragt: Der Vorstand des Verbands wird beauftragt, dem Reichstag folgende Resolution zu unterbreiten:

Die 5. Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbands, welcher über hunderttausend Mitglieder zählt, erkennt in der von einer Interessengruppe geforderten Erhöhung der Getreidezölle speziell wie allgemein in der Forderung eines länderlosen Zolltarifs für alle landwirtschaftlichen Produkte eine Maßnahme, welche die Lebenshaltung der Arbeiter ganz empfindlich zu schädigen geeignet ist.

Die Verteuerung des Brots als direkte Folge einer Getreidezoll-Erhöhung würde die Hebung der wirtschaftlichen Lage, welche durch die gewerkschaftlichen Organisationen erstrebt wird, zum Teil durch lange, opferreiche Kämpfe erreicht wurde, illusorisch machen.

In weiterer Erwägung, daß die geplante Maßnahme nicht geeignet ist, der Hebung der Landwirtschaft zu dienen, vielmehr nur einer relativ kleinen Interessentengruppe Vorteile bringen würde, fordert die Generalversammlung vom Reichstage Ablehnung aller, die künstliche Verteuerung der Lebensmittel bewirkenden Vorlagen.

Die nächste Generalversammlung findet Pfingsten 1903 in Berlin statt.

Die fünfte Generalversammlung des Central-Verbands der Löhner und Berufsgenossen Deutschlands.

Magdeburg, den 31. Mai 1901.

Die Abstimmung über die Vorschläge des Vorstands betreffend das Unterstützungswezen, die zu Beginn der heutigen Beratung vorgenommen wurden, ergab ein etwas anderes Resultat, als nach der gestrigen Debatte zu erwarten stand. Der wichtigste Teil, die Krankheitsunterstützung, wurde, nachdem sich auch die sechs Berliner Delegierten entschlossen hatten, dafür zu stimmen, mit 23 gegen 14 Stimmen angenommen; allerdings soll sie zunächst nur probeweise für das Jahr 1902 eingeführt werden; die Einschränkung hat aber weniger Bedeutung, da die Vorbereitungen ohnehin den Rest des Jahres 1901 in Anspruch genommen hätten. Die Reise-Unterstützung wurde einstimmig, die Sterbe-Unterstützung mit 38 gegen 1 Stimme angenommen; ferner war die Mindestzeit bei der mit 29 gegen

8 Stimmen angenommenen Unglücksunterstützung, gegen die auch die Berliner stimmten. Mit 35 gegen 2 Stimmen fand ein Antrag des Delegierten Kaulsch-Hamburg Annahme, wonach arbeitslose, verheiratete Mitglieder, denen auswärts Arbeit nachgewiesen wird, bis zu 10 M. Reisegeld erhalten. Für die Berechnung der Karenzzeit und der Dauer der Mitgliedschaft sollen die Beschlässe rückwirkende Kraft bis zum 1. Januar 1901 haben. Bezüglich der Arbeitslosen-Unterstützung wurde der Vorstand beauftragt, baldmöglichst das nötige Material zu sammeln und zu bearbeiten; er soll dann durch eine Urabstimmung über die Frage entscheiden lassen. Der von der österreichischen fernwirkenden Union vorgelegte Gegenseitigkeitsvertrag wurde im Prinzip genehmigt; die definitive Regelung wurde dem Vorstand überlassen. Um 1/11 Uhr trat eine zweistündige Pause ein, in der die Statutenkommission ihre Arbeiten beendigte.

Nach Beendigung der Pause schritt die Versammlung zur eigentlichen Statutenberatung, die den 5. Punkt der Tagesordnung bildete. Die §§ 1-8 wurden nach den Vorschlägen der Kommission ohne erhebliche Debatte angenommen.

In der Nachmittags-Sitzung wurde zunächst der Rest der Statuten mit den von der Kommission beantragten Änderungen genehmigt. Die Änderungen besagen unter anderem, daß auch sämtliche Sperren beim Vorstände anzumelden sind, daß statt der Agitationskommissionen, die sich im allgemeinen wenig bewährt haben, Vertrauensleute für die Agitation gewählt werden sollen, sowie daß in Zukunft zur Wahl eines Delegierten absolute Mehrheit erforderlich ist.

Die Generalversammlung beschloß sodann mit 35 gegen zwei Stimmen, einen dritten besoldeten Beamten anzustellen. Das Gehalt dieses Beamten soll 1800 M. betragen, während das Gehalt des ersten Vorsitzenden und des Kassierers mit 33 gegen 4 Stimmen auf 2000 M. festgesetzt wird. Zum ersten Vorsitzenden wird einstimmig Drunzel, zum Kassierer einstimmig Lothar wieder gewählt. Die Wahl des dritten Beamten fällt auf Schmidt-Welten, für den 28 von 36 Stimmzetteln abgegeben wurden.

Zu sehr erregten Debatten kam es dann noch bei der Wahl des Sitzes des Ausschusses. Von mehreren Delegierten wurde ein Beschl. im Sitz des Ausschusses bekräftigt; Hermann John-Verein begründete diesen Wunsch damit, daß die Dresdener, die bisher den Aussch. stellen, mit dem Centralvorstand zu sehr harmonisieren. Der Aussch. verliere dadurch seine Bedeutung. Die scharf ausgesprochenen Angriffe Johns, der besonders das Verhalten des Ausschusses bei dem Berliner Streik tadelte, veranlaßten ebenso scharfe Verwahrungen Weiers und der andern Dresdener Delegierten. Aus ihren Ausführungen und denen des Vorstands ergab sich, daß der Aussch. absolut nicht mit dem Vorstand unter einer Decke steht, daß vielmehr beide Organe oft, namentlich in grundlegenden tatsächlichen Fragen, verschiedener Meinung sind. Schließlich wurde Dresden mit 23 von 37 Stimmen als Sitz des Ausschusses wiedergewählt. Zum Vorsitzenden des Ausschusses wählte man einstimmig Weier wieder. Die übrigen Mitglieder des Ausschusses bestimmte die Dresdener Filiale. Die Wahl des Generalrevisors fiel einhellig wieder auf Gruner-Dresden. Nachdem eine Reihe weiterer Anträge der Filialen abgelehnt waren, wurde als Sitz der nächsten, im Jahre 1903 stattfindenden Generalversammlung Weien bestimmt. Zum Delegierten auf den Gewerkschaftskongreß 1902 wurde Hermann John-Verein mit 20 von 37 Stimmen gewählt; die beiden weiteren Delegierten sollen vom Vorstände und dem Aussch. entsandt werden.

Damit war die Generalversammlung am Schluß ihrer Verhandlungen angelangt. Der Vorsitzende Drunzel wies darauf hin, daß noch keine frühere Generalversammlung ein so großes Arbeitspensum bewältigt habe wie die diesmalige. Man könne mit dem Ergebnis wohl zufrieden sein; die Organisation werde auf der neuen Grundlage weiter wachsen und erstarken. Die Versammlung stimmte in ein dreimaliges Hoch auf den Verband und die moderne Arbeiter-Organisation ein und sang sodann stehend die Marschlied. Hierauf schloß der Vorsitzende die Versammlung.

China.

Unruhen in Korea.

Nach Nachrichten, die in Yokohama eingegangen sind, beschäftigt sich die Regierung von Ostasien mit den Unruhen auf der koreanischen Insel Quelpart, nicht aber die von der Ermordung eines französischen Priesters. Die koreanische Regierung entsendet Truppen nach dem Orte der Unruhestörungen.

Rückkehr des chinesischen Hofes.

Dem Bureau Laffan wird aus Peking am 1. Juni telegraphiert: Wahrscheinlich wird der Kaiser vor Eintritt der Regenzeit nach Peking zurückkehren, während die Kaiserin-Witwe bis zum Herbst in Honan verbleibt.

Eine amerikanische Humint.

Zu recht unerfreulichen Enthüllungen ist es, dem „New York Herald“ zufolge, in einer der letzten Konferenzen der Gesandten in Peking gekommen. Es handelte nämlich die Plünderungsfrage auf der Tagesordnung, und infolge einer Bemerkung in einem der Briefe des amerikanischen Generals Chaffee über das Benehmen der Gemahlin des britischen Gesandten, die einige Verhältnisse mitgenommen haben sollte, stellten zwei dieser Dame freundlich gefasste Diplomaten die Frage, was über die Angelegenheit bekannt sei. Darauf erklärten die Gesandten zweier europäischer Staaten, daß sie den ganzen Tag über, als das diplomatische Corps die verbotene Stadt besuchte, in der Nähe dieser Dame gewesen seien und sich dafür verbürgen könnten, daß das einzige, was sie genommen habe, eine gelbe Rose aus dem Garten der Kaiserin-Witwe gewesen sei. Dagegen erklärten die beiden Gesandten, daß sie es vergeblich zu verhindern gesucht hätten, daß die Gattin eines Mitglieds der amerikanischen Gesandtschaft alles plünderte, was sie vorfand; Lady Macdonald beteiligte sich an diesen leider fruchtlosen Versuchen. Die Amerikanerin hatte sogar einen Antiquitätenhändler mitgebracht. Sie wurde darauf aufmerksam gemacht, daß das nicht gehe, sie blieb aber darauf bestehen, worauf sich die Gesandten entsandten, damit ihnen nicht später vorgeworfen werden könne, daß die Plünderungen unter ihren Augen stattgefunden hätten. Der Antiquitätenhändler hatte sich vorher ganz genau über den Aufbewahrungsort des kostbaren Porzellans orientiert, und als es nicht gleich gelang, die Schwänke zu öffnen, die die Schätze enthielten, ließ die betreffende Dame einen amerikanischen Soldaten diese mit dem Bajonett öffnen. Der amerikanische Gesandte hatte auf diese Vorwürfe keine Entgegnung.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die freie Vereinigung selbständiger Barbier.

beriet am Freitag über den Streik der Gehilfen und über die Preiserhöhungen. Es kam dabei zu scharfen Auseinandersetzungen mit den anwesenden Vertretern der Lohnkommission und die Verhandlungen dauerten bis 3 Uhr morgens. Der Referent, Meister Karbaum, führte im wesentlichen etwa folgendes aus: Das Publikum sei über die wirklichen Verhältnisse getäuscht worden; die Gehilfen kämpften mit unehrlichen Mitteln. Gerade die Meister von der freien Vereinigung seien es gewesen, die stets für die Gehilfenforderungen eingetreten seien, und sie hätten sich auch nicht gewelgert, vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts zu verhandeln, sie seien aber bei dem Versuch, auch die Löhnungen für diese Verhandlungen zu gewinnen, von diesen hinter Licht geführt worden. Die Preiserhöhungen, die doch infolge der Lohnerhöhungen notwendig eingeführt werden müßten, könnten sie alle die schwächste Meisterorganisation nicht gegen die drei andern mit ihren 1400 Mitgliedern durchzuführen. Von dem Streik würden hauptsächlich nur die Mitglieder der freien Vereinigung betroffen, und diese ärmsten unter den Selbständigen, zum Teil tätige Genossen, die sich um die Organisation der Gehilfenschaft verdient gemacht hätten, schwer geschädigt, und

gerade in unmittelbarer Nähe ihrer Geschäfte hätte man nun die fliegenden Worterhebungen eingerichtet, die reaktionären Innungsmitglieder seien davon verschont geblieben. Der paritätische Arbeitsnachweis, zu dem die freie Vereinigung beisteuere, sei in ungerechter Weise gefaßt worden; den Meistern, die die Forderungen bewilligt hätten, seien die Gehilfen entzogen worden und sie hätten keine vom Nachweis erhalten können; dagegen hätte man diese zu den Dubitern geschickt. Die Angaben über die Zahl der Streikenden seien falsch; die Proklamierung des Generalstreiks aber sei ein schweres Unrecht gegen diejenigen Prinzipale, die bewilligt hätten. — In ähnlichem Sinne sprachen die übrigen Meister der Meisterorganisation. Die Forderungen der Gehilfen wurden als vollberechtigt bezeichnet und von mehreren Prinzipalen wird der Wunsch geäußert, daß die Gehilfen im Streik liegen möchten. Die Kampfweise der Gehilfen aber wird aufs schärfste verurteilt.

Die Vorwürfe werden darauf von den Vertretern der Lohnkommission, besonders von Liere und Kaiser zurückgewiesen. Die Zahl der Streikenden sei von Anfang an richtig angegeben worden, diese aber seien von der Polizei in rücksichtsloser Weise auseinander getrieben worden. In dem letzten Bericht über die in den Generalstreik Getretenen sei allerdings ein Druckfehler, es müsse dort 470 heißen. Die Sympathie für die Streikenden sei sehr groß unter der Arbeiterschaft.

Nach der sehr lebhaften Debatte wurde die folgende Resolution angenommen:

Die Mitglieder der freien Vereinigung usw. und Gäste nehmen in ihrer außerordentlichen Generalversammlung durch namentliche Abstimmung folgende Beschlüsse an:

1. Die Versammelten sind mit den Ausführungen des Referenten einverstanden;

2. erklären sie, daß sie den von den Gehilfen geforderten Tarif anerkennen. Gleichzeitig erklären sie, daß sie nicht im stande sind, diesen dauernd zu halten, wenn nicht eine allgemeine Preiserhöhung eintritt;

3. verpflichten sie sich deshalb, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln eine solche einzuführen;

4. die Versammelten bedauern, daß die Gehilfenschaft nicht im stande war, der Wahrheit die Ehre zu geben, indem sie betonte, daß auch die freie Vereinigung keinerlei Schritte zur ernsthaften Regelung gethan habe.

Darauf wurde einstimmig beschloßen, Preiserhöhungen vom Sonnabend, 1. Juni, ab einzuführen; Plakate dafür wurden in der Versammlung verteilt. Gleichzeitig soll die Lohnhöhung der Gehilfen in Kraft treten. Sodann wird eine siebengliedrige Kommission zur Ausarbeitung eines Flugblatts gewählt, durch das die Verdüsterung über den Streik angeklärt werden soll.

Zum Streik der Barbier wird uns geschrieben. Der Vorsitzende der Lohnkommission, Kaiser, erschien einer Aufforderung entsprechend auf dem Gewerbeplatz, wo ihm erklärt wurde, daß am Montagvormittag 10 Uhr Verhandlungen vor dem Einigungsamt zur Beilegung des Streiks stattfinden würden. Der Vertreter der Lohnkommission sicherte das Erscheinen der Kommission zu, jedoch hat die Kommission unterdessen beschloßen, in Verhandlungen nicht einzutreten. Sie wird die Erklärung abgeben, daß sie jetzt in keinerlei Verhandlungen eintreten könne, da die freie Vereinigung der Barbier über den Termin hinaus das Einigungsamt ignorierte. Sie nehme auf Grund dieser Tatsache die Anrufung zurück und wird nur dann verhandeln, wenn sämtliche drei Arbeitgeber-Korporationen das Einigungsamt antufen.

Zu der Berliner Barbiererei sind an Stelle der 28 ausgesperrten Arbeiter im Kaiserhof andere eingestellt, die einen Lohn von 19,50 M. erhalten, während die Arbeiter bisher 20 bis 24 M. verdienten.

Deutsches Reich.

Der Ausstand der Tabakarbeiter in Nordhausen dürfte durch den Schiedspruch des Einigungsamts, der folgendes festsetzt, beendet sein:

1. Der Rebers, nach welchem die Ausständigen sich verpflichten sollen, aus der Streikunterstützungs-Kasse auszutreten bzw. zu derselben keine Beiträge zu leisten, ist von den Fabrikanten zurückgezogen worden. In diesem Falle hat also der Schiedspruch nicht gefaßt zu werden brauchen.

2. Die Lieferung guten Materials haben die Arbeitgeber, als in ihrem eigenen Interesse liegend, zugestanden. Auch in diesem Falle hat das Einigungsamt einen Schiedspruch nicht abzugeben brauchen.

3. Bezüglich der Löhne der Röllchenmacher soll in allen Fabriken eine erhebliche Lohnaufbesserung eintreten. Das Einigungsamt konnte sich nur sehr schwer ein Bild von den gesamten Lohnderhältnissen machen, weil in allen Fabriken verschiedene Sorten Fabrikate verarbeitet werden und demgemäß auch die Lohnsätze in jeder Fabrik verschieden normiert sind. Das Einigungsamt hat als Einheitslohn zu Grunde gelegt diejenige Pfundzahl, welche ein Durchschnittsarbeiter in der Stunde fertig stellen kann. Der Lohn soll im allgemeinen so bemessen werden, daß der Durchschnittslohn für Röllchenmacher in der Stunde 80 Pf. für den 10stündigen Arbeitstag also 3 M. und für die 6tägige Arbeitswoche mithin 18 M. beträgt.

4. Bezüglich der Regelung des Lehrlingswezens ist den von den Arbeitgebern gemachten Zugeständnissen entsprechend festgesetzt, daß neben 4 Spinnern 1 Lehrling gehalten werden darf. In kleineren Fabriken soll jährlich mindestens 1 Lehrling angenommen werden dürfen. Diese Regel soll innerhalb 2 Jahren durchgeführt werden.

5. Die Forderung der Arbeitnehmer, daß die Arbeitgeber den von ersteren eingerichteten Arbeitsnachweis anerkennen sollen, ist für unberechtigt erklärt.

6. In Bezug auf die Wiedereinstellung der ausständigen Arbeiter hat das Einigungsamt sich dahin ausgesprochen, daß die Ausständigen in ihre früheren Plätze wieder eingestellt werden sollen.

Schließlich hat das Schiedsamt noch bestimmt, daß innerhalb einer Woche — nachdem etwa die Arbeitgeber den Schiedspruch anerkannt haben sollten — die Arbeiter wieder beschäftigt sein müssen.

Die Arbeiter haben bereits erklärt, daß sie den Schiedspruch anerkennen, aber die Stellung der Unternehmer ist uns noch nicht bekannt.

Die Maler machen darauf aufmerksam, daß der Zug nach Bremen ferngehalten ist, da dort der Streik fortdauert.

Ausland.

Aus der Schweiz. An den Pfingsttagen hielt der Schweizer Typographenbund in Rapperswil am Jürliche seine Generalversammlung ab. Der Bund umfaßt 21 Sektionen mit 1936 Mitgliedern gegen 1898 im Jahre 1899. Seine Einnahmen betragen nach dem Jahresbericht 70 132 Fr., die Ausgaben 57 188 Fr., der Vermögensbestand 43 010 Fr. Von den Ausgaben erwähnen wir: 7524 Fr. für Reiseunterstützung, 6009 Fr. Arbeitslosenunterstützung, 1029 Fr. Abreise- und Umzugskosten, 904 Fr. anderweitige Unterstützungen, zusammen 16 031 Fr. Unterstützungen, ferner 4823 Fr. Unterstützung des Einfließers Streiks, 200 Fr. Jahresbeitrag an die socialdemokratische Partei. Die geforderte waltete Kranken-, Invaliden- und Sterbefälle hatte bei 249 496 Fr. Einnahmen 131 719 Fr. Ausgaben, wovon 84 464 Fr. Kranken-, 30 550 Fr. Invaliden-Unterstützung und 5100 Fr. Sterbebeiträge. Das gesamte Vermögen der Kasse beträgt 215 125 Fr., d. i. 90 807 Fr. mehr als 1899. Ueber die Lohn- und Arbeitsverhältnisse wird mitgeteilt, daß der wöchentliche Minimallohn 20 bis 37 Fr., an den meisten Orten 30 bis 33 Fr. und die tägliche Arbeitszeit in einigen wenigen Geschäften 8 1/2, in andern 9 bis 10 Stunden, meistens aber 9 Stunden beträgt. Vorkenswert ist die Vermehrung der Zahl der Sejmashinen auf 31 Ende 1900 gegen 16 Ende 1899 und nur 7 Ende 1897. Von der Generalversammlung verdient besondere Erwähnung der einstimmig gefasste Beschluß auf Wiedereinstellung an den schweizerischen Gewerkschaftsbund, die Organisierung der Glaserarbeiter im graphischen Ge-

werbe, Protest gegen das Gebahren sogenannter „Herren Sociologen“ in Gestalt von Wahregelung der Mitglieder des Typographenbunds, Aufforderung des Arbeiterbunds, dem diese Sociologen angehören, zur Wahrung des Vereinsrechts, andernfalls eventuell Austritt aus demselben. An Regierungsrat Curti-St. Gallen wurde für seine Förderung der Arbeiterbestrebungen telegraphisch eine Dank- und Sympathie-Adresse überandt.

In Rom ist der Streik der Bauarbeiter beendet. Durch Vermittelung der Regierung wurden den Arbeitern fast alle Forderungen bewilligt.

Die Ermordung des Rittmeisters v. Krosigk vor dem Kriegsgericht.

(Telegraphischer Bericht.)

(Vierter Tag der Verhandlung.)

Gumbinnen, 1. Juni.

In der gestrigen Nachmittags-Sitzung wurde noch der Polizeikommissar Marbad aus Gumbinnen vernommen. Derselbe erklärte: Ich halte den Mord für einen Raubakt. Die Frau Martens hat nach dessen Tödtung gesagt: „Lebendig werden sie ihn nicht bekommen.“ — Die heutige Sitzung wird gegen 9 1/2 Uhr von dem Vorsitzenden eröffnet. Die Angeklagten sehen heute sehr zufrieden aus.

Zeuge Oberleutnant v. Hoffmann: Ich habe Hidel stets für einen offenen Charakter gehalten. In der letzten Zeit war das Verhältnis zwischen Hidel und dem Rittmeister v. Krosigk kein gutes. Hidel wurde von letzterem oftmals getadelt. Rittmeister v. Krosigk hatte den Befehl gegeben, beim Reiten ihn anzusehen. Bei dieser Gelegenheit hat der Rittmeister einmal gesagt zu Hidel: „Herr Unteroffizier, wenn Sie nicht thun, was ich befehle, sperre ich Sie ein.“ Das war etwa am Tage vor dem Morde. — Staatsanwalt: Hat Rittmeister v. Krosigk gegen Hidel Schimpfworte gebraucht? — Zeuge: Ich glaube, er hat einmal gesagt: „Sie sind ein ganz niederrichter Patron.“ — Verteidiger Rechtsanwalt Horn: Ich möchte an den Herrn Zeugen auch noch Fragen stellen und stelle anheim, deshalb die Deffentlichkeit auszuschließen. — Der Gerichtshof beschließt den Ausschluss der Deffentlichkeit, entsprechend dem Antrage des Verteidigers.

Nach Wiederherstellung der Deffentlichkeit wird zunächst der Zeuge Sergeant Fehler vernommen. — Auf Befragen des Verteidigers Rechtsanwalt Horn bemerkt der Zeuge: Sergeant Hidel ist ein guter Reiter. Er hat das Pferd der Frau Rittmeister zugeritten und ist vom Rittmeister mehrfach gelobt worden. In letzter Zeit hat er nicht mehr so gut geritten, weil er an Krampfadern leidend war. Hieraus werden die Mannschaften darüber vernommen, woher die Krampfadern kommen sei. Der erste dieser Zeugen, Dragoner Satowski sagt aus: Schon als die Schwadron zur Leiche geführt wurde, erzählte man, daß der Schuß aus der Richtung des Gucklochs hergekommen sei. Die Aussagen anderer Zeugen lauten ähnlich.

Hierauf wird der Dragoner Satowski als Zeuge vernommen. Er sagt aus: Ich bin um 4 Uhr in die Reitbahn gegangen und um 4 1/2 Uhr wieder herausgegangen. Ich ging nach dem Rekrutenstall und tränkte dort die Pferde. Als ich das vierte oder fünfte Pferd tränkte, ist Sergeant Hidel durch den Stall gegangen. Er sagte: „Dort sind bereits die Lampen angezündet und hier noch nicht.“ Gleich darauf kamen Rekruten, um die Lampen anzuzünden. Wann Unteroffizier Domning in den Stall gekommen ist, das weiß ich nicht mehr. — Zeuge Sergeant Schielath: Der Rittmeister hat Marten wegen der Rekrutenausbildung mehrfach belobt. Er sagte, die Abteilung Marten sei sehr gut. Ich bin am 21. Januar 4 Uhr nachmittags etwa eine halbe Stunde mit Marten zusammen gewesen. Alsdann bin ich in den Stall gegangen. Einige Minuten nach 4 1/2 Uhr kam Domning in den Stall mit der Nachricht: Rittmeister v. Krosigk habe sich erschossen. Er sagte, er werde sich vielleicht bloß verletzt haben, weil er erst mit dem Revolver geschossen habe. Ich eilte mit Hidel zum Guckloch der Reitbahn. Wir sahen durch das Guckloch den Rittmeister auf der Erde liegen mit ausgezogenem Kopfe. — Der Angeklagte Unteroffizier Domning bemerkt auf Befragen: Der Gewetzte Danilla hatte mir mitgeteilt, der Rittmeister habe sich erschossen. Ich eilte deshalb schnell nach der Reitbahn. Vor dieser lag der Karabiner. Der Rittmeister lag auf der Erde. Ich war kaum eine Minute an der Reitbahn. Alsdann ließ ich eilends nach dem Stall, um allen Sergeanten und Unteroffizieren das Geschehene mitzuteilen. Als ich aus der Reitbahn kam, stand der Karabiner noch da. Ich habe ihn sofort abgegeben.

Der Zeuge Dragoner-Wachtmeister Melzer bekundet: Ich habe vor etwa 8 Wochen Slobed gefragt, ob die Leute, die er am Guckloch gesehen habe, Unteroffiziersmützen oder Unteroffiziersmützen getragen hätten. Er verneinte beides. — Präsident: Wo haben Sie Slobed gefragt? — Zeuge: Im Stall. Slobed hat gerade Pferde beschlagen. — Staatsanwalt: Er hörte dann vielleicht nicht aufmerksam zu? — Zeuge: Ich glaube doch. — Präsi.: Wer war dabei, als Sie die Frage stellten? — Zeuge: Unteroffizier Griegat. — Letzterer bemerkt auf Befragen: er könne sich nicht mehr erinnern. — Präsi.: Slobed, hat der Wachtmeister Sie befragt? — Zeuge Slobed: Das weiß ich nicht mehr. — Präsi.: Sie sollen verneint haben, daß die Leute am Guckloch Unteroffizier-Mützen und Unteroffizier-Mäntel getragen haben? — Slobed: Jawohl. — Präsi.: Sie behaupten doch, die Leute hätten Unteroffiziersmützen und Unteroffiziersmützen getragen? — Slobed: Ich erinnere mich nicht mehr, was der Herr Wachtmeister fragte. Ich weiß aber, sie hatten feine Mützen. — Präsi.: Zu Melzer: Wer veranlaßte Sie, Slobed zu fragen? — Zeuge Melzer: Ein menschliches Interesse. — Präsi.: Haben Sie jemand das Gespräch erzählt? — Zeuge Wachtmeister Melzer: Jawohl, mehreren Leuten und auch meiner Frau. — Präsi.: Und Sie, Slobed, erinnern sich des Gesprächs mit dem Wachtmeister nicht mehr? — Slobed: Nein.

Alsdann werden einige Unteroffiziere über das Alibi des Angeklagten Hidel vernommen. Zeuge Sergeant Bodus: Hidel ist gegen 4 1/2 Uhr in den Stall gekommen. Die Lampen waren jedenfalls noch nicht angezündet. Ich weiß nicht, ob Hidel den Befehl erteilt hat, die Lampen anzuzünden. Ich habe mich mit Hidel unterhalten und bin einige Minuten vor 5 Uhr aus dem Stall gegangen. — Präsident: Hidel behauptet, Sie hätten auf die Uhr gesehen und gesagt: „Es ist 4 1/2 Uhr.“ — Zeuge Bodus: Das ist nicht wahr. — Präsident: Sie sollen gesagt haben: „Wenn ich nur nicht in Verdacht komme, da ich um 4 1/2 Uhr aus dem Stall gegangen bin.“ — Zeuge: Das habe ich nicht gesagt. — Hidel versucht nun klar zu machen, daß sich die Rekruten geirrt haben könnten. Er habe zu der Zeit, als der Schuß erfolgte, nicht am Guckloch stehen können. Hidel bemerkt ferner auf Befragen: Als Domning die Diablopist brachte und ich nach der Reitbahn kam, da sagte ein Mann: „Da liegt das K.“ — Hierauf wird die Deffentlichkeit wieder einige Minuten ausgeschlossen. Nach der Wiedereröffnung werden einige Soldaten über die Zeit des Aufstehens der Lampen im Rekrutenstall vernommen. Danach wird die Deffentlichkeit wiederum ausgeschlossen. Nach Wiederherstellung der Deffentlichkeit teilt der Vorsitzende Major v. d. Groden mit, daß zunächst eine Pause von einer Stunde eintrete. Alsdann finde eine eingehende Lokalbesichtigung statt, die auch eine Stunde dauere. Der Wiederbeginn der Verhandlung sei deshalb auf 5 Uhr festgesetzt. Von der Besichtigung der königliche Gebäude sei das Publikum ausgeschlossen.

Als die Sitzung um 5 1/2 Uhr wieder eröffnet wird, erscheint Kriminalkommissarius von Wädmann-Berlin als Zeuge. Derselbe sagt aus: Als ich von Berlin nach Gumbinnen kam, waren Marten und Slobed bereits verhaftet. Ich habe aus den Akten erfahren, daß gegen Marten ein erheblicher Verdacht vorlag. Er ist auf

dem Korridor in der Nähe des Karabiners gewesen. — Präsident: Kriegsgerichtsrat Schulz (unterbrechend): Daß Marten in der Nähe des Karabiners gewesen, kann ich nicht zugeben. — Kriminalkommissarius v. Wädmann: Er war aber etwa acht Schritte davon. Auch daß er einen Soldaten gefragt hat, ob seine Abteilung schon reite, machte ihn verdächtig. Gegen Slobed sprach, daß er nach dem Schusse am Guckloch gewesen, den Rittmeister v. Krosigk liegen und zwei Leute mit Mänteln gesehen hatte. Der Verdacht gegen Marten war schwerer, als der gegen Slobed, zumal noch ein anderer Mann jemand am Guckloch gesehen hatte. Slobed hat gesagt: er wollte sich vom Dienste „drücken“. Da habe er zwei Leute mit feinen Mützen gesehen, die er für Unteroffiziere gehalten habe. Er sei deshalb nicht in die Kaserne, sondern in den Rekrutenstall gegangen. Als er noch im Stalle gewesen sei, sei ein schwerer Schuß gefallen. Er sei nach der Reitbahn gelaufen und habe aus Reugier durchs Guckloch gesehen. Er ist nicht verdächtig, weil er das im Stalle Gesprochene genau wiedergeben konnte. Er sagte, er habe den Oberleutnant v. Hoffmann rufen hören. Hätte Slobed geschossen, dann hätte er erzählt, er hätte den Rittmeister rufen hören. Es ist auch festgestellt, daß Slobed in der Schmiede beschäftigt war. Er hatte auch keine Zeit, sich den Karabiner zu beschaffen. Er hätte dann auch nicht erwartet, bis die Leute aus der Reitbahn kamen. Ich halte es auch für ausgeschlossen, daß eine Person den Mord verübt hat. Sie konnte es ohne Deckung nicht wagen. Ich nahm an, daß es Leute der vierten Schwadron gethan hätten. Wegen der Thäterschaft von Zivilpersonen habe ich auch recherchiert, aber ohne Ergebnis. — Präsident: Wie kamen Sie auf Hidel? — Kriminalkommissarius von Wädmann: Vorausgesetzt, daß Marten der Thäter war, war es nicht anzunehmen, daß er Unteroffizier oder Helfer hätte. Hidel war der Schwager Martens. Er war der einzige Unteroffizier der Schwadron mit schwarzem Schnurrbart. Er konnte auch sein Alibi nicht nachweisen. Er ist in der fraglichen Zeit mit Marten zusammen gewesen. Ich glaube, daß Hidel vom Stall zur Reitbahn ging, um zu sehen, ob die Wahn frei sei und um Marten ein Zeichen zu geben. — Präsident: Sind das bloß Ihre Wahrnehmungen? — Zeuge: Allerdings, aber Domning bestärkte mich Hidel in der fraglichen Zeit im Rekrutenstall gewesen zu sein. Ich habe alle Dragoner gefragt, sie haben Hidel aber im Rekrutenstall nicht gesehen.

Angeklagter Domning: Der Kommissar wollte durchaus haben, ich solle sagen: ich sei mit Hidel nicht im Rekrutenstall gewesen. Ich habe aber geantwortet: „Und wenn ich Zeitweilen ins Justizhaus komme, kann ich nicht anders sagen.“ Darauf hat mir der Kommissar mit Einperren gedroht. — Kriminalkommissarius v. Wädmann: Ich habe allerdings ermahnt, die Wahrheit zu sagen. Wenn ihm die Unwahrheit nachgewiesen würde, könne er verhaftet werden. Dazu bin ich berechtigt. Ich habe gelesen, daß auch Hidel behauptet hat, ich hätte ihn angefaßt. Das ist eine Ehre! — Präsident: Ich erlaube Sie, den Ausdruck „Ehre“ nicht zu gebrauchen. — Kriminalkommissarius v. Wädmann: Dann sage ich: es ist falsch. Die Aussagen der Unteroffiziere waren fast gar nicht zu verwerten. Zwei Dragoner aber behaupteten: Hidel sei aus dem Stalle gegangen und 6 bis 8 Minuten später sei die Nachricht, daß v. Krosigk erschossen, überbracht worden.

Staatsanwalt: Die Angaben des Kriminalkommissarius v. Wädmann decken sich nicht mit denen Hidels. — Hidel: Ich habe bei v. Wädmann genau so ausgesagt wie hier. — v. Wädmann: Das ist unklar. Ich nahm an: es sei eine vorbereitete Sache gewesen, daß die Lampen nicht angezündet waren. Domning hat anheimend Hidel den Rücken gedreht, daß dieser unbehindert in den Stall gelangen konnte. Dies wäre nicht möglich gewesen, wenn die Lampen gebrannt hätten. Im Rekrutenstall kann er nicht gewesen sein, sonst wäre er gesehen worden, da dieser erleuchtet war. — Kriminalkommissarius Richter (Berlin), der zunächst unter Ausschluss der Deffentlichkeit vernommen wird, sagt aus: Marten war deshalb verdächtig, weil sein Vater ohne Bewilligung mit v. Krosigk hatte und deshalb auch verhaftet werden sollte.

Hierauf wird die Sitzung auf Montagvormittag 10 1/2 Uhr vertagt.

Soziale Rechtspflege.

Der Tischlermeister als versicherter Arbeiter des Forstbüros. Der Schreiner Wittersheim hatte vom Hiesigen Holz gekauft. Als er dies persönlich aus dem Waldschlage nach dem etwa zwei Meter entfernten, durch den Distrikt führenden Holzabfuhrweg schaffen wollte, schlug ihm ein Reisch in das Auge, so daß er in seiner Erwerbsfähigkeit bedroht wurde. Wittersheim, der in einer ländlichen Gemeinde lebt und neben der Schreinererei auch etwas Landwirtschaft treibt, verlangte von der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft eine Unfallrente, wurde aber mit seinem Anspruch abgewiesen. Auch das Schiedsgericht erkannte zu seinen Ungunsten, weil ein landwirtschaftlicher Betriebsunfall auf keinen Fall vorlag. Es schloß der Zusammenhang mit der Landwirtschaft, denn der Kläger habe selbst erklärt, daß er das Holz zum Roden von Speisen und Getränken für die Handhaltung, sowie zum Fetzen der Stube im Winter habe benutzen wollen. Der Kläger legte Reklurs ein und das Reichs-Versicherungsausschuss debattierte die Klage auf den Forstbüros aus. Der Reichsausschuss lehnte ebenfalls jede Verpflichtung ab und machte geltend: „Wittersheim für die Zeit seiner Thätigkeit im Walde nicht als forstwirtschaftlicher Arbeiter“ angesehen werden, weil er die Schreinererei selbstständig betreibt und Arbeiten im Tagelohn nicht leistet. Als Unternehmer sei er nicht im forstwirtschaftlichen Betriebe beschäftigt. Das Reichs-Versicherungsausschuss wies die Klage gegen die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft ab und verurteilte den beigeladenen Forstbüros mit folgender Begründung: Die Eigenschaft einer Person als Unternehmer eines Betriebes schließt deren Eigenschaft als Arbeiter in einem andern Betriebe nicht unbedingt aus. Die Landwirtschaft des Klägers scheide wegen ihres geringen Umfangs von vornherein aus. Und als selbstständiger Schreiner habe er Mienenhäuser, geringwertige Möbel und landwirtschaftliche Geräte angefertigt, wozu er das erforderliche Holz zum Teil kaufte, zum Teil von den Bestellern geliefert erhielt. Nach seinen gesamten wirtschaftlichen und persönlichen Verhältnissen stehe der Kläger den landwirtschaftlichen näher wie den Selbständigen. Trotz seiner Eigenschaft als Tischlermeister müsse angenommen werden, daß W., als er das gekaufte Holz aus dem Walde nach dem Abfuhrwege schaffte, Arbeiter im Betriebe des Forstbüros gewesen sei. Für die fragliche Zeit sei er in diesen Betrieb übergetreten gewesen.

Auch eine beharrliche Arbeitsverweigerung. Der Handwerker B., der bei der Firma Ruben beschäftigt war, hatte sich geweigert, Waren aus einem Wagen fortzuschaffen, weil ihm der Wagen dazu ungeeignet erschien. B. wurde deshalb von dem Kassierer des Herrn Ruben entlassen. Ruben selber wollte ihn für den Fall weiter beschäftigen, daß er sich bei dem Kassierer erkundigte, was B. ablehnte. Die Kammer VII des Gewerbegerichts unter dem Vorsitz des Dr. Gertz wies den von B. wegen unrechtmäßiger plötzlicher Entlassung geltend gemachten Entschädigungsanspruch als unbegründet zurück, indem sie annahm, der Kläger habe sich durch die dreimalige Weigerung, den fraglichen Wagen zum Fortschaffen der Waren zu benutzen, einer beharrlichen Verweigerung der ihm aus dem Arbeitsverhältnis obliegenden Verpflichtungen schuldig gemacht.

Die überschrittene Vollmacht. Ein interessanter Rechtsstreit beschäftigte die Kammer VIII des Gewerbegerichts. Der Inhaber der Buchdruckfirma B. o. n. s. c., Herr Thiede, hatte von dem früheren Inhaber des Betriebs auch den Korrektor K. mit übernommen. In der Meinung, mit K. sei, wie mit dem übrigen Personal, die Abmündigungsfrist durch einen gedruckten, im fraglichen Geschäft seit

zu diesem Zweck benutzten Mebers aufgeschloffen worden, entließ Herr Thiede plötzlich den Korrektor. Dieser verklagte ihn darauf beim Gewerbegericht und wies nach, daß der Faktor K. durch eine schriftliche Abänderung des Mebers mit ihm eine 14tägige Abmündigungsfrist vereinbart habe. Der Beklagte und der als Zeuge zur Verhandlung hinzugezogene frühere Geschäftsinhaber Stein bestritten dem Faktor das Recht zu einer derartigen, vom Geschäftsgebrauch abweichenden Sonderabmachung. — Der Faktor, ebenfalls als Zeuge vernommen, führte dagegen aus: Er habe sämtliche Personen der Segertabteilung selbstständig engagieren und entlassen können, ohne den damaligen Inhaber Stein zu fragen. Er habe seiner festen Ueberzeugung nach auch das Recht gehabt, den vorliegenden Mebers abzuändern. Jeder Faktor habe überhaupt das Recht, insbesondere Vereinbarungen mit dem ihm unterstellten Personal zu treffen. Uebrigens habe er, als ein tüchtiger Korrektor engagiert werden sollte, zu Herrn Stein gesagt, die Leute lägen nicht auf der Strafe, sie müßten aus einer Stellung herausgerissen werden. Und im Zusammenhang damit glaube er zu Stein gesagt zu haben, man müßte Abmündigung gewähren; indessen wisse er nicht genau, ob diese Worte gefallen seien. — Herr Stein erklärte als Zeuge dann noch einmal, seiner Meinung nach sei der Faktor zur selbständigen Abänderung des Mebers nicht befugt gewesen.

Der Gerichtshof wies den Kläger ab und Gewerbebericht Dr. Meher führte begründend aus: Die Beklagte hätte ohne weiteres verurteilt werden müssen, wenn der abgeänderte Mebers gültig, bindend gewesen wäre. Das sei aber nicht der Fall. Allerdings habe der Faktor K. Leute annehmen und entlassen können. Dieses Recht sei aber begrenzt worden durch den ein für allemal im Geschäft eingetragenen Mebers. Wollte er ihn in besonderen Fällen abändern, dann hätte er dazu erst die Genehmigung des Chefs einholen müssen. Durch die nicht genehmigte selbständige Abänderung habe der Faktor seine Vollmacht überschritten. Die Folge sei, daß die Abmachung zwischen ihm und dem Kläger die Firma nicht binde. — Der Kläger habe jetzt höchstens noch einen Regrehananspruch gegen den Faktor.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die chinesische Kriegsschadigung. Peking, 31. Mai. (Telegramm des „Neuerischen Bureaus“.) Die bedingungslose Annahme der Forderung der Mächte auf Zahlung einer Entschädigung von 450 Millionen Taels durch die Chinesen hat unter den Gesandten große Verwirrung hervorgerufen. Es bleiben hauptsächlich nur noch einige Fragen von geringer Bedeutung übrig, um die Verhandlungen vollständig zu Ende zu führen. Man erwartet indessen, daß doch noch gewisse Verzögerungen eintreten könnten, mit Rücksicht auf die Räumung des Laus. Einige fremde Vertreter können nicht verstehen, wie China für die vollständige Zahlung der Entschädigung zur Zufriedenheit der Mächte Garantie leisten kann, wie es in der gemeinsamen Note verlangt wird. Die Mehrzahl der Gesandten ist für Erhebung zehnprozentiger Seerzölle und für Entnahme von 5 Millionen Taels aus dem Fonds der Einnahmen. Hierdurch würden nach Zahlung der Zinsen für die bereits vorhandene auswärtige Schuld etwa 28 Millionen Taels übrig bleiben. Die fremden Vertreter würden hiermit einverstanden sein, wenn China die Einnahmen für ausländische Waren abschaffen würde.

London, 1. Juni. (W. T. V.) Die Blätter melden aus Peking vom 30. Mai: Die Gesandten sprachen sich dahin aus, daß die Entschädigungsfrage erst geregelt werden müsse, bevor sie mit der schiedlichen Behörde über irgend welche Handelsinteressen und diese betreffende Abmachungen beraten könnten, da, wie sie voraussehen, die letzteren eine eingehende Prüfung erfordern.

Washington, 31. Mai. (Mitteilung des „Neuerischen Bureaus“.) Die Unterhandlungen der Gesandten in Peking, betreffend die Art und Weise, die Anleihe zu garantieren, dürften sich sehr schwierig gestalten. Den Vereinigten Staaten wird von Rußland und Frankreich nahe gelegt, die Garantie international und gemeinsam zu machen, was aber die Vereinigten Staaten entschieden ablehnen, indem sie die verfassungsmäßigen Beschränkungen der Exekutive hervorheben.

Schwere Witterschäden. Köln, 1. Juni. (W. T. V.) Privatmeldungen vom Oberrhein zufolge hat das gestrige Unwetter zahlreiche Unglücksfälle im Gefolge gehabt. Bei Riddersdorf wurde eine auf dem Felde beschäftigte Frau vom Blitz erschlagen, und ein in der Nähe sich aufhaltendes Mädchen schwer verbrannt. Unweit Wesseling wurde ein Radfahrer durch einen Blitzschlag gelähmt, dasselbe Schicksal erlitt ein Radfahrer bei Remagen, der später regungslos aufgefunden und ins Hospital gebracht wurde. Bei Einzig wurde auf weiten Strecken die Feldfrucht total vernichtet. Auch das Rahe, Winkler- und Appelthal wurden vom Unwetter stark heimgesucht. Das in starken Strömen von den Bergen herabstürzende Wasser entwurzelte und zerbrach die stärksten Bäume. Das ganze Rheingebiet ist verwüstet. Die Landstraßen mühen gesperrt und auf dem Bahnhof Kelenhausen der Eisenbahnverkehr eingestellt werden.

Berlin, 1. Juni. (W. T. V.) Die Entschädigung des Bismarck-Denkmal ist nunmehr auf Sonntag, den 16. Juni, festgesetzt worden.

Barlin, 1. Juni. (W. T. V.) Unter den Weisheitskundgebungen, die anlässlich des Ablebens des Grafen Wilhelm Bismarck hier eingegangen sind, befinden sich solche vom Kaiser und der Kaiserin.

Nachen, 1. Juni. (W. T. V.) In dem Prozeß gegen mehrere hiesige Einwohner wegen **Eiteltheitsverbrechen** wurde heute nach zweitägiger Verhandlung von der hiesigen Strafkammer das Urteil gefällt. Die Ehefrau Dahmen wurde wegen Anpöbeln und Verleitung minderjähriger Kinder zur Unzucht zu 15 Monaten Gefängnis verurteilt. Die übrigen Angeklagten erhielten Gefängnisstrafen von 6 bis 9 Monaten unter Anrechnung der Untersuchungshaft. Der Staatsanwalt hatte gegen Frau Dahmen drei Jahre Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf zehn Jahre, gegen die übrigen Angeklagten Gefängnisstrafen von sechs bis achtzehn Monaten beantragt.

Frau Dahmen wurde außerdem wegen Entführung eines minderjährigen Mädchens zum Zwecke der Verleitung zur Unzucht vor das Schwurgericht verwiesen.

London, 1. Juni. (W. T. V.) Eine Shanghai-Depesche des „Standard“ befragt: Aus der Provinz Ngan-hwei wird berichtet, daß in der ganzen Provinz starke Erregung bemerkbar sei, weniger insofern als politischen Gründen, als infolge des Auftretens von Feuerschreckenswärmern, welche die Ernten rasch vernichten.

Brüssel, 1. Juni. (W. T. V.) In dem Gesetzesvorschlag des Staatsministers Veernaert betreffend Amegion des Kongostaars durch Belgien ist die Frist, nach welcher das Gesetz in Kraft treten soll, auf zwei Jahre und nicht, wie zuerst gemeldet, auf ein Jahr festgesetzt.

Ranea, 1. Juni. (W. T. V.) In der Deputiertenkammer brachte Wikidialis, Deputierter für Skandia, einen von allen arktischen Deputierten unterzeichneten Antrag ein, in welchem den Mächten Dank für die Bekräftigung des von der türkischen Herrschaft angegriffenen und um **Einverleibung in Griechenland** gebeten wird. Die muslimischen Deputierten erhoben lebhaften Widerspruch, so daß der Alterspräsident die Sitzung aufheben mußte.

Washington, 1. Juni. (W. T. V.) Die kubanische Konvention nahm die kubanische Verfassung an, wie sie in Washington genehmigt worden ist, doch hat sie dieselben Erklärungen verschiedener Artikel, die angeblich vom Sekretär des Kriegs-Konvent abgeben sein sollen, beigefügt. Das Kabinett hat sich dahin ausgesprochen, daß diese Annahme der Verfassung nicht die von den Vereinigten Staaten verlangte sei und hat beschlossen, diese Entscheidung der Konvention mitzutheilen.

Die „Neue Zeit“

setzt ihre Angriffe gegen die Haltung des „Vorwärts“ in den französischen Parteiangelegenheiten fort. Da es leider nicht gelungen ist, durch unsere kurze Abwehrbemerkung unsere wissenschaftliche Redue zu überzeugen und um jede Legendenbildung zu verhindern, sind wir nunmehr genötigt, Punkt für Punkt gründlich und endgültig die ebenso verletzenden wie falschen Behauptungen der „Neuen Zeit“ zu widerlegen.

1. Die „Neue Zeit“ wiederholt zunächst die Behauptung, daß wir tendenziöserweise die Erklärung Vaillants, die sich gegen den Artikel Vollmars in den „Socialistischen Monatsheften“ richtete, nicht abgedruckt hätten, dagegen sofort den gegen Vaillant sich wendenden Artikel Jourds. Und ist dieser Vorwurf völlig unklar. Höchstens hätte uns die „Neue Zeit“ deshalb tadeln können, daß wir es unterließen, die Darlegungen Vollmars zu bringen, die doch für deutsche Leser zum erstenmal mitteilen, daß man in französischen Parteikreisen von dem Eintritt Millerands vorher unterrichtet war. Es ist im höchsten Grade auffällig, daß die „Neue Zeit“, die alles an unserer Stellung zur französischen Parteibewegung zu tadeln hat, die eine in eine Unterlassung nicht rügt, die man uns mit einigem Recht zum Vorwurf machen könnte; daß sie dagegen sich über die Selbstverständlichkeit aufhält, daß wir Vaillants Antwort nicht wiedergaben — weil ja die Vollmarschen Ausführungen, auf die sie sich bezog, im „Vorwärts“ nicht zur Kenntnis gelangten. Wir gestehen, wir haben ein ernstes Auktat auf diesen Tadel, den die „Neue Zeit“ unglücklicherweise unterlassen hat, und wir hätten gegen diesen Tadel vielleicht wenig Begründetes einwenden können, selbst wenn unser wissenschaftliches Centralorgan seiner Gewohnheit gemäß an diesen Vorwurf die Bemerkung geknüpft haben würde: Der „Vorwärts“ verschweige eben alles, was zu Gunsten Millerands spreche. Da die „Neue Zeit“ uns wegen des Nichtabdrucks der bemerkenswerten Vollmarschen Betrachtungen zum Fall Millerand nicht angreift, brauchen wir uns auch nicht zu entschuldigen.

Anders stand es einige Monate später mit Jourds Artikel! Dieser enthält im Wortlaut jenen Brief Vaillants an Millerand, den er unmittelbar nach dessen Eintritt ins Ministerium geschrieben hatte und an diesem dokumentarischen Beweismittel glaubten wir nicht vorübergehen zu dürfen. Es ist uns auflärend, die drei Versionen über die Verhandlungen der Kammerfraktion in Sachen des Eintritts Millerands wiedergzugeben, die Vollmar auf Grund Jourdscher Informationen, die Vaillant in seiner Antwort giebt, und die drittens Vaillants Brief enthält.

Nachdem das erste Angebot an Millerand erfolgt war, wurde die Kammerfraktion berufen. Nicht ein einziger der socialistischen Abgeordneten — schreibt Vollmar — „riet Millerand, daß er ablehnen möge. Vaillant und dessen Freund Sembat drückten Millerand ihre volle Sympathie aus und erklärten ihm, daß sie ihm von ganzem Herzen in den neuen Kampf folgen würden; indessen hielten sie es im Partei-Interesse für besser, daß ein offizieller Bescheid in dieser Sache nicht gefaßt werde“.

Der Guesdiftische Abgeordnete Cadénat wünschte, da alle Abgeordneten individuell der Annahme des Angebotes günstig gestimmt seien, auch durch einen gemeinsamen Beschluß dieser Stimmung Ausdruck zu geben. Vaillant und Sembat blieben dabei, daß es wegen des Mangels einer organischen Einheit der Partei besser sei, keinen Beschluß zu fassen, wiederholten jedoch, daß sie Millerand auf das wohlwollendste unterstützen würden.

Nach Vollmar hatte also Vaillant so wenig Principielles gegen den „Ministerialismus“ einzuwenden, daß er vielmehr wohlwollendste Unterstützung verleihe. Nur wünschte er, daß die Partei als solche nicht die Verantwortung für die Ministerialität zu übernehmen brauche.

Zu einem die socialistische Krise in Frankreich erörternden Artikel der „Neuen Zeit“ (Nr. 16 vom 19. Januar 1901) fügte Vaillant als Entgegnung auf Vollmar feierlich eine persönliche Information bei. Vaillant behauptet, er habe in jener Kammerfraktionsitzung das Angebot der Ministerialität lediglich als eine Frage der Vergangenheit aufgefaßt und erklärt, wenn ähnliche Verhandlungen sich ausnahmsweise wiederholen und erfolgreich werden sollten, ist die Kammerfraktion wie die Partei zu einer Erklärung auffordern würde, um die Partei gänzlich von einem solchen individuellen Akt loszulösen, da die Partei an der Centralgewalt der Bourgeoisie, am Ministerium, in keiner Weise teilnehmen könne.“

Was hier Vaillant als seine Haltung in der Sitzung der Kammerfraktion bezeichnet, ist zwar auch keine principielle Verwerfung der Ministerialität, klingt aber immerhin unfreundlicher als die Darstellung Vollmars. Vaillant erzählt weiter, wie er am Tage nach dieser Sitzung die Bildung des Kabinetts Waldeck-Rousseau-Galliffet-Millerand vernommen habe; ich... Widte sofort an Millerand einen Kohrpostbrief, in dem ich ihm bat, unverzüglich das Gesicht zu demontieren, das ich für eine Verleumdung hielt, und in dem ich hinzusetzte, daß, wäre es wahr, dadurch die von mir in der Fraktionsitzung gesprochenen Worte ihre Gültigkeit verlieren. Ich verstand darunter, daß angesichts der Anwesenheit Galliffets im Ministerium es uns nicht mehr genügen würde, zu erklären, Millerand könne durch seinen Eintritt in die Regierung die Partei weder vertreten noch verpflichten, sondern daß wir obendrein mit aller Macht gegen einen Akt protestieren müßten, durch den sich ein Socialist zum Kollegen des Kommunisten machte.“

Eigentlich widersprachen sich Vaillants und Vollmars Ausführungen im wesentlichen überhaupt nicht, nur die „Nuance“ war verschieden. Welche Nuancierung entsprach dem thatsächlichen Vorgang? Die Antwort brachte die wortgetreue Veröffentlichung des Vaillantischen Kohrpostbriefs, durch dessen schleunige Wiedergabe wir die Anerkennung der „Neuen Zeit“ verdient zu haben glauben. Die wichtigsten Sätze in diesem Briefe lauten: „Man sagt, daß Sie an einer ministeriellen Kombination mit Galliffet teilnehmen werden, dadurch würde das, was gestern in der Fraktionsitzung gesagt war, seine Gültigkeit verlieren. Wenn es einen Namen giebt, der nicht austauden darf, weil er für uns alle Verbrechen und die ganze Reaktion von Versailles verhöpft, so ist es der Galliffets. Seine Gegenwart im Ministerium wäre eine Herausforderung für uns, eine Propagation, gegen die wir uns auflehnen müssen.“ Diese Sätze des Kohrpostbriefs sind durchaus verständlich, wenn man Vollmars Darstellung als die wahrscheinlichste zu Grunde legt. Sie verlieren an Sinn, wenn man die von Vaillant gegebene Nuancierung als richtig annimmt, und sie werden sinnlos, wenn man behauptet, Vaillant habe in der Fraktionsitzung sich principiel gegen die Ministerialität ausgesprochen. Vaillant muß sich vielmehr der Möglichkeit der Ministerialität gegenüber durchaus freundlich verhalten haben; und erst als er von dem gleichzeitigen Eintritt Galliffets erfuhr, nahm er, der alte Kommunist, sehr begrifflichweise seine sympatischen Äußerungen zurück. Die Ministerialität war danach für jeden, der unbesonnen zu urteilen fähig ist, in der Meinung Vaillants keine Principienfrage, sondern eine Personenfrage, die eigentlich zu Gunsten Millerands hätte von ihm entschieden werden müssen, als der Stein des Anstoßes, als Galliffet aus dem Ministerium besetzt wurde.

2. Nachdem der „Vorwärts“ einmal den Artikel Jourds mit dem Kohrpostbrief Vaillants wiedergegeben hatte, war es notwendig, daß wir auch von der neuen Interpretation Kenntnis gaben, die Vaillant seinem Kohrpostbrief angedeihen ließ. Die „Neue Zeit“, oder um in ihrer Sprache zu reden, der Kollege, der in ihre die französischen Parteiangelegenheiten behandelt, behauptet, wir hätten diese Erklärungen nicht loyal wiedergegeben, und sie versucht jetzt einen Beweis ihrer schweren Verleumdung, indem sie schreibt:

... So hatte Vaillant zum Beispiel in Souvender (N) Form darauf hingewiesen — er gehört nicht zu jenen, die verlegende Formeln lieben —, daß man in socialistischen Kreisen schon längst Millerand für einen Streber gehalten, der auf einen Ministerposten lauerete, und daß man in seiner

eventuellen Ministerialität keinen Nachteil sah, wenn er jede Verbindung mit der Partei löste. In der That, warum auch? Millerand dürfte kein schlechter Minister sein als irgend ein bürgerlicher Politiker; nicht daß Millerand Minister ist, sondern daß es Parteigenossen giebt, die erklären, er sei als Socialist Minister, die also die Partei mit der Verantwortung für seine und seines Ministeriums Schritte belasten, das ist das Erbitternde und Kompromittierende der heutigen Situation.

Wie kommentiert aber der „Vorwärts“ den betreffenden Passus der Vaillantischen Erklärung? Er verschweigt den Satz Vaillants: „Die Mehrzahl war seit langem überzeugt, daß Millerand auf eine Gelegenheit lauerete, in ein Ministerium einzutreten“, und sagt: „Mit der Möglichkeit eines socialistischen Ministers hat man in den französischen Parteikreisen schon lange gerechnet, ohne die Notwendigkeit einer principuellen Stellungnahme empfunden zu haben.“

Aus der That, daß man schon lange ahnte, Millerand strebe nach einem Ministerposten, und annahm, er sei im Stande, zu diesem Behufe seine Verbindung mit der Partei zu lösen, wird im „Vorwärts“ die That, unsere Partei habe schon lange mit der Möglichkeit gerechnet, in einem bürgerlichen Ministerium vertreten zu sein, und gar nichts Besonderes dabei gefunden. Und das soll eine getreue Wiedergabe der Duplik sein! Da ist es natürlich kein Kunststück, die Haltung Vaillants widerspruchsvoll erscheinen zu lassen.“

Abgesehen von der das Urteil oder doch das Sprachempfinden des Kollegen in der „Neuen Zeit“ eigen charakterisierenden Meinung, es sei „schonend“ und keine verlegende Form, wenn man einem Genossen vorwirft, er „laure“ auf den Ministerposten, sei also ein Streber schlimmster Art, — untersuchen wir, wo er eine klare Darstellung falsch wiedergiebt. Den Satz, daß man in socialistischen Kreisen Millerand schon längst für einen Streber gehalten, der auf einen Ministerposten lauerete, hatten wir allerdings mit vollem Vorbedacht verschwiegen. Diese schwerste Verleumdung eines Genossen mag ja bei einem direkt Beteiligten schließlich erklärlich und verzeihlich sein; ihn in unsere Spalten beweislos zu übertragen, wäre unverantwortlich gewesen. Wir hätten es überhaupt weder für nützlich noch für notwendig, principielle oder tactische Fragen zu persönlichem zu erniedrigen. Es ist uns ganz gleichgültig, ob Millerand ein Streber ist oder nicht, wir kennen ihn nicht und wissen nicht, wie es in seiner Seele aussieht. Auch unsere Guesdiftischen Freunde in Frankreich sind kürzlich entschieden gegen solche persönliche Kampfesweise aufgetreten. Nachdem die „Revue Socialiste“ die schwersten Anklagen gegen Edwards, den Schwager Waldeck-Rousseaus und finanziellen Väter des anti-ministeriellen socialistischen Schriftstellers erhoben hatte, versprach Edwards eine Antwort; die Redacteurs des Guesdiftischen, von Edwards unterhaltenen „Revue“ aber setzten es durch, daß Edwards schweige, um alles Persönliche aus dem Kampf der Meinungen zu entfernen. Wir brauchen in Deutschland wahrhaftig nicht persönlich zu sein als unsere Genossen in Frankreich.

Die Meinung Vaillants ging auch ohne die von der „Neuen Zeit“ gewünschte Wiedergabe der Verleumdung Millerands klar und korrekt aus dem hervor, was wir citierten:

„Ich habe an mehr als einer Unterredung teilgenommen, wo seit dem Anschluß Millerands an die socialistische Partei diese Möglichkeit (des Eintritts in das Ministerium) diskutiert wurde, und der Schluß war stets derselbe: „Möge er doch eintreten“, sagten alle, wir sehen darin keinen Nachteil, vorausgesetzt, daß er es auf seine eigene Rechnung und Gefahr thut, jede Verbindung mit der Partei löst und dieselbe weder hineinzieht noch compromittiert. In diesem Sinne, indem ich dabei stets jenen Vorbehalt machte und forderte, der die Partei vor jeder Teilnahme und Bloßstellung schützte, habe ich denn auch nichts in der Fraktion gesagt, was nicht freundschaftlich für Millerands Person war.“

Wir führen dann fort: „Mit der Möglichkeit eines socialistischen Ministers hat man übrigens in den französischen Parteikreisen schon lange gerechnet, ohne die Notwendigkeit einer principuellen Stellungnahme empfunden zu haben.“

Der Kollege der „Neuen Zeit“ sucht den Anschein zu erwecken, als ob wir diesen Satz als von Vaillant stammend einschmuggeln wollten, wiewohl in unserem Artikel schon rein technisch richtig war, was Vaillantische Ausführungen und was Redaktionsmeinungen waren. Ferner vergißt die „Neue Zeit“ auch das für den Sinn notwendige Wort „übrigens“ zu citieren. Dies war ihr im Wege, das hätte den Leser auf den Gedanken bringen müssen, daß wir uns in dem Fall gar nicht auf V. (wenigstens nicht allein) stützen wollten und brauchten, sondern daß wir uns in dieser Beziehung auf andre Thatfachen berufen konnten.

Seitens der „Neuen Zeit“ wäre hier nur die Frage berechtigt gewesen: Wie kommt der „Vorwärts“ zu einer solchen Feststellung? Dann hätten wir die vereehrte Kollegin auf ihre Nr. 30 vom 27. April und „Vorwärts“ vom 24. April verweisen können, wo in dem Artikel Jourds, der auch den Brief Vaillants an Millerand im Wortlaut enthält, überzeugend dargelegt ist, daß niemand erkannte, niemand überrascht war, daß weder von „Parteierrat“ die Rede war, noch auch in der Zeit, wo die Thatfachen noch nicht vollendet, irgend etwas geschah, den Eintritt zu verhindern. Es ist auch festgestellt worden, daß Bourgeois, der vor Waldeck-Rousseau an den Versuch machte, ein Kabinett zu bilden, dem Präsidenten der Republik erklärt hatte, daß nach seiner Kenntnis der Situation die socialistische Partei bereit wäre, thätig und direkt einzugreifen. Diese Erklärung war bekannt gemacht worden; niemand wendete sich dagegen.

Rebendein spricht der Kollege in der „Neuen Zeit“ von „unser“ Partei in Frankreich. Wer ist „unser“ Partei? So viel wir wissen, sind alle französischen Richtungen des Socialismus als gleichberechtigt auf dem internationalen Kongreß anerkannt worden, und es ist nicht erlaubt, die von der „Neuen Zeit“ bevorzugte Gruppe als „unser“ Partei zu reklamieren, zumal gerade diese in der Ministerfrage nicht auf dem Standpunkt der von dem Pariser Kongreß votierten Resolution Kautsky steht.

3. Sodann bezieht sich die „Neue Zeit“, wir versuchten alles zu verschweigen, was gegen Millerand spräche:

„Uebrigens liefert unser Kollege vom „Vorwärts“ in seiner Polemik gegen einen neuen Beweis davon, wie sehr er bestrebt ist, alles, was gegen Millerand spricht, den Lesern unseres Centralorgans vorzuenthalten. Er polemisiert gegen unsere Kritik, unterläßt es aber, ihren Titel zu nennen, fäher ein höchst ungewöhnliches Verfahren, über ihren Inhalt auch nur im entferntesten anzudeuten. Aber freilich, der Titel unserer Kritik lautete: „Eine unerwartete Enthüllung zum Falle Millerand“, und der Inhalt beleuchtete Millerands Streberium in deutlicher Weise. Es geht doch nicht, die Leser des „Vorwärts“ auf solche Dinge aufmerksam zu machen. Und so schreibt unser Kollege einfach: „Die „Neue Zeit“ sagt gelegentlich einer Erörterung über französische Angelegenheiten“

Dieses Verschweigen aller gegen Millerand sprechenden Thatfachen ist kein Zufall, wir beobachten es schon seit längerer Zeit. Wer nur den „Vorwärts“ liest, hat keine Idee von der gewaltigen Strömung gegen Millerand, die sich in der französischen Arbeiterkassette regt. Alle dafür sprechenden Anzeichen werden im „Vorwärts“ entweder verschwiegen, oder verspätet und abgeklüftet gebracht.“

Was die gewaltige Strömung gegen Millerand anlangt, von der die Kollegin zu berichten weiß, so läßt der Honorer Kongreß von solcher gewaltigen Strömung oder gar von einem Umschwung zu Ungunsten Millerands nichts verspüren, eher das Gegenteil. Dort wurde mit überwältigender Mehrheit der Antrag auf Ausschluß Millerands aus der Partei verworfen. Und was

die persönlichen Vorwürfe gegen Millerand anbetrifft, so erklärte in Lyon Briand, der gegen die Ministerialität war und auch gegen dessen Streikgesetz ist, dennoch nachdrücklich, daß er M. für einen durchaus ehrlichen Mann halte.

Wie steht es nun mit dem Vorwurf geflüchteten Verschweigens? Nichtig ist allerdings, daß wir es nicht für unsere Aufgabe erachteten, die deutschen Parteigenossen mit allen Einzelheiten der Parteistreitigkeiten unserer französischen Genossen bekannt zu machen. Um sie in dieser Beziehung auf dem Laufenden zu erhalten, hätte es einer stehenden Rubrik bedurft, angefüllt täglich mit den unangenehmsten, gefälligsten Details, die bei der Würdigung in der sich die Bewegung in Frankreich schon seit lange vor Eintritt Millerands ins Ministerium befindet, wohl erklärlich sind.

Wir haben uns z. B. bemüht, über einen so schlimmen Vorgang, wie jener, daß in Calais Guesdiftischen Streikbrecherdienste leisteten, nur das Unumgängliche mitzuteilen, ohne den Fall „anzuschließen“. Der „Vorwärts“ erzielte in diesen Fragen auf sehr einfache Weise volle Objectivität, indem er möglichst wenig von den Streitigkeiten meldete. Wir fühlen uns nicht berufen, uns als Hüter der „Neuen Zeit“ aufzuspielen und können uns deshalb die Unternehmung eriparen, ob sie denn nach der einen und der andern Seite volle aufklärende und informierende Gerechtigkeit geübt hat.

Zu den für uns belanglosen persönlichen Anekdoten gehören auch die von der „Neuen Zeit“ mit besonderer Freude ans Licht gezogenen „Enthüllungen“ Poincarés, die wieder darthun sollen, daß Millerand ein Streber sei, der sich schon bei früherer Gelegenheit als Minister angeboten habe. Außerdem haben Jourds und Bismont, deren Unterleit die „Neue Zeit“ doch anerkennt, auch diese Anekdoten so sehr reduziert, daß sie vollends zu einem lächerlichen Nichts geworden ist.

Wie wir von den inneren Streitigkeiten so gut wie nichts mitgeteilt haben, so wahrheitswidrig ist die Behauptung, daß wir gleichsam als ein Organ der Ministerialität Millerands aufgetreten wären, das nach offizieller Manier alles unangenehme verschwiegen habe: Man wird im „Vorwärts“ kein Wort zu Gunsten der Fortdauer der Ministerialität Millerands finden, dagegen eine Reihe scharfster Angriffe gegen das Ministerium.

Was wir allein gethan haben, ist, daß wir pflichtgemäß alle socialreformistischen Versuche des Ministeriums sorgfältig zur Kenntnis unserer Leser gebracht haben. Und wenn die „Neue Zeit“ daraus den verzerrten Eindruck gewonnen hat, daß der „Vorwärts“ zu Gunsten Millerands rede, so müssen doch diese Socialreformen auch für die „Neue Zeit“ nicht so schlecht sein, wie sie glauben machen möchte. Daß die Socialreformen mit dem eigentlichen Socialismus nichts zu thun haben, ist selbstverständlich. Dennoch ist in Deutschland ein großer, wenn nicht der größte Teil der parlamentarischen und agitatorischen Arbeit solchen Aufgaben getwidmet. Stets war es unsere Praxis, durch die Ausführung ausländischer socialpolitischer Fortschritte unsere Regierung und die herrschenden Klassen vorwärts zu drängen. Sollten wir plötzlich auf das wirksame Mittel verzichten, weil zufällig diese Reformen von einem Socialisten eingeführt wurden? Wir haben es nie begehrt, wie französische Parteigenossen den letzten Jahren für die Mehrzahl der französischen Arbeiter schrittweise zur Durchführung gelangenden gesetzlichen Bestimmungen als ein schändliches Verbrechen bezichtigen konnten. Es war uns unverständlich, wie man das Streikgesetz, das doch in allem Grundförmlichen auf einem Antrag Guesdets beruht, unter völlig mancherlei, individualistischen, antidemokratischen Argumenten principuell verwerfen konnte. Gegen den Entwurf des französischen Arbeiterpensionsgesetzes, der in den meisten Punkten erheblich besser ist als das deutsche Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz, auch in seiner neuen Gestalt, wüthen in Frankreich Unternehmern und „Antiministerielle“ gleichermassen, und zwar mit Beweisgründen, die unsere deutschen Genossen gar nicht verstehen würden.

Endlich müssen unsere deutschen Arbeiter, die mit Justizhausvorlagen, polizeilichen und gerichtlichen Schikanen aller Art zu ringen haben, mit wachem Reid die Förderung beobachten, die den französischen Gewerkschaften seitens des Handelsministers zu teil wird. Auch den Staatsarbeitern und Angestellten ist die volle Koalitionsfreiheit gesichert. Darüber schreibt ein bekannter französischer Parteigenosse soeben in der Wiener „Wage“ (vom 8. Juni 1901):

„Vor allem haben die Jahre 1899 und 1900 große Fortschritte der Arbeiterinhalte zu verzeichnen. Die industrielle Prosperität war eine allgemeine. . . . In diesen wirtschaftlichen Grunde für den Ausschlag der Syndikate kam ein politischer; ein socialistischer Minister, Millerand, hat die Arbeiter mächtig durch seinen amtlichen Einfluß zur Schaffung von Gewerkschaften angefeuert. Die ganze Reihe gesetzlicher Maßregeln, die er ergriffen hat, die meisten von ihm vorgelegten Gesetzesprojekte, sie alle fordern förmlich zur Gründung neuer Syndikate heraus.“

Der Verfasser des Aufsatzes, dem die vorstehenden Zeilen entnommen sind, ist Genosse Hubert Lagardelle, der auf dem Honorer Kongreß den Ausschluß Millerands forderte. Der Fall beweist, daß man sehr wohl principielle Gegner socialistischer Ministerialität sein und doch den großen Nutzen anerkennen kann, den sie unter Umständen für die Arbeiter hat.

4. Zum Schluß dieser uns aufgewungenen langwierigen Abwehr noch eine Bemerkung. Die „Neue Zeit“ nennt es ein journalistisches Wagnis, daß wir beweisenlos von ihren Irrungen in der Behandlung der französischen Verhältnisse sprächen. Wir behauern, unser Kollege nicht den Gefallen erweisen zu können, über eine vielleicht nicht ganz angenehme Thatfache durch eine geringfügige Beschimpfung hinwegzukommen. Es ist schließlich eine Frage des Urteils, der genauesten Unterrichtung und der Zukunft, ob sie im Allgemeinen die französischen Parteiverhältnisse falsch aussieht; auch das mag dahin gestellt sein, ob sie den Fall Vaillant zutreffend erörtert hat. Eines ist jedenfalls nicht zu bestreiten: Das Schicksal der Resolution Kautsky war ein Spiel der Irrungen und Wirrungen.

Damit nehmen wir von dieser für alle Teile unerquicklichen und aufwendigsten Diskussion Abschied.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Sechster Wahlkreis. Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, bei Wietert, Schulstr. 29, öffentliche Versammlung für Männer und Frauen. Tagesordnung: „Die Thätigkeit der Socialdemokratie im roten Hause“. Referent Stadth. Augustin. Diskussion.

Eingegangene Gelder für das Liebknecht-Denkmal vom 25. Mai bis 6. Juni 1901:
Baldschmidt von Beder, Reinkendokf 7.—, von den organisierten Formschneidern, Berlin 5.—, Walter und Schermerhan Schwert 3, außer Sonntag 2.50. B. 6. 20.—, Sammler der Firma W. Rothmann 9.—, Walter der Berliner Unions-Druckerei 1.—.
Berichtigung. In voriger Nummer soll es nicht heißen: Olfand u. Co., sondern Rifow u. Co.

Lichtenberg - Friedrichsberg. Die Parteigenossen werden dringend ersucht, am Montagabend 9 Uhr in ihrem Bezirkslokal zum Jahrsfest zu erscheinen. U. a. soll die mit einem Preise ausgezeichnete Brochüre: „Die Tuberkulose als Volkskrankheit und deren Bekämpfung“ an die Mitglieder des Wahlvereins gratis zur Ausgabe gelangen.
Am Dienstag, den 11. Juni, wird eine öffentliche Versammlung über die Mittel und Wege beraten, das gewerkschaftliche Leben an Orte zu beleben. Lebhaftige Agitation in den Fabriken und Werkstätten für den Besuch dieser Versammlung ist unbedingt zu entfalten.

Das Volksfest für Lichtenberg findet am Sonntag, den 6. Juni, in der Seestraße statt. (Siehe Inserat in der heutigen Nummer.)

Mariendorf-Tempelhof. Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, findet in Tempelhof, Germaniastraße, bei Adel eine Vereinsversammlung des Socialdemokratischen Wahlvereins für Mariendorf und Umgebung statt, in welcher Reichstags-Abgeordneter Fritz Judeil einen Vortrag über: „Die Bedeutung der öffentlichen Volksbibliotheken und Lesesellschaften für die Arbeiterschaft“ halten wird.

Steglich-Friedenan. Die Parteigenossen werden ersucht, in der am Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, bei Schellhose stattfindenden Versammlung des Socialdemokratischen Wahlvereins, in der Genosse Theob. Wölcker-Vorlin über: „Moral und Arbeiterbewegung“ sprechen wird, zahlreich zu erscheinen.

Wilmerdorf. Mittwochabend 8 1/2 Uhr im Volksgarten, Berlinerstr. 40, Versammlung des socialdemokratischen Vereins. Bericht der Abrechnungs-Kommission. Ersatzwahl des Vorstandes.

Köpenick. Mittwoch ist die Fortsetzung der am 21. Mai in Hotel Klein aufgelösten Versammlung. Pünktliches Erscheinen ist notwendig.

Tokales.

„Hurra-brüllanten.“

Die freistimmige „Berliner Zeitung“ jammert darüber, daß am Freitag „unendliche Scharen unserer lieben Mitbürger und Mitbürgerinnen“ bei der Parade wie bei der Ankunft der Königin der Niederlande sich nicht genug thun konnten in „Tücherschwenken, Hurraufen und endlosem Jubel“. Sie bezeichnet diese Leute verächtlich als „Hurra-brüllanten“ und wirft die spöttische Frage auf, warum sie wohl jeden gefürsteten Gast des kaiserlichen Hofes, wer er auch sei, mit ihrem Hurra begrüßen. „Entweder eine maßlose Heuchelei oder eine byzantinische Mark- und Krastlosigkeit könne diese Fürstenbejubelung um jeden Preis, diese Hurrafreude unter allen Umständen erklären.“

Das klingt kolossal falsch, nicht wahr? Leider hat aber der Leitartikel der „Berl. Ztg.“ unterlassen, darauf hinzuweisen, daß sich auch freistimmige Stadtverordnete unter den „Hurra-brüllanten“ befunden haben, und zwar nicht bloß sogenannte „Freistimmige“, sondern auch Vertreter des angeblich „entschiedeneren“ Freistimm. Eine am Donnerstag durch die bürgerlichen Blätter gegangene Notiz wußte zu melden, daß selbst Herr Kreiling, der Vorsitzende der „Neuen Fraktion der Linken“ ist, zur Begrüßung am Brandenburger Thor mitantreten werde.

Herr Kreiling, unter dessen Fraktionskollegen sich zwei Mitglieder der Redaktion bzw. des Verlags der „Berliner Zeitung“ befinden, wird auch in der Lage sein, die von der „Berliner Zeitung“ aufgeworfene Frage zu beantworten, warum die „Hurra-brüllanten“ die Gäste des kaiserlichen Hofes so freudig begrüßen. Als am 19. April 1900 die Berliner Stadtverordneten-Versammlung die Mittel für die Bewilligung des kaiserlichen Hofes von Oestreich zu bewilligen hatte, da gab die „Neue Fraktion der Linken“ durch Herrn Kreiling die offizielle Erklärung ab, daß sie „diesen Akt durchaus nicht als einen byzantinischen auffasse, sondern lediglich als einen Akt der Höflichkeit gegenüber einem befreundeten Fürsten“. Die bürgerlichen Fraktionen der Stadtverordneten-Versammlung, die „Neue Linke“ mit eingeschlossen, bewilligten damals anstandslos die geforderten Mittel. Nachdem die „höflichen“ Freistimmigen von der „entschiedenen“ Richtung nun am letzten Freitag Gelegenheit gehabt haben, zu zeigen, daß sie sich auch auf das Hurrafreuen verstehen, werden sie vermutlich auch das als einen bloßen „Höflichkeitsakt“ betrachtet wissen wollen. „Die Fürsten“, sagt die „Berliner Zeitung“, „machen sich ihre eigenen Gedanken über diese Epidemie der Anechteligkeit, und die Wölcker tragen den Schaden.“ Sehr richtig! Die „Epidemie der Anechteligkeit“, die seit langem unter den freistimmigen Stadtverordneten Berlins grassiert und auch unter den „kommunal-demokratischen“ der „Neuen Linken“ immer weiter um sich greift, hat der Stadt Berlin schweren Schaden gebracht. Sie ist nicht die unwichtigste unter den Ursachen, die das Verhältnis zwischen Krone und Kommune in den letzten Jahren immer mehr zu Gunsten der Krone verschoben haben.

Wenn die Stadtverordneten-Wahlen vor der Thür stehen, dann überbieten die „entschiedenen freistimmigen“ Männer einander in Versicherungen, daß sie, von ihren zahlreichen sonstigen Vorzügen abgesehen, vor allem ein „steifes Rückgrat“ besitzen. Wenn aber die Gäste des kaiserlichen Hofes durch das Brandenburger Thor einziehen, dann werden die Männer mit dem steifen Rückgrat „höflich“, klappen zusammen wie ein Taschmesser und schreien Hurra. Und hinterher schreibt die „Berl. Ztg.“ einen schneidigen Leitartikel über die „byzantinische Mark- und Krastlosigkeit“ der „Hurra-brüllanten“ und verlegt dadurch ihre Leser in den Glauben, daß die Anhänger der von ihr vertretenen Richtung über „Anechteligkeiten dieser Art“ hoch erhaben seien.

Auf welcher niedrigen Stufe der Moral gewisse Auskunfts- und Detektivbureaus stehen, lehrt ein Fall, der gestern das Gewerbegericht beschäftigte. Für die „Auskunfts-Union“, Heiligegeiststr. 40, hatte der damalige „Direktor“ Pfeiffer den Landarbeiter Schulze am 24. März als Rechercheur engagiert. Schulze ist mit dem Betreiben der Schwerverbrietigkeit befaßt. Er mußte, was die Hauptfache war, „zur Verfügung“ Pfeiffers eine Kaution von dreihundert Mark stellen. Am 1. April bereits ging das Detektivbureau durch Kauf an einen Herrn Wörffel über. Dieser entließ Schulze am 10. April, ohne ihm die Kaution auszuzahlen; ebenso blieb er ihm 33 M. Gehalt schuldig. Schulze verklagte nunmehr sowohl Pfeiffer, der irgendwo untergetaucht war, wie auch Wörffel. Nachdem die Sache wiederholt das Gewerbegericht beschäftigt hatte, verhandelte darüber gestern wieder die Kammer VIII. Es drehte sich diesmal die Verhandlung wesentlich darum, ob Wörffel, der die Lohnschuld anerkannt hatte, auch für die Kaution haftbar gemacht werden könne. Er bestritt dies und behauptete, von dem Vorleben und den Geschäftsmethoden Pfeiffers nichts gewußt zu haben. Wegen der Kaution hätte sich Schulze lediglich an Pfeiffer zu halten. — Der Kläger behauptete dagegen, Wörffel habe ihm die Auszahlung der 300 M. für den Fall versprochen, daß er bis zum 1. Mai im Geschäft bleibe. Die Kammer erkannte auf einen dementsprechenden Eid für den Kläger und fällte folgende Entscheidung: Leistet Sch. den Eid, so gilt der Beklagte Wörffel als verurteilt, ihm außer dem rückständigen Gehalt auch noch die 300 M. Kaution herauszugeben; leistet Kläger den Eid nicht, dann ist Wörffel nur zur Zahlung des Lohns verpflichtet.

Der Vorsitzende Dr. Meier übte im Laufe der Verhandlung scharfe Kritik an dem Verhalten vieler Inhaber von Auskunfts- und Detektiv-Bureaus, die für den Beruf ganz ungeeignete Leute anlocken, sich ziemlich beträchtliche Rationen geben lassen und die Leute um ihr Geld brachten. Entweder verdunsteten diese „Arbeitgeber“, wie das Gewerbegericht neuerdings in zwei Fällen festgestellt habe, oder sie zahlten das Geld aus irgend welchen Gründen nicht zurück. Es wäre erwünscht, daß die Zeitungen, namentlich die, welche von Arbeitern gelesen würden, die Arbeitnehmer vor den Auskunfts- und

Detektivbureaus gehörig warnen. Er selber warne ebenfalls die Arbeitnehmer davor, zu solchen Bureaus zu gehen, wenn die Rationen gefordert würden. Die Dummheit würden leider immer noch nicht alle.

Es wäre gut, wenn das Gewerbegericht selber mit solchen öffentlichen Warnungen unanfechtbarer Geschäftspraktiken entgegenkäme.

Aus der städtischen Waisenpflege. Der jetzt erscheinende Bericht der städtischen Waisenverwaltung über das Etatsjahr 1899/1900 kam zum erstenmale seit längerer Zeit wieder über eine kleine Verminderung des Umfangs der städtischen Waisenpflege berichten. Die Durchschnittszahl der in der Waisenpflege der Stadt Berlin befindlichen Kinder hatte sich im Etatsjahr 1898/99 auf 5082 gestellt, im Etatsjahr 1899/1900 war sie 5078. Der Bestand war am 1. April 1899 5657 Kinder gewesen, am 1. April 1900 war er 5554. Der Bestand vom 1. April 1900 (begn. 1. April 1899) setzte sich zusammen aus 4891 (4997) verwaisten, verlassenen oder zeitweilig der elterlichen Fürsorge entbehrenden Kindern, 528 (510) Zwangs-erziehungs-Kindern, 121 (114) andern verwahrlosten Kindern, 16 (16) erwerbsunfähigen ehemaligen Böglingen der städtischen Waisenpflege. Die Zahl der Aufnahmen ist in den letzten beiden Jahren fast gleich geblieben. Im Laufe des Jahres 1899/1900 (begn. 1898/99) wurden 2397 (2398) Kinder in die städtische Waisenpflege neu oder wieder aufgenommen. Grund der Aufnahme war, wie immer, nur in der Winderzahl der Fälle, bei 340 (302) Kindern, eigentliche Verwaistung. Bei 469 (520) der aufgenommenen Kinder waren die Eltern nur krank, bei 101 (108) in Haft, bei 151 (242) war die Mutter in Dienst, bei 55 (70) waren die Eltern außerhalb Berlins, bei 425 (484) unbekannt abwesend, 20 (22) Kinder waren Findlinge, 200 (93) Kinder wurden wegen Obdachlosigkeit, 487 (380) lediglich wegen Armut der Eltern der Waisenpflege überwiesen, 71 (71) wurden als Verwaistete in städtische Erziehung genommen, 78 (128) fielen der Waisenpflege anheim, weil den Eltern das Erziehungsrecht gerichtlich abgeprochen war. Beachtung verdient besonders die starke Vermehrung der Kinder, die wegen Obdachlosigkeit ins Waisenhaus kamen; ihre Zahl stieg auf mehr als das Doppelte. Auch das die Fälle, in denen lediglich wegen Armut der Eltern die Waisenverwaltung helfend eingreifen mußte, sich bedeutend vermehrt haben, gibt zu denken.

Eine der merkwürdigsten Erscheinungen in der städtischen Waisenpflege Berlins ist die fortgesetzte Zunahme der Zahl der Säuglinge unter den aufgenommenen Kindern. Im Jahre 1899/1900 (begn. 1898/99) waren unter 2397 (2398) aufgenommenen Kindern 761 (684) Säuglinge, d. h. 31 3/4 (28 3/4) Proz. In den letzten zehn Jahren stieg, unter einigen Schwankungen, die Gesamtzahl der aufgenommenen Kinder von 2025 auf 2397, die der Säuglinge von 849 auf 761, d. h. von 17 1/4 Proz. auf 31 3/4 Proz. aller Aufnahmen. Dabei ist die Zahl der Geburten in Berlin gegenwärtig fast um nichts höher als vor 10 Jahren. Hat die Reigung der ärmeren Bevölkerung, gerade die Säuglinge der Waisenpflege zu überlassen, so sehr zugenommen? Oder ist die Verantwortlichkeit der Waisenverwaltung, solche Säuglinge zu übernehmen, heute um so viel größer als früher? — Die Erfolge der Säuglingspflege sind in der Berliner Waisenpflege bekanntlich sehr unglücklich. Auf der Säuglingsstation, die im Waisendepot besteht, ist die Sterblichkeit niemals gering gewesen, im Jahre 1899/1900 hat sie aber in einer Weise zugenommen, die völlig ohne Beispiel dasteht. Man weiß wirklich nicht, was man davon denken soll, wenn man sieht, daß im Waisendepot von 1898/99 zu 1899/1900 die Säuglingssterblichkeit von 75 Fällen auf 226 gestiegen ist. Das ist eine Steigerung auf das Dreifache! Der Bericht pro 1898/99 hatte auf den ungewöhnlich hohen Zugang an überaus elenden, schwächlichen, kranken Säuglingen hingewiesen. In dem Bericht pro 1899/1900 wird mit keinem Wort versucht, die wahrhaft entsetzliche Zunahme der Sterblichkeit zu erklären.

Jur in Krankenhäusern. Wegen des wieder eingetretenen Platzmangels in den städtischen Krankenhäusern, die zum Teil auf die verminderte Zahl der Krankenbetten in der Charité und anderen Anstalten zurückzuführen ist, liegt die Verfrachtung nahe, daß im kommenden Winter ein Mangel an Betten eintreten könnte. Der Magistrat hat deshalb beschlossen, der Stadtverordneten-Versammlung eine Vorlage zu unterbreiten wegen Mietung von Räumen zur Unterbringung von mindestens 120 Kranken. Für eine Jahresmiete von 7500 M. soll ein Teil des ehemaligen Erziehungshauses für städtisch verwahrloste Kinder, soweit es nicht schon vom „Verein Wöhrnerinnenheim“ in Anspruch genommen wird, gemietet werden, und zwar zunächst auf die Dauer von 8 Jahren. Nach Ablauf dieser Zeit dürften die städtischen Krankenhäuser in der Seestraße fertiggestellt sein.

Die Veranlagung zur Warenhandelssteuer ist endlich zum Abschluß gekommen. Das Ergebnis hat den Erwartungen in keiner Weise entsprochen, denn im ganzen gelangen zur Erhebung für Berlin nur 580 000 M., davon trägt ziemlich die Hälfte ein Warenhaus allein. Das ist ein geradezu jämmerliches Ergebnis dieser mit so viel Bombast ins Leben getretenen Rettungsaktion für den Mittelstand. Denn wenn schon Berlin ein so geringes Ergebnis liefert, wird es in der Provinz erst recht zu keinem andern Resultat kommen. Die Gemeinden haben durch diese Steuer keine Mehreinnahmen, denn nach der Bestimmung des Gesetzes muß der Ertrag zur Entlastung der unteren Steuerstufen verwendet werden, so daß in Berlin vielleicht die unterste Steuerstufe der Gewerbesteuer außer Hebung gelassen wird und das nennt man dann Hebung des Mittelstands.

Das Gesängnis in Tegel hat unser Kollege Paul Joh n am Sonnabend auf die Dauer von 4 Monaten bezogen. Diese schwere Strafe wurde ihm von einem Berliner Gericht diktiert, weil er bei der Kritik des Galtzower Meinedsartells den Schuy-mann Schätt beleidigt haben soll, während er für die Beleidigung des Galtzower Gerichts von dem Gericht in Rostock zu 50 M. Geldstrafe verurteilt worden war.

Unser Kollege, dem übrigens noch eine Beleidigungsfrage aus der China-Aktion erwachsen ist, hat nun 4 Monate Zeit, nachzudenken über den mysteriösen Unterschied zwischen einem Berliner und einem mecklenburgischen Gericht und einem mecklenburgischen Schuy-mann. Wir hoffen, daß die 4 Monate auf seine Gesundheit ebenso einflußlos sein mögen wie auf seine Polizeifürsorge.

Der Bau des Pflegehauses für sichte Ehepaare, der auf dem Grundstück der städtischen Siechenanstalt an der Prenzlauer Allee errichtet wird, ist seit dem Frühjahr rask gefördert worden. Er soll bis zum Herbst unter Dach gebracht werden. Das Pflegehaus wird in Anlehnung an die Architektur des älteren, unter Stadtbaurat Blankenstein errichteten Gebäudes der Siechenanstalt als Verblendsteinbau ausgeführt. Die Räumlichkeiten sind berechnet für 44 Ehepaare, deren jedes ein besonderes Zimmer erhält.

Abbruch des Scheunenviertels. Die Stadt hatte bei dem Polizeipräsidium das Entignungsrecht für den Erwerb der Grundstücke des Scheunenviertels unter Vorlage der von den Gemeindebehörden genehmigten Pläne über die Weiterführung der Kaiser-Wilhelmstraße beantragt. Diese Genehmigung ist in einem Schreiben des Polizeipräsidiums zwar in Aussicht gestellt, doch an die Bedingung geknüpft, daß gleichzeitig die Vausstufungen-Festsetzung erfolgen müsse. Der Magistrat hat nun beschlossen, der Stadtverordneten-Versammlung wegen der Genehmigung der Pläne eine Vorlage zu machen und gleichzeitig zu beantragen, die Zustimmung zu einer Veränderung der Blaupläne in der Schönhauser Allee 4—8 zu erteilen.

Die zweite Handwerkerschule ist jetzt aus ihren bisherigen Räumen am Stralauer Platz in den fertig gestellten Teil des neuen Schulhauses an der Andreasstraße übersiedelt. Mit dem Abbruch des alten Schulhauses, das von der Handwerkerschule seit ihrer im Oktober 1892 erfolgten Eröffnung benutzt worden ist, wird in kürzester Frist begonnen werden.

Eine städtische Untergrundbahn. Der Magistrat hat in seiner gestrigen Sitzung einen für die weitere Ausgestaltung des Berliner Verkehrs wesentlichen Beschluß gefaßt. Er hat 20000 M. bewilligt zur Herstellung eines Projekts für eine Unterpfahlerbahn, die als „Nord-Südbahn“, etwa an der Gerichtstraße beginnend, mit einigen Abweigungen dem Zuge der Chaussee, Friedrich- und Belle-Alliancestraße folgen soll, um an der Hornstraße vorläufig zu enden. Die Ausführung der Pläne soll der Firma Gölzmann in Frankfurt a. M. übertragen werden, weil sie als Erbauerin des Spreetunnels sich auf diesem Gebiete bereits bewährt hat.

Soldaten-Selbstmord. Im Tiergarten erschossen hat sich in der Nacht zum Freitag der Füsiliere Römer vom Kaiser Franz-Regiment. Der Mann war seit zwei Monaten zu Arbeitsleistungen in die Apotheke beim Garnisonlazarett II zu Tempelhof abkommandiert. Dort erhielt er wegen Krastigkeit im Dienst fünf Tage Mittel-arrest, die er noch nicht verblüht hatte. Die Folge war, daß der Füsiliere in seine Compagnie zurücküberführt werden sollte. Römer aber erklärte seinen Kameraden, daß er nicht dorthin zurückkehren werde. Am Donnerstagvormittag um 11 Uhr entfernte er sich heimlich aus dem Lazarett und ging nach Berlin. Hier kaufte er sich von seiner Wertschaft von 24 M. einen Revolver und tötete sich in der folgenden Nacht im Tiergarten durch einen Schuß ins Herz. Am Freitagmorgen fand man seine Leiche, die nach Tempelhof gebracht wurde. In seiner Geldbörse fanden sich noch 16 M. Römer diente im zweiten Jahre und ist der Sohn einer Witwe.

Einen traurigen Tod hat gestern der Arbeiter Wäde gefunden, der in der Deutstraße beim Abladen von Thonröhren beschäftigt war. Am Nachmittag fiel eine der schweren Röhren ihm so unglücklich auf den Arm, daß die Muskeln völlig aufgeschnitten wurden und das Fleisch in Fetzen zur Seite hing. Der Blutverlust war enorm, und als Wäde eine Stunde im Krankenhaus verblieben war, wohin man ihn nach der ersten, durch den Arzt Dr. Polnow erfolgten Hilfeleistung gebracht hatte, starb er an der durch den Blutverlust erlittenen Entkräftung. Der Verunglückte hinterließ eine Witwe.

Der Geheimsekretär Meder, der bekanntlich wegen Veruntreuung von Ministerialgeldern in Haft genommen worden ist und auf Antrag seiner Angehörigen auf seinen Geisteszustand untersucht wurde, ist jetzt wieder nach dem Untersuchungsgefängnis übergeführt, nachdem die ärztliche Beobachtung ergeben hat, daß Meder wohl stark nervös, aber sonst geistig zurechnungsfähig und für seine Handlung verantwortlich zu machen ist.

Die Briefformate. Aus der Sitzung der Kellerten der Kaufmannschaft von Berlin vom 31. Mai ist folgendes zu berichten: 1. Der Staatssekretär des Reichspostamts hat die Kellerten ersucht, im Interesse der beschleunigten Abfertigung des Briefverkehrs die geschäftlichen Kreise auf folgende Wünsche der Postverwaltung in Bezug auf die Briefumschläge aufmerksam zu machen: 1. Verminderung der Zahl der Briefformate und namentlich Beseitigung der ganz kleinen Formate; 2. möglichst allgemeine Verwendung von Umschlägen in Quarsform für Geschäftsbriefe; 2. Verbot von Markenfeldern auf den Umschlägen; 3. Beschränkung des Firmenaufdrucks auf die obere linke Ecke oder die linke Seite des Umschlages. 4. Verbot eines starken Strichs für den Bestimmungsort unten rechts. Die Kellerten erkannten die angeführten positiven Wünsche für eine derartige Behandlung der Couverts als zutreffend an und bezeichneten auch die Berücksichtigung dieser Wünsche als mit den geschäftlichen Interessen leicht vereinbar. Die Begründung der Wünsche sowie ein Mustercouvert im Format von 12 x 15 Centimeter — letzteres besonders auch für Couvertfabrikanten von Interesse — sind im Sekretariat der Korporation, Neue Friedrichstr. 61/62, während der üblichen Geschäftsstunden einzusehen.

Eine Automatensteuer in Sicht? Ueber die Anzahl der in den Gastwirtschaften aufgestellten Automaten hat das Berliner Polizeipräsidium eine Umfrage veranstaltet. Sie geschieht auf Veranlassung des Finanzministeriums, das sich gegenwärtig mit der Frage der Einführung einer besonderen Automatensteuer beschäftigt.

Der Hitzschlag hat vorgestern in Berlin sein erstes Opfer gefordert. Der 53 Jahre alte Arbeiter Wilhelm Jahn aus der Reindendorferstraße 23c, der auf einem Kohlenplatz in der Antonstraße beschäftigt war, brach dort gegen 6 Uhr nachmittags plötzlich zusammen und verlor das Bewußtsein. Man trug ihn in den Keller eines benachbarten Hauses und versuchte, ihn durch Abkühlungen wieder zu sich zu bringen. Ein Arzt, der einen Hitzschlag feststellte, ließ den Kranken mit einem Koppchen Rettungswagen nach dem Paul-Gerhards-Stift bringen. Dort starb er im Laufe der Nacht, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben. Jahn war verheiratet und hinterläßt erwachsene Kinder.

Schlechte Erfahrungen machte in der Nacht zum Sonnabend der Mühlenpächter Renar aus Alt-Rosenthal im Oberbruch auf dem Berliner Pflaster. Da er um Mitternacht hier ankam und früh morgens einige Geschäfte besorgen wollte, so ging er nicht erst in einen Gasthof. Auf dem Wörther Platz setzte er sich auf eine Bank und schlief einige Stunden. Als er erwachte, fehlte ihm das Portemonnaie mit 30 M. Er war „gefeddert“ worden.

Ein Opfer des Straßenverkehrs ist der 44 Jahre alte Mohrleger Wilhelm Dreher aus der Hauptstraße 121 zu Schöneberg geworden. Dreher, der in der Linkestraße arbeitete, fuhr am Freitag der vorigen Woche mit der elektrischen Bahn nach der Ecke der Demme- und Bülowstraße. Als er dort ankam, wurde er von einem Omnibus überfahren und am rechten Schienbein schwer verletzt. Eine Blutvergiftung führte trotz künstlicher Operation jetzt im Elisabeth-Krankenhaus zum Tode.

Durch das Zerreißen eines Leitungsdrabtes entstand am Sonnabend gegen Abend im Centrum eine fast zweiwöchige Verkehrsstörung im Straßenbahnbetriebe. Dabei ist es als ein großes Glück anzusehen, daß Personen bei dem Vorfall nicht verletzt wurden. Als der Straßenbahnwagen 1561 die Spandauerstraße passierte und das Verbed seines Anhängers fast durchweg mit Frauen besetzt war, riß in der Nähe der Hauptpost, gegenüber der Vishofstraße der Leitungsdrabt. Das abgerissene Ende legte sich glücklicherweise auf das eiserne Geländer; entwickelte dabei zwar meterlange Feuerfunken, doch kamen die Fahrgäste mit einem gehörigen Schrecken davon. Fast 50 Meter wurde das abgerissene Drahtende mitgeschleift, bevor der Wagen hielt. Sämtliche Passagiere verließen den gefährdeten Wagen, konnten aber vorläufig nicht weiter kommen, weil die Stromzuführung unterbrochen war. Die Linien Spittelmarkt—Hofschloß Markt litten fast zwei Stunden unter dem Leitungsdefekt, was um so störender empfunden wurde, als die Verkehrsstörung gerade am Schluß der Geschäftsstunden erfolgte. Die störenden Wagenreihen zogen sich vom Spittelmarkt bis zum Rosenthaler Thor.

Ein Schaufensterdiebstahl wurde am Sonnabend früh um 5 Uhr an dem Uhren- und Goldwarengeschäft von Philipp Wilde in der Schillstr. 12 verübt. Zwei Spitzbuben schlugen die Scheiben ein und entwendeten für 120 M. silberne Uhren. Ein Schutzmann, ein Schlächterkutscher und mehrere Droßkutscher verfolgten die Diebe und nahmen einen fest, nachdem er einen Teil der Beute in den Landwehrkanal geworfen hatte, während der andre entkam.

Acht Taschendiebe hat am Freitag bei der Frühjahrsparade und dem Einzug der Königin Wilhelmina von Holland die Kriminalpolizei erwischt, drei auf dem Tempelhofer Felde und fünf unter den Linden. Sie waren zum Teil so bescheldet, daß sie sich mit dem Kleingelde begnügten, welches sie in den Wästelaschen der Herren fanden.

Der berüchtigte Hochstapler und Hoteldieb Fürst Lohowary-Ranoldo, der vor einiger Zeit auf Veranlassung der Berliner Kriminalpolizei in Genua festgenommen und von Italien ausgeliefert wurde, traf gestern, Sonnabend, vormittag um 10 Uhr hier ein. Kriminalkommissar Wegu und ein Kriminalschutzmann hatten ihn von Italien abgeholt und brachten ihn vom Polizeipräsidium nach Moabit in Untersuchungshaft.

Freie Volksschule. Heute Sonntagmittag 2 1/4 Uhr im Carl-Weiß-Theater: V. Abteilung: „Der grüne Kakadu“.

Die Arbeiter-Bildungsschule veranstaltet am Sonntag, den 9. Juni, einen Familien-Ausflug nach Badowa-Hirschgarten. Abfahrt vom 9. 1/2 Uhr Alexanderplatz, 10. 1/2 Uhr Schleißer Bahnhof, Treffpunkt Bahnhof Badowa 9. 30 Uhr. Für Kochzettel bis 5 Uhr. Restaurant „Friede“. Für Unterhaltung ist bestens gesorgt. Zahlreiche Beteiligung der Mitglieder und Freunde der Schule wird erwartet.

Dem Verkäufer Aquarium ist von vielen Seiten der Wunsch nahegelegt worden, für einen Wochentag den Besuch des Instituts gegen ein ermäßigtes Eintrittsgeld kassieren zu lassen. Die Direktion hat daher beschlossen, vom Juni ab dieser Artzuzugabe, und hat für jeden Mittwoch das Zutree auf 50 Pf. (wie Sonntags) herabgesetzt.

Die heutigen Nennen im Sportpark Friedenau nehmen nachmittags 4 Uhr ihren Anfang. Bekanntlich bestreiten der Franzose Jacquelin, der gestern Abend aus Paris eingetroffen, und der Däne Ulgard das Rennen für die Extralasse, für welches Kren, Huber und Seidl in den letzten Tagen sich eifrig vorbereitet haben. Montag kämpft Major Taylor mit den genannten Fahrern.

Heute werden in der „Internationalen Ausstellung für Feuerschutz und Feuererrettungswesen Berlin 1901“ zum erstenmal die sechs großen Dioramen von den Besuchern besichtigt werden können. Die Dioramen, die von den Malern Professor Julius Jacob und Heinrich Harder ausgeführt sind, stellen den Brand des Turms der St. Lorenzkirche zu Nürnberg 1868, den Brand von Hamburg 1842, einen Waldbrand, den Brand der Vorjahnstraße zu Raabitz 1899, die Verschüttung Pompeis 79, einen Rhythagrubenbrand in Vatu dar.

Die Jahrazhliche Volksschule Chaussestr. 1a ist in den Monaten Juni, Juli und August vormittags von 8-12 und nachmittags von 3-6 Uhr für die kostenfreie Behandlung unbemittelter Personen geöffnet.

Feuerbericht. Ein größeres Löschungsgebot wurde Sonnabend gegen Abend nach Landbergerstr. 90 gerufen, wo das Postamt 18 untergebracht ist. Für das Postamt war indes keine große Gefahr vorhanden, weil es sich lediglich um einen Dachstuhlbrand handelte, der nach längerem Wassergeben von der Festerseite abgelöscht wurde. Mehrfach wurde die Wehr in den letzten Tagen in Anspruch genommen bei Bränden, die durch Selbstentzündung von Petroleumlampen entstanden waren, so Potsdamer Bürgerbahnhof, Güterbahnhof Raabit und Rarienderstr. 18. Zimmerbrände wurden gemeldet von Invalidenstr. 86, Schwedterstr. 48, Tempelhofener Ufer 6 und Kaupachstr. 2. Tischlereibrände von kleinerem Umfange waren Weidenburgerstr. 30, Kaiser Wilhelmstr. 31 und Doystr. 6 zu besichtigen.

Aus den Nachbarorten.

Die Zukunft der „Flora“ in Charlottenburg. Die längst geplante Veräußerung des Flora-Grundstücks ist, wie der Volkszeitung mitgeteilt wird, nicht mehr abzuwenden, nachdem alle Versuche, das Establisement in seiner jetzigen Gestalt zu erhalten, vergeblich gewesen sind, und auch die Hoffnung, der Kaiser werde in dieser Angelegenheit durch sein Eingreifen eine günstige Entscheidung herbeiführen, sich nicht verwirklicht hat. Bekanntlich wurde erst vor kurzer Zeit gemeldet, der Kronfiskus sei in Erwägungen über den Ankauf des geräumigen, in der Nähe des Schlosses belegenen Flora-Terrains eingetreten. Auf Antrag des Eigentümers der „Flora“, Generalonsul Eugén Landau in Berlin, wird das Gelände durch zwei Straßen, die von der Berlinerstr. aus nach Norden und vom Luisenpark nach Osten hin das Terrain durchqueren sollen, in vier große Baublöcke zerlegt werden, falls die Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung, woran kaum zu zweifeln ist, sich mit der betreffenden Magistratsvorlage einverstanden erklärt. Auf einen dieser Baublöcke würde das große Restaurantgebäude und das Palmenhaus errichtet; es werden Aufregungen gemacht, wenigstens diese beiden Bauten vor der Zerstörung zu retten.

Ökologische Sozialreform. Die „Sp. Kor.“ meldet: Die Wanderarbeiter und Schmittfamilien, welche in früheren Jahren auf den Gütern des Havellandes beschäftigt wurden, kamen durchweg aus den deutsch-polnischen Bezirken. Jetzt sind sie in vielen Fällen durch ausländische Arbeiter, Russen und Galizier, verdrängt worden. Diese Arbeitskräfte sind billiger als die einheimischen Polen, die sich, sobald sie eine Zeitlang die Arbeitsverhältnisse des Westens kennen, von der Landwirtschaft gern abwenden und Industrie-Arbeiter werden. Zur Heranziehung ausländischer Arbeiter ist auf vielen Gütern ein Prämien-system eingeführt. Jeder Arbeiter, der im nächsten Jahre einen Landsmann mitbringt, erhält dafür 6 M. Sehr auffällig ist es, daß die Fälle von Kontrahierung der russischen Arbeiter zahlreicher sind, als bei den deutsch-polnischen Arbeitern. Wahrscheinlich sind selbst die Russen zu Hause bessere Behandlung gewohnt, als ihnen hier zu teil wird.

Lichtenberg. Die Anstellung von Schulärzten wurde von unseren Parteigenossen in der Gemeindevertretung seit Jahresfrist immer wieder gefordert. Nunmehr hat der Gemeindevorstand eine Vorlage zu einem Ortsstatut der Gemeindevertretung zugehen lassen, das nach lebhafter Debatte in der letzten Sitzung gegen wenige Stimmen von Knaack am 1. Juni. Nach diesem Statut soll es Aufgabe der Schulärzte sein, die ihnen zugewiesenen Schüler der Gemeinde- wie der Privatschulen auf ihren Gesundheitszustand zu überwachen. Die Ueberweisung in Pflegeanstalten für Epileptische, Taubstumme usw. oder in Hilfsschulen herbeizuführen und bei der ärztlichen Revision der zur Schule gehörigen Hauskinder und Einrichtungen mitzuwirken. Insbesondere haben die Schulärzte die neu eintretenden Schüler genau auf ihren Gesundheitszustand und auf ihre Körperbeschaffenheit zu untersuchen, um festzustellen, ob eine dauernde ärztliche Ueberwachung oder besondere Berücksichtigung beim Schulunterricht (z. B. Ausschließung vom Turnen, Gesang oder anderen Unterrichtsfächern), Beschränkung an der Teilnahme am Unterricht, Anweisung der Sitzplätze bei eventuellen Gefichts- oder Gehörsehstörungen usw., notwendig ist. Ueber jedes Kind ist ein Gesundheitschein anzuführen, der das Kind während der ganzen Schulzeit begleitet. Dem Arzt liegt die Kontrolle der Ventilation, Heizung usw. der Schulräume sowie die der körperlichen Haltung der Kinder ob. Erreicht soll dieser Zweck werden durch periodischen Besuch der Schule und Abhaltung von Sprechstunden in besonderen Zimmern. Die ärztliche Behandlung ist nicht Sache des Schularztes. Im Winter sollen die Schulärzte in den Lehrer-Versammlungen Vorträge über Schulhygiene halten. Die Honorierung soll vierteljährlich pränumerando aus der Gemeindefkasse erfolgen. Das Ortsstatut tritt mit dem 1. Oktober d. J. in Kraft.

Dies ist wiederum ein Erfolg der praktischen Tätigkeit unserer Genossen.

Steglitz. In den Kaiserhallen, Albrechtstr. 130, spricht Mittwoch Fräulein Imle-Charlottenburg über Konsumgenossen-schaften. Heute, Sonntag, ist zu diesem Zweck Ringblattverbreitung; die Parteigenossen wollten sich in den bekannten Lokalen einfinden.

Was die preussischen Regierungsbehörden unter der berühmten Aufrechterhaltung der Autorität verstehen, davon gibt eine Geschichte aus unserm Nachbarort Pehlendorf ein höchst erbärmliches Beispiel. Als Amtsvorsteher ist dort ein Hauptmann a. D. Namens Wilkowsky tätig. Am 18. Juni 1897 hat dieser Beamte sich dadurch bekannt gemacht, daß er unsern Parteigenossen eine Versammlungsbescheinigung deshalb verweigerte, weil ihm das Lokal, in welchem die Versammlung tagen sollte, als öffentlicher Versammlungsraum nicht bekannt sei. Als die Parteigenossen am Orte pflichtgemäß dennoch die Versammlung abhielten, wurde der Herr mit einem Strafmandat bedacht. Selbstverständlich mußte das Gericht sich von der Ungefährlichkeit des amtlichen Vergehens überzeugen und den

Herrn freisprechen; seiner Ansicht über die Unzulässigkeit des Strafverzehrs gab das Gericht überdies noch dadurch deutlichen Ausdruck, daß es sogar die Kosten der Verteidigung der Staatskasse auflegte.

Neuerdings machte Herr Wilkowsky sich zu einer ähnlichen Handlung auf, indem er von dem Vorsitzenden des Wahlvereins am Orte verlangte, daß er den Raum, wo die angemeldete Vereinsversammlung im Lokal tagen, genau angebe. Eine Beschwärde, die der in Betracht kommende Parteigenosse an den Landrat des Kreises richtete, hatte natürlich keinen Erfolg, und auch der Regierungspräsident hieß das Vorgehen des Pehlendorfer Amtsvorstehers gut, indem er dem Beschwärdeführer mitteilte, die gestellte Forderung widerspreche nicht dem Vereinsgesetz und die Polizei müsse genau von der Offenheit des Versammlungsraums unterrichtet sein, um die für die Aufsicht in Betracht kommenden Maßnahmen treffen zu können. Trotzdem genügt aber, als in den letzten Tagen eine Versammlung gegen den Brotwucher angemeldet wurde, mit einem Male wieder die einfache Mitteilung vom Stattfinden der Versammlung; wahrscheinlich hatte die Behörde sich abermals besonnen und die Zwecklosigkeit ihres neuen Vorgehens eingesehen. Genug, die Polizei konnte in der Protestversammlung, ohne die von der höchsten Autorität gestützte Maßnahme fertig werden. Wie lange dieser Zustand dauern wird, das wissen allerdings die Götter nur allein.

Berichts-Beitrag.

Was sind günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen?

Um diese Frage handelte es sich bei einer Anklage wegen Streikvergehens, die gegen die Arbeiter Mittich und Glösel erhoben worden war, weil sie während des Streiks in der Schwarzschilfen Fabrik im Februar d. J. ein Zusammentreffen mit Arbeitswilligen gehabt hätten. Mittich hatte den Arbeiter Gustav Lehmann darauf hingewiesen, daß bei Schwarz gestreikt werde; Lehmann hatte darauf erwidert, er wäre kein Arbeiter, sondern ein Nähmaschinen-Reisender, der in dem Hause Geschäfte machen wollte. Kurze Zeit darauf trat Mittich, der inzwischen erfahren hatte, daß dies unrichtig war, den Lehmann in einem Lokal und stellte ihn zur Rede. Dabei soll er den Ausdruck Streikbrecher gebraucht haben. Der Sattler Franz Schmidt, der sich in Begleitung des Lehmann befand, und wie dieser während des Streiks bei Schwarz Arbeit angenommen hatte, veranlaßte den Lehmann, vor dem Lokal den Mittich abzusprechen und ihn einem Polizeibeamten zu demnuzieren. Bei der Akkretierung Mittichs bildete sich eine Menschenansammlung, in der auch Glösel erschien. Schmidt bezeichnete den Glösel, der mit ihm nichts zu thun gehabt hatte, dem Schuhmann gegenüber als einen auch am Streik beteiligten, und darüber kam es zu heftigen Auseinandersetzungen, in Folge deren Glösel beschuldigt wird, den Demnuzianten Schmidt und einen Arbeitswilligen Rogge geschlagen zu haben. Der Staatsanwalt beantragte, wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung den Mittich zu zwei Wochen, den Glösel zu drei Monaten Gefängnis zu verurteilen. Der verteidigende Rechtsanwalt Wolfgang Heine wies darauf hin, daß § 153 der Gewerbe-Ordnung nur diejenigen bestraft, die andre zur Teilnahme an Verhandlungen, welche die Erlangung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen bezwecken, zu zwingen suchen, daß aber mit dem damaligen Streik weder eine Erhöhung der Löhne noch eine Verbesserung der Arbeitszeit bezweckt gewesen sei, sondern nur die Wiedereinstellung von zwei gemahregelten Mitarbeitern unter denselben Arbeitsbedingungen, die vorher gegolten hätten. Der Staatsanwalt wollte zwar auch darin eine Erlangung günstigerer Arbeitsbedingungen sehen, das Gericht verurteilte jedoch die Angeklagten nur wegen gewöhnlicher Beleidigung und Körperverletzung, nicht wegen Streikvergehens, und zwar den Mittich zu 15 M. Geldstrafe und den Glösel zu zehn Tagen Gefängnis.

Der Prozeß gegen den Agenten Hermann Kälent und dessen Geschäftsführer Wilhelm Ristedt ist gestern nach dreitägiger Verhandlung zum Abschluß gelangt. Der Staatsanwalt hielt das Ergebnis der erneuten Beweisaufnahme für daselbe wie in der früheren Verhandlung und beantragte wiederum gegen Kälent eine Gefängnisstrafe von vier Jahren und fünfjährigem Ehrverlust, gegen Ristedt sechs Monate Gefängnis.

Der Gerichtshof hatte aus dem ganzen Auftreten der geschädigten Jengin, Frau v. Luchowka, den Eindruck gewonnen, daß sie trotz ihres hysterischen Zustands glaubwürdig und edelständig sei. Der Angeklagte Kälent habe die bebautenswerte Frau in der gewissenlosen Weise ausgebeutet und ebenso seinen Provisionspartner Hermann in der schändlichsten Weise betrogen. Der Milanogelagte Ristedt habe sich in einem Falle der Weisheit schuldig gemacht.

Das Urteil lautete gegen Kälent auf vier Jahre sechs Monate Gefängnis und fünfjährigen Ehrverlust, gegen Ristedt auf 4 Monate Gefängnis. Bei Kälent wurden 6 Monate durch die erlittene Untersuchungshaft angerechnet.

Die Duellgeschichte Sello Braut beschäftigte gestern die erste Strafkammer des Landgerichts II unter Vorsitz des Landgerichts-Direktors Garg. Wegen Herausforderung zum Zweikampf mit tödlichen Waffen hatte sich Justizrat Dr. Sello zu verantworten, wegen Kartellsträgerei Major a. D. Hermann Wagner. Dem ersteren stand Justizrat Kleinholz zur Seite. Es handelt sich, wie erinnerlich sein wird, um einen Vorgang, der sich während des Sternberg-Prozesses abspielte. In einer persönlichen Bemerkung hatte Justizrat Sello feierlich erklärt, daß an alledem was der Kriminalkommissar Thiel zu dem Schutzmann Stierstädter in Bezug auf seine (Sellos) Person angedacht gesagt haben sollte, kein wahres Wort sei. Als dann später Thiel das Aufsehen erregende Geständnis seiner eignen Schuld abgelegt hatte, kam der Vorsitzende, Landgerichts-Direktor Wäcker, auf diese Erklärung Sellos zurück und sprach die Vermutung aus, daß vielleicht gerade die feierliche Form der Staatsanwaltschaft betrogen haben könnte, von der sofortigen Verhaftung Thiels Abstand zu nehmen. — Staatsanwalt Braut bemerkte hierauf, daß auf seine Entschließung darüber, ob er jemand verhaften solle oder nicht, mehr oder weniger feierliche Erklärungen eines Verteidigers gar keinen Eindruck ausüben könnten. Justizrat Dr. Sello erwiderte nach dem Lausfall und der ganzen Art dieser Bemerkung darin eine persönliche Beleidigung und ließ durch Herrn Major Wagner den Herrn Staatsanwalt Braut um öffentliche Richtigstellung eruchen. Als dies abgelehnt wurde, erfolgte die Forderung auf Pistolen. Als dies abgelehnt wurde, Staatsanwalt Schwarz beantragte gegen Justizrat Sello 4 Monate und gegen Major Wagner zwei Wochen Festungshaft. Der Gerichtshof erkannte gegen Justizrat Sello auf 1 Monat und gegen Major Wagner auf 4 Tage Festungshaft.

Die Geheimnisse des „Salons Brugier“ wurden gestern der zweiten Strafkammer des Landgerichts I in einer Verhandlung vorgeführt, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand. Die schon zweimal wegen Kuppelerei vorbestrafte unverheiratete Elisabeth Brugier unterhielt in der Zimmerstr. 5/6 in der elegant eingerichteten zweiten Etage ein Kuppelwerk, in welchem wohlhabenden Lebemannern Frauen und Mädchen in großer Auswahl zugeführt wurden. Das Treiben in den „Salons Brugier“ hatte schon längst die Aufmerksamkeit der Polizei erregt, die polizeilichen Ueberwachungen waren aber zumeist ergebnislos. Endlich am 12. April nahm die Polizei in der Wohnung 6 junge Frauenpersonen fest, deren Vernehmung den längst bestehenden Verdacht durchaus bestätigte. Es wurde festgestellt, daß sich in dem feinen Quartier der Angeklagten ständig einige junge Mädchen, zum Teil aus gut bürgerlichen Familien, aber auch verheiratete Frauen aufhielten, um der Angeklagten und den bei ihr verkehrenden Lebemannern zu unflätlichen Zweden zu dienen. Die klagenden Opfer, welche die Herren darbrachten, wurden zwischen Fräulein Brugier und ihren weiblichen Kunden geteilt. Die Angeklagte, welche geständig war, hat über die Herren, die bei ihr verkehrten, Stillschweigen bewahrt.

Dies und die fernere Thatsache, daß die Geheimnisse des Salons Brugier im ganzen doch sich von abstoßenden Gemeinheiten fern gehalten haben, machte Rechtsanwalt Dr. Schwandt zu Gunsten der Angeklagten geltend. — Der Gerichtshof erkannte auf 1 Jahr Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust. Die Verschwiegenheit der Angeklagten sah der Gerichtshof nicht als Milderungsgrund an, denn diese habe ihre Erklärung in dem Streben der Angeklagten ihre Kundenliste nicht zu verlieren. Erschwerend erwog der Gerichtshof, daß auch verheiratete Frauen zu der Angeklagten kamen, ferner zwei Schwedern, von denen die jüngere kaum über 14 Jahre alt war und bisweilen noch kurzkleid trug.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Kommunalen Praxis“, Zeitschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt (Dresden, Verlag Kaden u. Comp.) ist und soeben die Nr. 9 des 1. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor:

Bom sächsischen Boden- und Baurecht. Das bairische Kommunal-Wahlrecht in Norwegen. — Bildungsweisen. (Ausbildung der Volksschullehrer. — Pflicht der Lehrer. — Volksschulen in Berlin. — Obligatorischer Fortbildungsunterricht. — Zweifeln der Schulkinder.) — Wohnungswesen. — Gesundheitswesen. (Die Einrichtung einer Volks-Rungenkassette in Dortmund.) — Steuerwesen. (Neue Einkommensteuer-Ordnung in Berlin. — Eine Kopfisteuer auf den bürgerlichen Erwerbsteil. — Die Gläubiger der Stadt Paris.) — Aus den Gemeindevereinigungen. (Konflikt zwischen Regierung und Gemeindevereinigungen in der Frage des Braunschwens.) — Besatzmangeln. (Für sozialdemokratische Gemeindevereinigungen für das Herzogtum Vorpa.)

Die „Kommunale Praxis“ erscheint monatlich zweimal. Preis vierteljährlich 1 Mark (eingetragen in der Volkszeitung für 1901 unter Nr. 4019 a, 4. Posttrag).

Vermischtes.

In Brüssel erfolgte Freitagabend eine heftige Gasexplosion, bei der drei Arbeiter tödlich verletzt wurden.

Ausfindung von Kinderleichen. Aus Birmingham wird gemeldet: In einem Kellerraum wurden gestern die Leichen von neunundzwanzig Kindern, die in Kisten verpackt waren und seit sechs Tagen sich im Keller befanden, aufgefunden. Die Befragten des Kellers wurde verhaftet. Derselbe erklärte, es handle sich um Kinderleichen, die ihr zur Bestattung übergeben waren. Die Frau konnte jedoch nur vier Zeugnisse von der Uebergebung der Leichen vorweisen. Sie wird beschuldigt, die übrigen 25 Kinder ermordet oder sich an ihrer Ermordung beteiligt zu haben. Die Angelegenheit erregt das größte Aufsehen.

Schiffsunglück. Wie man dem „Berl. Tagebl.“ meldet, ist der Dampfer „Laurine“ infolge einer Dynamitexplosion auf dem Mississippi in die Luft geflogen. Zwei Personen wurden getötet, die übrigen konnten sich noch rechtzeitig in Sicherheit bringen.

In Montecarlo les Mines fand Freitag auf der Station ein Zusammenstoß zweier Personenzüge statt. Acht Passagiere wurden verwundet, ein Zugführer tödlich verletzt.

In Beirut ist, wie aus Konstantinopel gemeldet wird, ein großes, von zahlreichen Menschen bewohntes Gebäude eingestürzt; viele Personen wurden getötet, zwei Familien sind vollständig zu Grunde gegangen.

Marktpreise von Berlin am 31. Mai 1901

nach Ermittlungen des (gl. Polizeipräsidenten.

Waren	gute	mittlere	gering	Ware	gute	mittlere	gering
Weizen, gut	16.80	14.80	13.60	Kartoffeln, neue, D. Str.	7.00	5.00	3.00
" mittel	16.20	14.20	13.00	Hirse, neue 1 kg	1.80	1.20	1.00
" gering	15.60	13.60	12.40	bo. Vauk	1.20	1.00	0.80
Roggen, gut	14.80	12.80	11.60	Schweinefleisch	1.80	1.20	1.00
" mittel	14.20	12.20	11.00	Rindfleisch	1.80	1.20	1.00
" gering	13.60	11.60	10.40	Hammelfleisch	1.80	1.20	1.00
* Weizen, gut	14.80	12.80	11.60	Butter	2.80	2.00	1.50
" mittel	14.20	12.20	11.00	Fier 60 Stk.	3.00	2.00	1.50
" gering	13.60	11.60	10.40	Rapsen 1 kg	2.20	1.80	1.20
* Hafer, gut	13.20	11.20	10.00	Kale	2.80	1.80	1.20
" mittel	12.60	10.60	9.40	Jahres	2.80	1.80	1.20
" gering	12.00	10.00	8.80	Veget.	2.40	1.80	1.20
Rübsen	7.50	6.50	5.50	Banane	1.80	0.80	0.80
Gerst.	8.30	7.30	6.30	Schnele	2.80	1.80	1.20
Erbsen	40.00	35.00	30.00	Biele	1.20	0.60	0.60
Speisebohnen	45.00	40.00	35.00	Aerbie	per Sajt.	15.00	8.00
Linien	70.00	65.00	60.00				

* Frei Wagen und ab Bahn.

Produktmarkt vom 1. Juni. Getreide. Der Weizenmarkt war auch heute still, die Preise nominal fest. Die höheren Notierungen aus New York und Chicago und die weiter gesteigerten Preisnotierungen aus Vett veranlaßten die Abgeber zur Zurückhaltung. Ausweichend sind hier von der Wetterwaarte angekündigte Regen und die reichlichen und zum Teil ungleichen Auslandsnotierungen, namentlich die in russischen Roggen, eine größere Preissteigerung. — Weizen und Roggen waren für Vieferungen durchschnittlich 1/4 M. höher gehalten. Wehl lag bei allem Geschäft unverändert. Hafer war ebenfalls unverändert. Raps, Vovomeer, 2 R. matter, da die Ankünfte wider Erwarten schon jetzt eingetroffen sind. Rübsen 20 Pf. niedriger. Die heutige Angerufenahme ergab 1635 t Weizen (- 3525 t gegen 1. Mai) und 1917 t Roggen (- 535 t), Raps 1025 t (- 2333 t), Hafer 7382 t (+ 2241 t).

Spiritus um 20 Pf. gebessert. 70er loco 44 Pf.

Städtischer Schlachtviehmarkt. Berlin, 1. Juni 1901. Kontinüer Bericht der Direktion. Zum Verkauf kamen: 4598 Rinder, 1638 Kühe, 9622 Schaf, 6492 Schweine. Bezahlt wurden für 100 Pfund oder 50 Kilogramm Schlachtgewicht in Rart (beziehungswiese für 1 Pfund in Pf.): Ochsen: a) vollfleischig, ausgemästete, höchsten Schlachtgewichtes, höchsten 7 Jahre alt 60-64, b) junge fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgewässerte 55-59; c) mäßig genährte junge und gut genährte ältere 48-54; d) gering genährte jeden Alters 45-52. — Bullen: a) vollfleischig, höchsten Schlachtgewichtes 55-59; b) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 51-54; c) gering genährte 47-50. — Färsen und Kähe: a) vollfleischig, ausgemästete Färsen höchsten Schlachtgewichtes 60-60; b) vollfleischig, ausgemästete Kähe höchsten Schlachtgewichtes bis zu 7 Jahren 53-54; c) ältere ausgewässerte Kähe und wenig gut entwässelte jüngere Kähe und Färsen 49-51; d) mäßig genährte Kähe und Färsen 44-47; e) gering genährte Kähe und Färsen 37-42. — Külder: a) fleischige Wastfäher (Holmilchmaß) und beste Sangsäher 70-73; b) mittlere Wastfäher und gute Sangsäher 60-64; c) geringe Sangsäher 55-58; d) ältere, gering genährte (Fresser) 35-34. — Schafe: a) Wasthämmer und jüngere Wasthämmer 65-68; b) ältere Wasthämmer 62-64; c) mäßig genährte Hammel und Kähe (Wergschale) 57-60; d) Haselner Niderungs-lasse (Lebendgewicht) 60-60. — Schweine: a) vollfleischig, der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1 1/2 Jahren 220-280 Pfund schwer 55; b) schwere, 280 Pfund und darüber (Räher) 60-60; c) fleischige 53-54; d) gering entwässerte 51-52; e) Sauen 48-49. Für 100 Pfund mit 20 Pf. Tara.

Verlauf und Tendenz. Das Rindergeschäft widerte sich ganz gedrückt und schlappend ab und hinterläßt erheblichen Ueberhang. Der Külderhandel gestaltete sich schlappend, es wird vorwiegend nicht ausverkauft. Bei den Schafen war der Geschäftsgang glatt, es wurde ausverkauft. Der Schweinemarkt verlief glatt und wird gedaut.

Witterungsübersicht vom 1. Juni 1901, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hauv mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. U.	Stationen	Barometer hauv mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. U.	Regen
												in mm
Ewlnembe	762.5	3	4 heiter	22	Sparanba	765.5	SSO	2 Regen	7			
Hamburg	762.5	SSO	1 bedekt	18	Petersburg	765.5	SSO	1 bedekt	10			
Berlin	762.5	1 hdb. bed.	22	10	Kort	762.5	SSO	6 wolfig	13			
Frankf./M.	762.0	2 wolfig	19	12	Aberdeen	761.5	SSO	1 hdb. bed.	19			
München	764.5	1 wolfig	22	12	Varis	761.5	SSO	1 hdb. bed.	19			
Wien	763.5	2 wolfig	21	10								

Weiter-Propgnose für Sonntag, den 2. Juni 1901.
Bleibend heiter, sehr warm und schwül bei schwachen südlichen Winden und etwas Neigung zu Gewittern.
Berliner Wetterbureau.

Hermann Meyer & Co.

Fruchtstraße 74.

Liqueurfabrik, Weingrosshandlung, Fruchtsaftpresserei,
Mineralwasser- und Schaumwein-Fabrik.

Sommer-Getränke:

Selters, große Flasche	5 Pf.
Sauerstoffwasser, ärztlich empfohlen	10 Pf.
Branfelimonaden (Himbeer, Zitronen etc.)	10 Pf.
Maitraut, 1/4 Gl.	40 Pf.
Schänmender Maitraut, 1/4 Gl.	25 Pf.
Schänmende Liebe, 1/4 Gl.	25 Pf.
Gesundheits-Apfelwein, 1/4 Gl.	25 und 30 Pf.
Johannisbeer-, Stachelbeer-, Heidelbeerwein, 1/4 Gl.	65 Pf.
Brombeerwein, 1/4 Gl.	75 Pf.

Fruchtsäfte

in feinsten Raffinade eingekocht.

I. Qualität:

Himbeer-, Kirsch-, Johannisbeer-, Erdbeer-,
Citronensaft, 1/4 Literfl. 1,30 M.

II. Qualität:

Geeignet als Zusatz zum Weißbier, 1/4 Literfl. 90 Pf.

Moselweine von 45 Pf. Rheinweine von 60 Pf. ab.
Rotweine von 50 Pf. ab.

(Alles erst. Flasche, welche mit 10 Pf. berechnet und zurückgenommen wird.)

Wiederverkäufer erhalten bei größeren Abnahmen Rabatt.
— Versand nach auswärts unter Nachnahme. — [15529*]
In Berlin und Vororten von 1,50 M. ab frei Haus.

Zu gleichen Preisen sind alle Waren in unseren
250 Niederlagen in Berlin und den Vororten
erhältlich.

„Berolina - Leibträger“

Mehrere
Prämien



Messingbe-Fondist
Hilfenennung

D. R.-G.-M. No. 91 633.
N. 7,50—12,00 pr. Stück je nach Größe.
Der Berolina-Leibträger be-
seitigt den starken Leib u. starke
Hüften. Für Nabel-, Bauch- und
Leistenbruch, für Nieren- und
Magenleiden, unentbehrlich.
Senkung, Hängeleib und Rücken-
schmerzen verlieren sich voll-
ständig, dafür volle Garantie!
Jede Frau nach dem Wochenbett
müsste die Berolina-Leibbinde
tragen, dann giebt's kranke Frauen
nicht mehr! [1548L*]
Operationen kommen fast gänz-
lichin Wegfall durch d. Tragen des
Berolina-Leibträgers.
Hierzu die passenden Berolina-
Korsetts.
Die Erfinder und alleinigen
Fabrikanten Emil Billeit & Co.,
Berlin S. 14, Kommandantenstr. 69,
I. Etage.
Versand per Nachnahme, Um-
tausch gestattet.

Gardinenhaus
Bernhard Schwarz
Wollfr. 29 (Kur-Ging).
Telegr.-Adr.: Gardinenhaus.

Nur
Gardinen u. Stores.
Engros- — Detail- — Export.
Beste Preise.
Umtausch gestattet.

Muster-Vorrichtung
eigene
Erfindung der Firma
läßt eine riesige Muster-Kaus-
wahl von Gardinen u. Stores
im Fluge übersehen. Preise
überall angegeben. Besondere
Selbstbedienung.

Die Firma leistet für die
Saubereit ihrer Waren
unbedingte Garantie und
übernimmt die Reinigung
des von ihr Gelauften.

Abessinierbrunnen
von 15 Mark an
in garantiert bester
Weise u. best. Ausführung.
Koblanck & Schopmann,
Pumpen-Fabrik,
BERLIN N.,
Reinickendorferstr. 54b.
Grdböhrer leihw. gratis. [10729*]
Illustrirte Kataloge gratis.

Vorsicht — Radfahrer!

Wachen Sie beim Einkauf von Pneumatikreifen darauf, daß
Ihnen nicht garantielose Ware verkauft wird.

Sie schützen sich
am besten, wenn Sie

KONKURRENZ-PNEUMATIK

laufen, denn dafür wird volle Garantie geleistet.
Einzelpreise { 1 Mantel mit voller Garantie 7,50 Mark
 { 1 Schlauch 3,75
Gummifüllung in Tuben — 15 Ctm. lang . . . 0,20 Pf.
Sämtliches Reparaturmaterial sehr billig.
Preisliste verbunden mit Angabe der verbotenen Straßen
und Plätze Berlins gratis und kostenlos. [16629*]

„ADLER“ Gummi- und Guttapercha-
waren-Industrie,
Cranichstraße Nr. 117.

Schlafmöbel-Bazar „Baby“.



1. Invalidenstr. 160. | 4. Gr. Frankfurterstr. 115
2. Oranienstr. 31. | 5. Brunnenstr. 92.
3. Belle-Alliancestr. 107 am Büchelerplatz.
6. Reinickendorferstr. 2d-a. [12691L*]
7. Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 55.
Für Kinder und Erwachsene. 8, 15—100 M.
Polster-Betten 6,50—21,00.
Lieferant des Post-Spar- und Vorschuss-Vereins. Compl. Bett-Einrichtungen.

Sie werfen Geld fort!

wenn Sie immer Ihre Cigarren zu teuer einkaufen. Kaufen Sie nur
meine beliebigen „Gabanillos“, 500 Stück nur 7 M., 1000 Stück nur 13 M.
franco gegen Nachnahme. Sie werden in Zukunft viel Geld sparen!
Garantie: Umtausch oder Zurücknahme! Unzählige Worte der Anerkennung
von Pfarrern, Lehrern, Rüstern, Landwirten etc. Bestellen Sie bitte sofort
postfrei ins Haus 500 Stück für 7 M., 1000 Stück für nur 13 M. bei [11629*]
Neustadt.

Rud. Tresp, Cigarrenfabrik, Westpreussen H. 7.

R. Schrödter, Frankfurter Allee 197.

im Hause der Badeanstalt, vis-a-vis
d. Ringbahn, empfiehlt reichh. Lager in
Kinderkleidchen in weich und dünn von 90 Pf. an
Damen-Blusenhemden in Battist und Percal von 1 M. an.
Neuheiten in Krawatten und Handschuhen. [16282*]

Metzners Korbwaren - Fabrik.

Berlin, Hindenburgstr. 23.
II. Geschäft: Brunnenstr. 95
III. Geschäft: Senfstr. 67.
IV. Geschäft: Leipzigerstr. 54/55
V. Geschäft: Treptenerstr. 19
Puppenwagen, Leiterwagen, Sportswagen, Kinderstühle.
Kinderwagen, Grösstes Lager
Kinderbettstellen. Berlins. Musterb. gratis.

1000 Mark Belohnung zahle ich jedem, der mir in Berlin ein
größerer Specialgeschäft in der Branche
als das meinige nachweist. Diese Belohnung biete ich schon seit 15 Jahren
aus und ist meine Konkurrenz garmüde in der Lage, diese 1000 M. zu verdienen.

J. Baer, Elegante Paletots und Mantel

BERLIN N. [11419*]
26, Badstraße 26,
Ecke Prinzen-Allee,
u. 37 Schlemmerstrasse 37
empfehle, wie bekannt, in neuester Aus-
führung und allerbilligsten streng festen Preisen:
**Herren- u. Knaben-
Garderobe.**
Arbeitsachen.
Grosses Stofflager
zur Anfertigung nach Mass.

Gesundheit ist Reichtum!

Dampf- und Heissluft-Bäder
wirksamstes, erdreichstes und billigstes Mittel
gegen Erkältung, Gicht und Rheumatismus.
Lieferung an sämtliche Krankentischen. [1142L*]
Bad Frankfurt | Ritter-Bad
136 Gr. Frankfurterstr. 136 | 18. Ritter-Strasse 18.
Specialität:
Russ. bezw. Dampfkasten-, Röm.
bezw. Heissluft-, Lehtannin-, Sool-
und Schwefelbäder
täglich für Damen und Herren.

J. Wandts Kleiderhandlung für Alt und Neu!

Prinzenstrasse 17, an der Wasserthorstrasse.
Täglicher Eingang von Monatsmänteln, Monatspaletots, Monatskassen,
in den feinsten Stoffen gearbeitet, auch für bespülende Figuren passend,
zu haumend billigen Preisen. [1710L*]

Künstl. Zähne

ohne Entfernung der Wurzel
Schmerzloses Zahnleben.
Plomben sowie sämtliche
Zahnoperationen schmerzlos.
Teilzahlung per Woche 1 Mk.
Meine 15-jährige Thätigkeit im Beruf bürgt für exakte und
gewissenhafte Ausführung. [11558*]

Franz Steffens, Rosenthalerstr. 61, Ecke Steinstrasse.

Fahrräder! Nene und gebrauchte sehr billig. Memelerstr. 48a, an der Königsbergerstrasse. Bequeme Teilzahlungen. Carl Röper.

Julius Haack

Manufaktur- u. Modewaaren-Haus grössten Styls

BERLIN N.

Brunnenstrasse 198, Rosenthaler Thor.

Am 1. Juni habe ich meinem Geschäfte unter der bisherigen Firma

M. Schneider

meinen eigenen Namen als Firma gegeben.

Das Geschäft wird in demselben Hause unverändert und wie bisher unter meiner
persönlichen Leitung weitergeführt.

Für das mir seither unter dem Namen **M. Schneider** in so hohem Maasse
entgegengebrachte Wohlwollen seitens meiner verehrten Kundschaft danke ich verbindlichst
und bitte, mir dasselbe auch unter der neuen Firma erhalten zu wollen.

Julius Haack

Mitbegründer des Geschäfts und seit 5 Jahren alleiniger Inhaber.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Urania

Tauben-Strasse 48/49.

Im Theater um 8 Uhr:

Das Land der Fjorde.

Invalldenstr. 57/62.

Tägl. Sternwarte.

Carl Weiss Theater
Gr. Frankfurterstr. 182.
Vester Sonntag.
Pension Schöller.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Im Garten: Theater, Konzert und Specialitäten. Anfang 4 Uhr.
22 Juni: Eröffnung der Sommer-Ober.

Carl Weiss Theater

Gr. Frankfurterstr. 182.

Vester Sonntag.

Pension Schöller.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Prater-Theater

Kastanien-Allee 7/9.

Aus dem Volke.

Soldat mit Gefang und Tanz in 4 Bildern.

Auftritt der Excentric-Chansonette Hedwig Döring, des Grottesque-Romiker Paul Coradin, der Gebrüder Damm, Akrobaten, The Garays, Radfahrer, Mr. Bartlings lebende Photographien, Konzert und Ball.

Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.

Numerierter Platz 50 Pf.

Kalbe.

Reichshallen

Stettiner Sänger.

Eine Hochzeit in de Wälderprobe.

Anfang: Dochtag 8 Uhr.

Sonntag 7 Uhr.



Konkordia-Garten

zum Wasserwerk

Lichtenberg, Landdörger

Chaussee Nr. 1.

Großer schattiger Garten.

3 verdeckte Regelpalmen.

Jeden Sonntag:

Großer Ball

im Riesen-Parkettsaal.

Kaffeeküche von 2 Uhr ab

Bereiten und Gesellschaften bestens empfohlen. Paalzw, Gostwiel.

Johannisthal.

Raus Park-Restaurant.

Jeden Sonntag: Grosser Ball.

Kaffeeküche, Kegelbahn, Ausspannung.

Saal für Vereine u. Versammlungen.

5 Pf. Achtung! 5 Pf.

Dampferfahrt nach Teufelssee.

Wäggelturm, 18006

vierteljährlich von Friedrichshagen, Seefr. 51, Haltestelle der Pferdebahn.

5 Pf. Hin und zurück 20 Pf. 5 Pf.

Urania

Wrangelstrasse 10/11.

Jeden Sonntag:

Grosser Ball.

Anf. 4 Uhr. Siehe Anschlagtafel.

Empfehle mein Lokal zu Hochzeiten und Versammlungen.

5272 C. F. Walter.

Massage-Institut

von H. und Fr. Mania

befindet sich nach wie vor

Brunnenstr. 16, Portal 2, 1 Treppe,

und in der Filiale Turmstrasse 47.

Jähr sämtliche Ortd- und Güter-Krankenkassen.

12602

Mechanische Apparate.

Schweizergarten

Am Königsthor. Am Friedrichshain.

Täglich:

Konzert, Theater, Specialitäten-Vorstellung und Ball.

Volksbelustigungen aller Art.

Jeden Abend 10 Uhr:

Hoppla, Vater sieht's ja nicht.

Deutsche Konzerthallen.

An der Spandauer Brücke 3.

Im schattigen Sommergarten:

Täglich: Internationale Künstler-Konzerte.

Die Boeren-Kapelle.

Neapolitanische-Kapelle, Sacco!

Wiener Damen-Kapelle Raymond

Theater-Abteilung (Künstler-Variété) erstklass. Specialitäten

Von mittags 12 Uhr bis

3 Uhr nachm. „Bürgerliches

Diner“. Preis pro Couvert

75 Pf. 4 Gänge.

Alhambra

Wallnertheater-Strasse 15

Jeden Sonntag und Dienstag:

Großer Extra-Ball bei doppelt be-

legtem grossen Orchester. Anfang

8 Uhr.

Gesellschaftshaus

Zwischenmünderstr. 42.

Tägl. Theater u. Specialitäten-

Vorstellung. Jeden Sonntag: Ball.

Säle für Gesellschaften, Vereine,

tantant zu vergeben. 11343

Max Klems Sommer-Theater

Hasenheide 13-15. - Kritische Zeitung: Paul Mühlz.

Täglich: 16492

Gr. Konzert, Theater u. Specialitäten-Vorstellung.

Jeden Montag: Sommerfest. - Jeden Mittwoch: Die beliebtesten

Kinderfeste. - Jeden Donnerstag: Elite-Tag.

Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.

2 hochgelegene Regelpalmen, Würfelbühnen, Ronditor, Bühnenband etc.

Sonntag, Montag und Donnerstag in den Sälen:

Familien-Kränzchen.

Hasenheide 108-114. - Täglich: 108-114.

Konzert u. Specialitäten-Vorstellung.

Jeden Sonntag und Donnerstag:

Im Bal champêtre: Grosser Festball. Anfang 4 Uhr.

Jeden Mittwoch:

Grosses Kinderfest mit Gratisverlosung.

Jeden Donnerstag: Grosses Feuerwerk.

Kaffeeküche, Karnival, Marionettentheater etc. täglich geöffnet.

Alle Näheres durch die Tagesanschläge an den Säulen. 17302

A. Fröhlich.

Wo amüsiert man sich grossartig?

In Schnegelsbergs Festsälen,

Hasenheide 21 und Jahnstrasse 8.

Heute: Grosser Ball und Thaler-Regen

verbunden mit Cigarren, Apfelsinen-Regen und

bisweilen Ueberraschungen. 14812

Täglich: Specialitäten-Vorstellung. Entree frei.

Empfehle meine Säle, 300 und 1200 Personen fassend (mit Bühne),

den geübten Gewerkschaften, Vereinen, Gabeln etc. zu Versammlungen

und Festlichkeiten jeder Art.

H. Mentess Volksgarten,

zwischen Steinhilf und Seeterrasse

Lichtenberg, Röderstr. 35/36.

Jeden Sonntag: Doppel-Frei-Konzert.

Zur neuen

Riesensaal: Grosser Ball.

7000 Sitzplätze, verdeckte Hallen und Zelte, 4500 Personen.

Kaffeeküche von 2-5 Uhr.

Volksbelustigungen aller Art, eigene Beleuchtung

52 Bogenlampen, 150 Glühlampen,

schöne Voranlage zur Promenade, alles schönwert, allen großen Vereinen

an Sonntagen und Sonntagen zu den coulantesten Bedingungen empfohlen.

15106

Dresdener Kasino

96 Dresdenerstrasse 96

empfehle meine 2-800 Personen fassenden Festsäle zu Privat- und

Vereinsfestlichkeiten, Hochzeiten u. Versammlungen zu coulantesten Bedingungen.

15418

Martin Gersberg, Gostwiel.

Freie Volksbühne.

Heute, nachmittags 2 1/2 Uhr

im Carl Weiss-Theater V. Abteilung:

Der grüne Kakadu.

Hierauf:

Scherz und Ernst. Scenen und Lieder.

Zur Orientierung über die Neueinstellung

der Abteilungen in nächster Saison und

den Spielplan werden die Mitglieder ersucht,

die im Programm-Heft 10 d. J. erlassene Be-

kanntmachung des Vorstands genau zu beachten

und zu verbreiten. 1380/4

Die alten Mitgliedskarten müssen in den Zahlstellen

abgegeben werden mit der event. Erklärung für die weitere Mit-

gliedschaft. Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Internationale Ausstellung

für

Feuerschutz- und Feuerrettungswesen

BERLIN 1901

verbunden mit einer Ausstellung von Erzeugnissen der Gartenbaukunst

mit einer Kurfürstendamm 150-156. 1690L*

Praktische Vorfürhungen, Lösch- u. Rettungsmanöver, Brandproben.

Konzerte: Strauss'sche Kapelle aus Wien,

Musikcorps der Garderegimenter, Kapelle der Berliner Feuerwehr.

Eintritt 50 Pf., Kinder unter zehn Jahren 25 Pf.

Wedding-Park

Müllerstrasse 178. Am Wedding-Platz.

Jeden Sonntag und Donnerstag:

Großes Konzert, ausgef. u. d. Hauskapelle unter Leitung

des Musikdirektoren Herrn Neumann.

Specialitäten-Vorstellung und Ball.

Anfang 4 Uhr. 17290* Entree 10 Pf.

7 verdeckte Sommer-Kegelbahnen, wovon noch einige

zu vergeben. - Kaffeebelustigungen aller Art.

- Die Kaffeeküche ist täglich von 3-8 Uhr geöffnet.

Jeden Dienstag: Auftreten der Original-Norddeutschen Sänger.

Zu regem Besuch ladet ergebenst ein Wilhelm Trapp.

„Seeterrasse Lichtenberg“

Röder-Strasse 6.

Sonntag, den 2. Juni 1901:

Gr. Doppel-Konzert.

(Juni-Programm, der größte Erfolg des Jahres 1901.)

Auftr. des berühmten Mr. Cronje-Boston unter Mitwirkung

der rühmlichst

bekanntesten Turnseiler Donna Ervina auf dem 250 Fuß hohen

Turmseil über dem Meer. - Der Elefant „Baby“ auf dem Turmseil.

Donna Ervina auf der Teufelsbrücke. Donna Ervina mit der Ries-

kanone auf dem Seil (genannt der lange Tom).

Nacht-Vorstellung mit dem Scheinwerfer.

Donna Ervina auf dem Belachbed im Brillant-Feuerwerk.

Neu! Im Variété-Theater ohne Entree:

Carlo Benedetti, Mr. Surif,

Wasserkünstler, Tierstimmen-Imitator.

Im großen Vergnügungspark

Volksbelustigungen aller Art. Goudel-Korso, Hippo-

drom usw. Kaffeeküche von 2 Uhr ab geöffnet.

Großer Ball unter Leitung des Tanzlehrers

Herrn Heinrich.

Jeden Dienstag und Freitag:

Großes Militär-Konzert

und Auftreten des berühmten Turnseilers Mr. Cronje

unter Mitwirkung von Donna Ervina in ihren unübertrefflichen

Leistungen. - Kaffeeküche von 2 Uhr ab geöffnet. - Gr. Ball.

Anfang 4 Uhr. Entree 10 Pf. Kinder frei.

Verbindungen: Stadt-Ringbahn-Vanddörger Allee. Gestr.

Bahnen: Spittelmarkt-Gebackstrasse (Halte-

stelle), Köpenickerplatz-Vanddörger Allee. Marktplay-Central-Bahnhof.

Sportpark Friedenau.

Sonntag, den 2. Juni, nachmittags 4 Uhr

Montag, den 3. Juni, abends 8 Uhr

Gr. internationale Flieger-Rennen

Jaquelin, Arend, Huber, Seidl, Ellegaard,

Major Taylor.

Rad-Rennbahn „Kurfürstendamm“

Sonntag, den 2. Juni 1901:

2 Ringkampf-Meetings 2.

Nachm. 1/2 Uhr ringen:

M. Fériole, Lyon - Omar de

Bouillon, Lüttich. M. Gambler,

Marseille - G. Ralcewich, Mail-

land. Paul Pons, Paris -

Aimable de la Calmette, Marseille.

Abends 8 Uhr ringen:

J. Pohl (Abs II), Hamburg -

W. Koch, Neuss. M. Hitzler,

München - Cotch Mohamed,

Konstantinopel.

In Reserve: Hall Adami, Kon-

stantinopel - A. Petroff, Sofia.

Morgen Montag, abends 8 Uhr:

Fortsetzung der Zwischenkämpfe. 16273

Schiller-Theater

(Wagner-Theater).

Sonntag nachmittags 3 Uhr:

Der

Raub der Sabinerinnen.

Schwank in 4 Akten von Franz und

Paul v. Schönthan.

Sonntagabend 8 Uhr:

Das Gefängnis.

Puffspiel in 4 Aufzügen von

Robert Benedy.

Montagabend 8 Uhr:

Gastspiel Ferdinand Bonn.

Die Jüdin von Toledo.

Dienstagabend 8 Uhr:

Gastspiel Ferdinand Bonn.

Der

Kaufmann von Venedig.

Apollo-Theater

mit Konzert-Garten.

Vollständig neu

Specialitäten-Programm.

10 Debuts 10

Frau Luna

mit Luftballon

Grigolatis.

Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr.

Ostbahn-Park.

Am Küstrinerplatz. Rödersdorferstr. 71.

Hermann Imbs.

Täglich:

Großes Konzert, Theater u.

Specialitäten-Vorstellung.

Zoologischer Garten

Heute Sonntag, den 2. Juni,

erster Sonntag im Monat

Entree 25 Pf.

Ab 4 Uhr nachmittags:

Militär-Doppel-Konzert.

Kgl. Musikdirekt. Brinkmann und

Baumgarten. In der „Waldschänke“:

Bilsercorps.

In der „Völker-Arena“:

Beduinen-

Karawane

Besichtigung des Bazars, der

Musikinstrumenten-Arbeiter.

(Fachverein.)

Montag, den 3. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Graumann, Raunynstraße 27:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Dr. Wollheim über: „Geschichtliche Entwicklung der Menschheit.“ 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 141/14

Jubel Ostbahnhof, Rüdersdorferstraße 71,

Sonnabend, den 27. Juli 1901:

Großes Sommer-Fest verbunden mit Sommernachts-Ball

arrangiert vom Fachverein.

Großes Konzert. Auftreten sämtlicher Spezialitäten, unter Mitwirkung des Sängerkreises der Musikinstrumenten-Arbeiter. (Dirigent: Richard Lange.) Anfang nachmittags 4 Uhr. Billet 25 Pf. Programm frei. Die Kaffeeküche ist von 2 Uhr an geöffnet. Billets sind zu haben bei Ritzner, Mariannenplatz 15, Querweg, und bei Grundmann, Raunynstr. 78. Der Vorstand.

Röderstr. 6. See-Terrasse Lichtenberg. Röderstr. 6.

Sonntag, den 9. Juni 1901:

Großes Volks-Fest

arrangiert von den Parteigenossen Lichtenbergs.

W Doppel-Konzert. W Spezialitäten-Vorstellung. W

Monstre-Brillant-Land- und Wasser-Feuerwerk

angeführt von dem Kunstfeuerwerker Paul Sison.

Preis-Kegelschießen. Mr. Cronje-Boston und Donna Erlona.

Sensationell! Velocipedfahrt im Brillant-Feuerwerk auf dem Sensationell!

70 Fuss hohen Turmsoll über dem See. In zwei Gassen: Ball. Kinderbelustigung. Kaffeeküche. Kinder-Foddlung. (Stodlaterne gratis.) (Stodlaterne gratis.)

Gondel-Korso (15 Gondeln). 4 Kegelbahnen. Vergnügungsplatz. Anfang 2 Uhr, des Konzerts 4 Uhr. Entree 50 Pf.

Bei ungünstiger Witterung für 6-8000 Personen Unterkunftsstätte. Um recht zahlreichen Besuch bittet. Der Vertrauensmann. 232/13

Schloss Weissensee Sternecker.

Sonntag, den 9. Juni 1901:

Großes Sommer-Fest

Arbeiter-Bauverbands für Berlin und Umgegend

mehrerer Gesangsvereine (Mittel des Arbeiter-Sängerbunds) und einer starken Kapelle von Berufsmusikern. Diegenus laden Freunde und Genossen ein. 287/9

Moabiters Gesellschaftshaus

Alt-Moabit 80/81. (16225)

Großes Konzert, Spezialitäten-Vorstellung und Ball.

Entree 10 Pfennig. Neben Mittwoch Kinderfest. Entree 10 Pf., wofür ein jedes Kind eine Wägel oder Schürze gratis erhält. Peters.

W. Münzer's Ball-Salon u. Garten.

Ruefede für. 113. Rixdorf. II. Eing.: Hermannstr. 119. empfängt seinen ca. 600 Personen fassend. Saal u. ca. 1200 Personen fassend. Garten zu Festlichkeiten u. Ausflügen. - Jeden Sonntag: Ball.

Wo gehen wir heute hin???

Nach der Vereinsbrauerei Rixdorf!!

Gr. Frei-Konzert, der schäufte Garten von Berlin u. Umgegend. Kaffeeküche a. d. W. Berliner Rindl. Garten und Zille für Vereine kostenlos!! Martin Berndt, Oekonom. 10879*

Robert Dieseler

Restauration und Steh-Bierhalle

145, Brunnenstraße 145, an der Rheinsbergerstraße.

Charlottenburg-Westend.

Hoffmanns Volksgarten.

Jeden Sonntag: Frei-Konzert.

Abends feenhaft bengalische Beleuchtung und Schlachtmusik. Kaffeeküche, Volksbelustigungen. 15090*

Im Saale: Großer Ball. Kaffeeküche. Kegelbahnen. Volksbelustigungen. K. Hoffmann. 16509*

Jungfernheide, Restaurant

Großer schattiger Garten, Kaffeeküche, Kegelbahn. 16539*

Zum Sporthaus "Ziegenhals bei Zeuthen.

Vorortstat. d. Gölitzer- u. Stadtbahn, herrlich am Großen-See bei Nieder-Zehme gelegen, mit Dampfboot, großem Tanzsaal, Kaffeeküche, Kegelbahnen und geräumigen Hallen, ca. 2000 Personen fassend, den Vereinen, Gewerkschaften und Fabriken zu Partien angelegentlich empfohlen. - Gleichzeitig gebe bekannt, daß ich mein Geschäft Ziegenstraße 35/36 bis 1. April 1902 weiterführe und Bestellungen für "Sporthaus" Ziegenhals sofort entgegennehme. 6492*

M. Mörchel, Fernsprecher Amt I Nr. 8386.

Riesen-Baude

FRANZ RUMMEL 16850*

an der Seeterrasse Lichtenberg an der Eldonastr.

Großes Sommerlokal. Kaffeeküche.

H. Weichler (Landr.) 20 Pf. - H. Lagerbier 10 Pf.

Angenehmer Familien-Aufenthalt.

Von der Reife zurück. Dr. Zadek, Dresdenerstr. 109.

Invaliden-Unterstützungskasse

der Steindruck- u. Lithographen zu Berlin.

Am Dienstag, den 11. Juni cr., abends 8 1/2 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, die

Ordentliche General-Versammlung

pro 1901 statt, zu welcher die Herren Vertreter erg. eingeladen werden.

Tages-Ordnung: 1. Jahresbericht pro 1900 und Abnahme der Jahresrechnung. 2. Neuwahlen für den Vorstand (9 10 des Statuts). 3. Wahl des Ausschusses zur Prüfung der Rechnung des laufenden Jahres (9 20). 4. Antrag des Vorstandes auf Abänderung des § 4 des Statuts. 5. Verschiedenes. Der Vorstand. J. K. K. Schö. (18609)

Orts-Krankenkasse

für die in den Geschäftsbetrieben der Anwälte, Notare und Gerichtsvollzieher, der Krankenkassen, Berufs-gesellschaften und Versicherungsanstalten beschäftigten Personen zu Berlin.

Zu der am Dienstag, den 11. Juni cr., abends pünktlich 8 1/2 Uhr, im Restaurant Drösel, Neue Friedrichstr. 35, stattfindenden außerordentlichen

General-Versammlung

werden hiermit die für das Jahr 1901 gewählten Herren Vertreter eingeladen.

Tages-Ordnung: Auf Verlegung des Oberpräsidenten: Befähigung über Erhöhung der Beiträge auf 3/4 Prozent des durchschnittlichen Tagelohns oder der Bewältigung der Leistungen auf das gesetzliche Mindestmaß. Berlin, 1. Juni 1901. Der Vorstand. J. K. K. Schö. (273/1)

Auskunft

in Arbeiterversicherungsangelegenheiten (Kranken-, Unfall- und Invaliden-Versicherung) wird erteilt bei

P. Tiedtke,

Charlottenburg, Kaiser-Friedrichstr. 35 im Cigarengeschäft. (16348)

Anfertigung von Berufs- u. Heber-schriften sowie jeder schriftlichen Arbeit.

Graveure, Ciseleure

Dienstag, den 4. Juni 1901:

Versammlung

im Dresdener Garten, Dresdenerstr. 45.

Tages-Ordnung: 1. Geschäftliches. 2. Fortsetzung der Diskussion über die Masseregulierungs-Angelegenheit. 3. Vortrag des Herrn Dr. Rudolf Steiner über: Haackels-Wehrtafel. 4. Diskussion. 5. Ersatzwahlen zum Central- und Filialvorstand und Presskommission. 6. Verschiedenes. 74/7

Der überaus reichhaltigen Tagesordnung wegen wird die Versammlung Punkt 8 1/2 Uhr eröffnet. Der Vorstand.

Achtung! Marmorarbeiter. Achtung!

Am Dienstag, den 4. Juni, abends 8 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstraße Nr. 27c:

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Schiedskommission contra Firma G. Bage. 2. Wie führen wir Kontrolle über geleistete Beiträge? 3. Gewerkschaftliches. Es gilt Ernst zu machen mit der Durchführung unseres Tariffs, wer nicht erscheint, zeigt Interesselosigkeit und Gleichgültigkeit für Verbesserung unserer Lage. 172/15

Der Vertrauensmann.

Achtung! Vereine, Gewerkschaften etc.

Da der „Vorwärts“ vom 29. Mai unser Bericht der außerordentlichen Generalversammlung vom 21. Mai nur unvollkommen brachte, hierdurch zur Ergänzung, daß unter anderem der Musiker Gustav Grass ausgeschlossen werden mußte, weil er in größter Weise gegen die Interessen der Vereinigung verstoßen hat, indem er trotz Verbot die Musik bei der Matinee im 4. Wahlkreis (Dix) unter dem Tarif ausgeführt und sich dabei auf Kosten der Mitwirkenden in unerhörter Weise bereicherte. 80/11

Der Vorstand der Freien Vereinigung der Civil-Berufsmusiker Berlins und Umgegend. J. K.: M. Heidelberger, 2. Schriftführer.

Berliner Konjum-Verein

(Abteilung II Osten).

Dienstag, 4. Juni, abends 8 Uhr, im Freischütz, Fruchtstraße 36a

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Rosenow über: „Aus den Seiten des Juniführungs“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 99/19

Der Abteilungsvorstand.

Radfahrer! Rixdorf. Radfahrer!

Montag, den 3. Juni, abends 8 1/2 Uhr:

Öffentl. Radfahrer-Versammlung

im Apollo-Theater, Hermann-Straße 48-50.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. P. Bernstein über: Die Hygiene des Radfahrens. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 12/6

Um recht zahlreiche Beteiligung ersucht. Karl Hoyer, Waldstr. 8.

Socialdemokratischer Verein für den 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Donnerstag, den 6. Juni 1901, abends 8 1/2 Uhr:

Oeffentliche Versammlung in den Johannisfäden, Johannisstr. 20.

Tages-Ordnung: 1. Am Ende des wirtschaftlichen Aufschwunges. Referent: Genosse Johannes Sassenbach. 217/2*

2. Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend notwendig. Gäste willkommen. Der Vorstand.

6. Wahlkreis.

Dienstag, den 4. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Steiner, Schulstr. 29:

Volks-Versammlung für Männer und Frauen.

Tages-Ordnung: 1. Die Tätigkeit der Socialdemokratie im Roten Hause. Referent: Stadtdirektor Augustin. 2. Diskussion. 219/13

Um zahlreichen Besuch bittet. Der Vertrauensmann.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Branche der Korbmacher.

Versammlung.

Heute, Sonntag, den 2. Juni, vorm. 10 Uhr, bei Wille, Andreasstr. 26: Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. Der hochwichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Kollegen zu erscheinen. 105/8

Achtung! Herren- und Damen-Konfektions-Schneider!

Montag, den 3. Juni, abends 8 1/2 Uhr:

Zwei öffentliche Versammlungen

für den Osten: in Stechert's Fäden, Andreasstr. 21, für den Norden: bei Nemann, Braunnstr. 188.

Tages-Ordnung: 1. Die deutsche Arbeiterbewegung und die Stellung der Konfektions-Arbeiter und Arbeiterinnen zu derselben. Referenten: Kollegen Ritter und Zäkerow. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Um zahlreichen Erscheinen der Kollegen und Kolleginnen ersucht. 162/14

Schneider und Schneiderinnen Moabits!

Dienstag, den 4. Juni 1901, abends 8 1/2 Uhr,

in den „Arminius-Hallen“, Bremerstraße Nr. 71:

Oeffentl. Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Die Berliner Gewerkschaftsbewegung des Jahres 1900 und die Lohn- und Arbeitsverhältnisse unter Kollegenchaft in Moabit. Ref.: Kollege Ritter. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 162/15

Kollegen und Kolleginnen Moabits! Kehrt überall für einen zahlreichen Besuch dieser Versammlung. - Einem vollständigen Erscheinen steht entgegen. Der Vertrauensmann.

Lackierer.

Dienstag, den 4. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet und ersuchen darum dieses zu beachten. Der Vorstand. 104/4

Verband der Tapezierer.

Dienstag, den 4. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Nemann, Braunnstr. Nr. 188:

Bezirks-Versammlung (Norden).

Vortrag des Gen. Gromps über: „Technische Fortschritte im Verlehdiebesen“. 178/2

Achtung! Maurer. Achtung!

(Vertrauensmänner-Centralisation.)

Dienstag, den 4. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im oberen Saale des Englischen Gartens, Alexanderstraße 27c:

Gr. Baudenputierten-Versammlung.

Kollegen, sorgt dafür, daß jeder, im Streitgebiet liegende Bau durch einen Delegierten vertreten ist. 129/14

Voran II

Produktiv- und Einkaufs-Gesellschaft für Fahrräder und andere Bedarfartikel.

Am Mittwoch, den 5. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorstands. 2. Die Bestrebungen des Vereins Berliner Fahrradfabriker. 3. Verschiedenes. 17159

Fahrräder W. K. C. mit Glodenlager 153 R., Laternen, Glocken, Gummil, Carbit usw., alles das denkbar beste der Gegenwart, sind in der Versammlung zu haben, ferner in den Geschäftsstellen: Orin, Bodikerstraße 31, III., Broiche, Reichbergerstr. 98a, Vambel, Demminstr. 23, II., Serapdin, Stammelsburg, Rausstr. 47, Hartmann, Weihensee, Streufstraße 71, Walzer, Charlottenburg, Wardsstraße 21.

Garantie geschieht. Mitglieder werden aufgenommen.

Konsum-Verein Berlin-Rixdorf.

G. G. u. S. S. Am Dienstag, abends 9 Uhr,

Mitglieder-Versammlung

im Thomaschen kleinen Saal, Hermannstraße, für die Rixdorfer Mitglieder. Tages-Ordnung: 1. Wie sollen sich die Mitglieder zum gemeinsamen Einkauf von Preh-tollen. 2. Verschiedenes. Da Punkt 1 der Tagesordnung von weittragender Bedeutung ist, so ersuchen wir dringend um zahlreiches Erscheinen. Proben von Preh-tollen liegen in den Verkaufsstellen aus. 99/17

Der Vorstand. J. S.: Soede.

A. Jandorf & Co.

Spittelmarkt 16-17
Ecke Leipzigerstrasse,

Belle-Alliancestrasse 1-2
Am Blücherplatz.

Gr. Frankfurterstrasse 113
Ecke Andreasstrasse.

Wirthschafts-Artikel.

	ca. 80 ctm	90 ctm	100 ctm
2 Stück Gasplatten mit Heizapparat complett	7,75 Mk.		
Platten Stück	1,45	1,70	2,10 Mk.
Ärmelbretter, bezogen Stück	85 Pf.		
Plättbretter, bezogen Stück	2,65 Mk.		
Gaskocher Stück	95 Pf.	6,75 Mk.	12,00 Mk.
		2 Flammen	3 Flammen
Petroleumkocher mit Blechbassin	Stück 1,35 Mk.	2,10 Mk.	
		2 Flammen	3 Flammen
Petroleumkocher mit Glasbassin	Stück 1,85 Mk.	2,50 Mk.	
Waschfässer mit Wulst	Stück 8,50 Mk.	10,75 Mk.	12,75 Mk.
Waschzober Stück	8,00 Mk.		
Schwammwanne m. Wulst u. Holzboden	Stück 12,00 Mk.		
Gazeschränke Stück	4,50 Mk.	5,50 Mk.	
Brotkästen Stück	95 Pf.	1,35 Mk.	1,75 Mk.
Giesskannen Stück	25 Pf.	38 Pf.	75 Pf. 85 Pf.
Spirituskocher Stück	28 Pf.		
Saftkannen Stück	85 Pf.		
Gacesdosen Stück	85 Pf.		

4 Waggon Emaille — enorm billig.

Aussergewöhnlich preiswerth!

Ein grosser Posten weisses Porzellan:

Kaffeetassen Stück	10 Pf.	Dessertteller Stück	8 Pf.
Kaffeekannen Stück	55 Pf.	Kuchenteller Stück	15 Pf.
Zuckerboxen Stück	22 Pf.	Theekannen Stück	38 Pf.
Milchtöpfe Stück	15 Pf.	Kaffeervices, 9 Theile für 6 Personen	Stück 1,50 Mk.

Cattun-Steppdecken Stück	2,25 2,65 3,75 Mk.	Läuferstoffe für Feldstühle Meter	45, 65 Pf.
Schlafdecken, buntfarbig	Stück 1,35 1,95 2,85 Mk.	Reisekissen Stück	53, 75, 85 Pf.

Cigarren-Händler
erkapen bis 15 Proz. durch Einkauf **nur abgelagerter** Cigarren
ohne jede Vermittlung direkt
von grosser renommierter Cigarrenfabrik. Tabellose, in den besten Special-
Geschäften brillant eingeführte Fabrikate. Auswahl 120 Sorten (14945)
von 24—200 M. per Kiste,
jämlich garantiert nur rein überseeisch.
Eigene Existenz.
Neue Geschäfte werden bei entsprechender Sicherheit unter sehr günstigen
Bedingungen eingerichtet. Anfragen unter O. 2 Exped. dieses Blatts.
Roh-Tabak
Gross- und Detailverkauf. 15899*
Rud. Völcker & Sohn, Köpnickstr. 45.

Roh-Tabak.
Reine Sumatras in lebhaften hellen
Farben, hervorragend schöner weicher
Brand und enormer glänziger Deck-
fähigkeit. 2. Blattlänge 250,
300, 325 Pf. — Prima Voggut Landblatt
und Ginfage, rein ausländische
Tabake 55 Pf. 17042*
E. Erbe,
Auguststrasse 36.
Roh-Tabak
E. Nauen, Lemlinenstr. 3,
nahe der Schwedterstrasse. 9702*
Roh-Tabak
11489* Max Jacoby, Streifgasse 52.

Rohtabak.
Grösste Auswahl. — Billigste Preise
Guter Brand! Höchste Qualität.
Zählweise 11479*
Fabrikations-Atenfilien.
Neue Formen, sehr große Auswahl
zu Original-Fabrikpreisen.
Heinrich Franck,
185. Brunnenstr. 185.
Roh-Tabak.
Grösste Auswahl. — Billigste Preise.
J. Wiener Nachf. L. Lehmann
23. Rosenthalerstr. 23. *

Rohtabak,
neue Sumatras, eingetroffen. Billige
Preise, gute Deckkraft. 11490*
Seb. Groebel,
181 Brunnen - Straße 181.
Roh-Tabak,
jämliche Atenfilien zur
Cigarren-Fabrikation
offeriert in der grössten Auswahl
zu den billigsten Preisen
W. Hermann Müller,
22. Alexanderstrasse 22.

Dr. Derrnehl's
Eisepulver.
Hauptdep.: Weisse
Schwan-Apoth.,
Spandauerstr. 77,
Holland-Apoth.,
Tammstr. 10, und
Sieten-Apothek, Großbeerenstr. 11.
Schachtel 1,50, 251. 3 Sch. 4,25.
Zubijweiss,
Handschweiß, Schweiß unt. den Armen,
Bandlaufen, Zudreiz etc. beseitigt
sodort Pöblemin-Gefäss, Blase
1,50 M. per Packung, garant. unerschütterlich,
sicher wirksam, verfertigt Geogr. Pohl,
Berlin, Brunnenstr. 157. (15141)*

Höchst beachtenswert! Carl Zobel, Berlin SO., Köpniekerstr. 121, Ecke Michaelkirchstr.

Beste Herren- und Knaben-Garderoben der Gegenwart
in reichster Auswahl und in allen Größen. (14299*)
Billigste und anerkannt reelle Einkaufsquelle Berlins.
Die Preise sind streng fest und an jedem Gegenstand deutlich in Zahlen vermerkt. Ich verpflichte mich, jeden Artikel in besserer
Ausführung und bedeutend billiger zu liefern, als die sogenannten Ausverkäufe und Kleidergeschäfte.
Anerkannt nur gute Arbeit, eigne Fabrikation, elegante Façon, tadelloser Sitz. — Für Bestellungen nach Maß
reichhaltigste Auswahl der neuesten und besten Stoffe aus dem In- und Ausland. — Jeder Auftrag wird in kürzester Zeit
erledigt. — Wertvoll im Hause.
Der langjährige gute Ruf meiner Firma bürgt für billige und gewissenhafte Bedienung. — Keine Nebenartikel, daher grösste
Leistungsfähigkeit. Jede ergebnis zur Befestigung meiner Geschäftsräume ein.
Höchster Preis. Goldene Medaille.